

08/03

Reader



ZUR
Antifa-Debatte

Impressum

Liebe LeserInnen,

die Debatte innerhalb der antifaschistischen Szene seit dem sogenannten Aufstand der Anständigen im Jahr 2000 hat zu einigen Konsequenzen geführt: einige Antifagruppen haben sich endlich gespalten, WG's haben sich aufgelöst und ab und zu sind auch Freundschaften auf der Strecke geblieben, doch vorwärts gehts trotzdem kaum.

Die bisherigen politischen Auseinandersetzungen in "der Antifa" lassen aber noch viele Fragen offen. So wissen viele GenossInnen immer noch nicht ob sie den Bruch mit den derzeit existierenden Antifa-zusammenhänge wagen sollten, oder doch lieber weiterhin mit den linksdeutschen GenossInnen gegen militante Neonazis, Rassisten und für den sogenannten "linksradikalen" Antikapitalismus zu kämpfen.

Wir haben uns schon vor einiger Zeit entschieden uns offensiv gegen den linksdeutschen Antikapitalismus zu positionieren. Das Ergebnis ist nicht wie uns gerne unterstellt wird, dass wir nun auf den Gehaltslisten irgendwelcher Geheimdienste stehen oder unseren Frieden mit Deutschland gemacht hätten, nein. Wir müssen nicht mehr "die Deutschen" vor ihrer eigenen Ideologie "retten", wir treten konsequent für den Kommunismus ein, und damit konfrontativ gegen das gesamte deutsche Volkskollektiv, inklusive seiner Linksdeutschen.

Praktisch bedeutet dies für uns tagtäglich um die letzten zivilisatorischen Restposten innerhalb der sogenannten Linken zu kämpfen, den antifaschistischen Selbstschutz in diesem Land weiter auszubauen und immer wieder auf die zwingende Notwendigkeit des Kommunismus, und zwar des kosmopolitischen, in dieser verkehrt eingerichteten Welt zu pochen.

Der Reader ist nur ein kleiner Beitrag in der Kampagne, die der antifaschistischen Bewegung den Spiegel vorhalten möchte, um endlich die dringend notwendige Wende innerhalb der linksdeutschen Antifa zu forcieren.

"Die Antifa", um wirklich in diesem Land eine solche zu sein, muss die Konsequenz ziehen und dass bedeutet antideutsch und kommunistisch hier aktiv zu werden. Drunter machen wir es schon länger nicht mehr!

In diesem Sinne:

Solidarität mit Israel!
Für den kosmopolitischen Kommunismus!

Dank geht an: die AG Hooligans und Philosophen Berlin, den AK Max Rhein/Main, die Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO], das Cafe Morgenland, PHASE2 - Zeitschrift gegen die Realität und natürlich Sören Pünjer.

Wir grüßen: die anarchokommunistische Gruppe WHITE LAKE [aGWL], die Antifa Hamm, die Antifa Aktion Nordfriesland [AAN], die Autonome Antifa Pasewalk [AAP], die antideutschen Kommunisten Malchin [AKM], die Rote Antifa Weißensee [RAW] und die Pankower Antifa Offensive [PAO]

Vi.S.d.P. Peter Edel, Berliner Allee 43, 1120 Berlin

Kontakt:
gi@mail.nadir.org
www.nadir.org/nadir/initiativ/gi

Inhalt

3

Antifa ist was wir draus machen!
AANO - Januar 2001

5

Die Antifa Falle
Warum ein Antifaschismus als Konzept nicht möglich ist

14

Aktuelle Thesen
> Aktualität faschistischer Gefahr
> Isreal - Solidarität und Antifaschismus
> Antimperialismus und der deutsche Weg

15

Autonome Organisation Teil 1
Zur Auflösung der AAVBO

19

Revolutionärer Antifaschismus adè?
Der Revolutionär, der Antifaschist und die lieben Kinder
> Einige Notizen zur ideologischen Selbstenthauptung

21

Alles fängt an, nix hört auf
Kritik der Kritik :
Ein Plädoyer für die Politik, oder warum eine Gesellschaft, die diese Gesellschaft nur an ihren Idealen kritisiert, ausschließlich zum besser wissen taugt
> am Beispiel des Revolutionären Antifaschismus

24

Gegen den Staat
Schade eigentlich, daß so coole Sachen wie Alltagskritik und das Konstruieren von Situationen nie in den Zeitschriften nachgelesen werden kann

30

Disharmonie im revolutionären Anstand
Es bedarf einer Kritik von Staat, Arbeit und Politik, um einen linksradikalen Antikapitalismus zu reanimieren und nicht eines revolutionären Antifaschismus, der erst einmal ordentlich kämpft, bevor er sich die Frage des "Warum eigentlich?" stellt.

32

Der SuperGAU der Kritik
von Zyklopen, Ghostbusters und der Regression ins Ende der Geschichte

36

Stalingrad - der subjektive Faktor

Antifa ist was wir draus machen!



Text zur Gründung der Autonomen Antifa (Nordost) Berlin [AANO] - Januar 2001

Mit Rot-Grün in die neue Volksgemeinschaft

Seit dem Sommer 2000 hat sich im gesellschaftlichen Diskurs einiges gravierend verändert. Führende Neonazikader werden mit Fahndungsfotos in linksliberalen Tageszeitungen auf der ersten Seite dargestellt. Der Bundespräsident Wolfgang Thierse ruft zu Straßenblockaden gegen Neonaziaufmärsche auf.

Selbst staatlichen Behörden, wie Polizei und Justiz bemühen sich redlich einige Aktivitäten gegen rechte StraftäterInnen vorzuweisen. Als wäre es etwas Selbstverständliches, unterstützt heute die deutsche Wirtschaft massiv ausgewählte „antifaschistische“ Initiativen oder organisiert Konzerte mit alternen Rockstars, die sich gegen „rechte Gewalt“ und „Intoleranz“ aussprechen und jede Kritik an den Ursachen des Vormarsches von rechten Ideologien ausklammern.

Im Jahr 2000 sind Neonazis endgültig zum Standortproblem in Deutschland geworden, und genau aus diesem Grund auch aus der neuen deutschen Volksgemeinschaft ausgeschlossen worden. Einerseits wird im Ausland sehr genau beobachtet, wie Deutschland, als neue Großmacht in der EU, mit dem Problem der Nazischläger umgeht, andererseits wollten nur wenige nichtdeutsche ArbeitnehmerInnen in Gebieten leben, in denen sie tagtäglich verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Diese Faktoren waren zwar der Anlass dafür, dass seit dem Sommer 2000 die Nazischläger zunehmend von staatlichen Behörden bekämpft werden, aber die Logik der Verwertbarkeit in der Migrationspolitik herrscht, wie auch in den anderen Politikbereichen, weiterhin.

Die neue Volksgemeinschaft formiert sich in der Trennung zwischen „nützlicher“ und „unützlicher“ Zuwanderung. Diese Separation wird von Petra Pau ebenso wie von Edmund Stoiber gefordert, genauso wie bei dem positiven Bezug auf den deutschen Arbeitsethos und die deutsche Nation, die nicht nur bei den demokratischen SozialistInnen wieder in Mode kommen. Eingebettet in diesen nationalen Diskurs ist auch die Vorstellung, dass auf jede angebliche Gefahr für die öffentliche Ordnung mit Strafen, mehr Polizei und Überwachung

reagiert werden muss. Die Überwachungsgesellschaft entwickelt sich zum realen Big Brother, in dem alles erbarungslos registriert und bestraft wird, was aus dem gesellschaftlich verordneten Rahmen fällt.

Auch die herrschende Logik, dass Auslandseinsätze deutscher Soldaten für eine vermeintliche Durchsetzung von Menschenrechten nötig ist - wird für die PDS und viele andere Linke bald genauso akzeptabel, wie für die ehemaligen Pazifisten bei den Grünen. Und zwar wieder mit einer geschichtsr revisionistischen Argumentation, wie der Verhinderung eines erneuten Holocaust. Mit so einer pseudoantifaschistischen Argumentation wurde in Deutschland ja schon der Überfall der NATO, mit der Beteiligung deutscher Truppen, auf Jugoslawien begründet.



Diese Einbindung von kritischem Potenzial und von linken Argumentationen in die herrschende Politik ist eine sehr oft angewendete Taktik um soziale Bewegungen zu paralysieren und/oder einzubinden.

Die Antifabewegung steht jetzt vor der Entscheidung, ob sie sich in den „Aufstand der Anständigen“ integriert, und damit in die neue Volksgemeinschaft, oder weiter versuchen will linksradikale Inhalte theoretisch und praktisch zu vertreten.

Antifa ist nicht alles - aber Nichts ist ohne Antifa

Wir kommen alle aus antifaschistischen Zusammenhängen, und verstehen uns weiterhin als Teil der Antifabewegung im Nordosten Berlins. Trotzdem ist für uns linksradikale Politik mehr als nur Antifa, insbesondere seit der Sommerlochdebatte 2000 ist Antifapolitik nicht mal mehr per se links, erst recht nicht linksradikal. Praktischer Antifaschismus ist aber weiterhin notwendig und wird

einen Teil unserer Arbeit ausmachen. Den die organisierten Neonazis sind für jede emanzipatorische Gruppe eine Bedrohung, und somit müssen sie schon aus Selbstschutz bekämpft werden. Aber darüber hinaus ist es unserer Meinung nach wichtiger den staatlichen Rassismus, den weiteren Ausbau der Überwachungsgesellschaft, die Ausformung eines neuen Nationalismus, sowie das Großmachtsbestreben Deutschlands innerhalb, wie außerhalb der EU zu thematisieren und dann praktisch anzugreifen.

Der Hauptschwerpunkt unserer Gruppenarbeit soll deshalb erstmal der Ausbau der Debatte über linksradikale Inhalte und die praktische Umsetzung von Aktionen im Nordostens Berlins sein. Dabei wollen wir mit anderen linksradikalen Projekten und Gruppen, aus den unterschiedlichsten Teilbereichen, zusammenarbeiten.

Wir verbinden dies mit der Hoffnung ein breites Spektrum von politischen Teilbereichen aus linksradikaler Sicht beleuchten zu können und zum Handeln anzuregen.

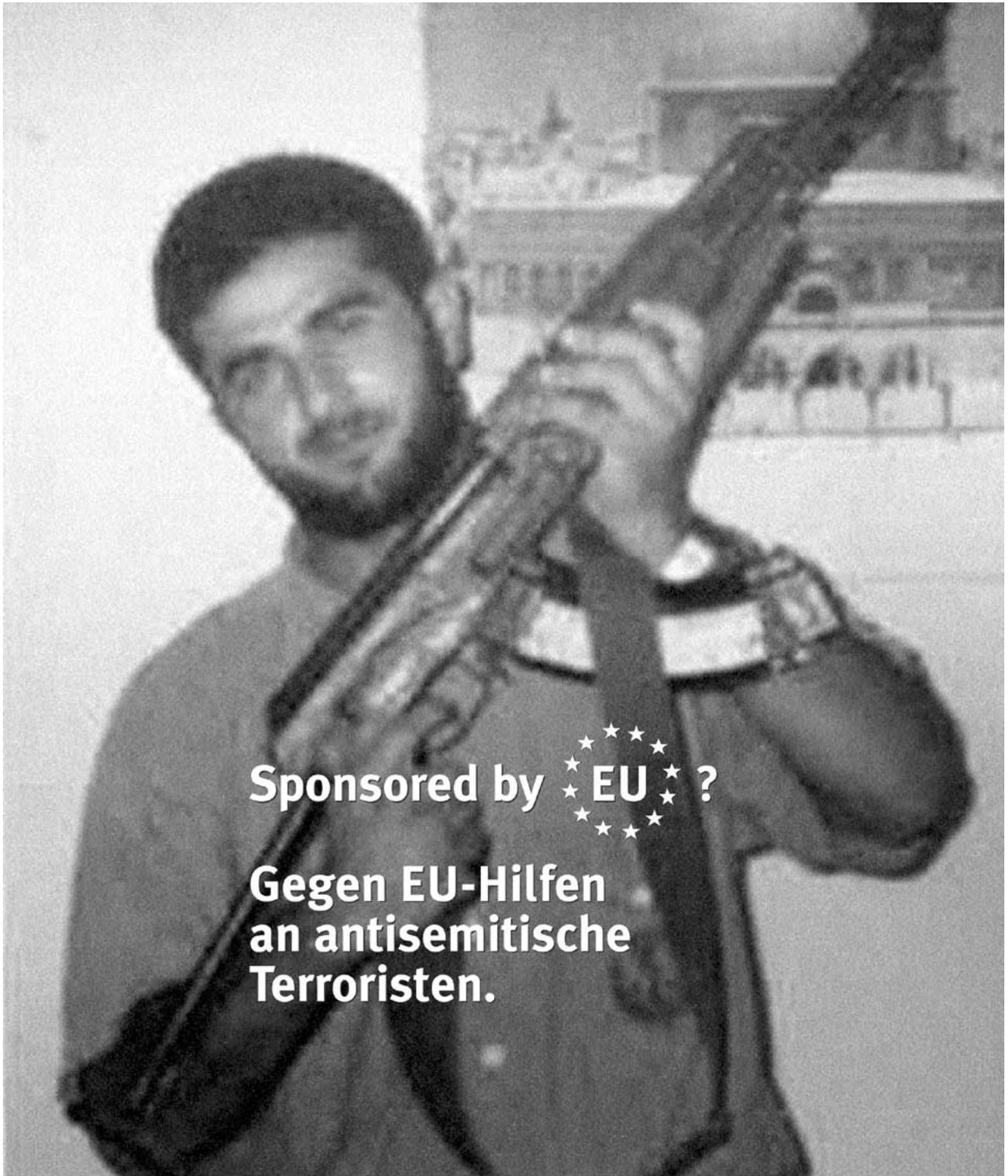
Wir sehen uns auf den Barrikaden

Unter diesem Motto mobilisiert die AFA Skandinavien zu den Protesten gegen den Sommergipfel der EU im Juni 2001 in Göteborg. Wir wollen uns mit einigen Infoveranstaltungen im Nordostens Berlins an der internationalen Mobilisierung nach Göteborg beteiligen.

Durch die eigene Beteiligung an den Widerstandsaktionen in Göteborg, wollen wir unsere Ablehnung gegenüber der rassistischen und nationalistischen Politik der EU praktisch zum Ausdruck bringen. In Göteborg wollen wir aber auch den theoretischen Austausch der internationale AktivistInnen der Anti-Globalisierungs-Bewegung nutzen, um für unsere eigene Politik vor Ort Rückschlüsse zu ziehen.

Auf zu neuen Ufern! Organisiert die Autonome Antifa!!





Sponsored by  EU ?

**Gegen EU-Hilfen
an antisemitische
Terroristen.**

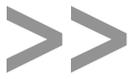


ilka schröder mdep



Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

Die Antifa-Falle



Warum ein Antifaschismus als Konzept nicht möglich ist

„Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihrem Herzen öffnet. Er heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft.“

[Adolf Hitler, Mein Kampf, 1924]

„Die geistig Gutsituierten, die, ohne es wahr haben zu wollen, der Anhang des herrschenden Wirtschaftssystems sind, haben das Massenornament noch nicht einmal als Zeichen dieses Systems gesichtet.“

[Siegfried Kracauer, Das Ornament der Masse, 1927]

„Masse ist Macht.“

[Johannes R. Becher, Massen, 1930]

Maulaffen sollen sie feil geboten haben, die Genossen von der autonomen Antifa Lüdenscheid.

Der Grund: Die NPD Greifswald adaptierte nicht nur wie inzwischen üblich den antiimperialistischen Gehalt eines linken Flugblattes gegen die militärische Intervention zum Sturz des Baath Regimes. Nein, wortwörtlich übernahm man den von den Lüdenscheider Genossen, setzte für Antifa einfach NPD ein und fertig war das deutsche Antiimp-Statement gegen Krieg und für Frieden.

Mittlerweile schreibt man auch in Greifswald wieder eigene Texte zum Thema, die sich völkisch korrekt solesen: „Der Irak hat ein auch im Völkerrecht verankertes Recht auf Selbstverteidigung sowohl gegen die regelmäßigen Bombardierungen als auch gegen den drohenden

Angriffskrieg (...). Den Menschen in der arabischen Welt ist klar, daß die Politik des Westens darauf abzielt, ihr Recht auf Selbstbestimmung noch weiter einzuschränken und sie um den Reichtum ihrer Region zu berauben, der eigentlich ihnen zusteht. Ihr Protest und Widerstand gegen die imperialistische Einmischung ist gerechtfertigt.“

Tatsächlich wird immer unklarer, wer von wem abschreibt. Und deshalb sei es an dieser Stelle nachgesehen, daß obiges Zitat gar kein kameradschaftlicher Gruß von der Greifswalder Heimatfront ist, sondern eines, das einem Aufruf von gut zwei dutzend linker Gruppen entnommen wurde, der unter anderem auf der Homepage der Antifa Lüdenscheid an prominenter Stelle zu finden ist.⁽¹⁾

Die Sicht der organisierten deutschen Nazis auf die autonome Antifa ist von viel Realitätssinn geprägt. So gab der Berufskader Steiner-Wulff auf einer Nazi-Demonstration am 22. Februar 2003 in Hamburg unter dem Motto „Amis raus– Freiheit rein!“ zum Besten, er wisse ganz genau, daß es „zwei Kategorien“ von Antifa gäbe: Zum einen die, die gegen Imperialismus seien, und zum anderen die „Knechte Israels“, die unbelehrbaren „Staatsbüttel“. Ohne große Umschweife steuert Steiner-Wulff damit zielsicher an, was seit geraumer Zeit in der autonomen Antifa wächst und gedeiht: der sagenumwobene Spaltpilz. Auch ohne Expertenwissen in Sachen Spaltpilzkunde dürfte klar sein, daß das



Max Horkheimer

Endederüber Jahre wichtigsten und populärsten Gruppe namens Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) symptomatisch ist für das Ende eines Konzeptes, das den Antifaschismus zeitlebens „als praktischen Ansatzpunkt und Hebel zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft“ bestimmte, wie es in der Auflösungserklärung der sogenannten Besseren Hälfte der Ex-AABler heißt, die sich mittlerweile Kritik & Praxis Berlin nennt. Jener „Besseren Hälfte“, die „keinen Bruch“ mit dem Teil der AAB wollte, der, wie der Erklärung des „Anderen“ Teils zu entnehmen ist (–der inzwischen Antifaschistische Linke Berlin heißt–), von der Kritik an der linken antiimperialistischen Ideologie so gut wie gar nichts begriffen hat und deshalb schlußfolgert, es handelte sich dabei reinweg um „denunziatorische Selbstbeschäftigung in einem Teil der Linken“.⁽²⁾

¹ Den „Aufruf gegen den drohenden Irakkrieg“ haben u.a. unterzeichnet: Autonome Kommunisten Berlin, Attac TU Berlin, Berliner Anti-Nato-Gruppe, Junge Linke Wesel, Kommunistische Plattform der PDS Hamburg, Pahl-Rugenstein Verlag Bonn, PFLP, red action nuernberg, Red Community NRW, Antiimperialistische Koordination Wien, TU Berlin Anti-Kriegs-Komitee, Rote Aktion Duisburg, FreundInnen Irlands Berlin, Palästina Solidaritätsbündnis Hamburg, PDS-Kreisverband Wesel.

Bei der NPD-Greifswald heißt es übrigens in dem Aufruf „Keine Unterstützung dem US-Imperialismus. Nein zum Krieg“: „Ziel dieses völkerrechtswidrigen Krieges ist keinesfalls die Vernichtung von biologischen, chemischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen des Iraks, sondern die Errichtung eines weiteren Vasallenstaates der USA im Nahen Osten nach dem Muster der ‚Pax Americana‘, um so der US-amerikanischen Wirtschaft den Zugang zu einem der weltgrößten Erdölvorkommen zu sichern.“

² Hintergründe dafür, warum man den Bruch mit dem Antiimperialismus nicht anstrebt, finden sich auch zur Genüge in dem Aufruf von Kritik und Praxis Berlin (KPB) zur traditionellen 18 Uhr Demonstration am 1. Mai 2003. Unter dem kryptischen Titel „Nie wieder Frieden! Fuck old europe– Fight new world order!“, dessen inhaltliche Aussage man wohl selbst nicht so richtig zu begründen vermag, heißt es ganz im alten M/L-Sprech des halluzinierten Klassenantagonismus: „Kapitalistische Verwertung produziert und reproduziert notwendig die Entgegensetzung von Kapital und Arbeit und sie produziert bestimmte Formen des Denkens über Gesellschaft: Daß Gesellschaft eine Ansammlung von privaten, nur gegeneinander zu denkenden Interessen sei.“ Diese eklatante Verkennung des kapitalistischen Wesens ist symptomatisch für jene linke Kritik, die zwar behauptet, den Klassenkampf ad acta gelegt zu haben, nicht aber mit seiner ideologischen Begründung gebrochen hat. Es ist immer wieder aufs Neue erstaunlich, warum die von Marx materialistisch geordnete Hegelsche Grundfigur von der Einheit des Verschiedenen bzw. des Mannigfaltigen als ein Widerspruch an sich in der Form von Lohnarbeit und Kapital gedacht wird. Allein in den Marxschen Grundrissen wird überdeutlich dargestellt, daß das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis aus sich heraus keinen unvermittelten Antagonismus setzt, sondern ein widersprüchliches Verhältnis. Wäre das anders, dann hätte die ganze Marxsche Rede vom „automatischen Subjekt“ und der „Selbstverwertung des Werts“ keinen Sinn. Ähnliches gilt für die Behauptung im KPB-Aufruf, der Kapitalismus erzeuge ausschließlich die Denkformen einer „Ansammlung von privaten, nur gegeneinander zu denkenden Interessen.“ Dem aber ist gerade nicht so. Vielmehr zwingt das Kapital in jene Subjektform, der Zweigeteiltheit von öffentlich und privat. Seiner eigenen bewegungsgesetzlichen Tendenz nach ist das Kapital dabei als der Vorrang des Öffentlichen gegenüber dem Privaten zu bestimmen. Das heißt, das Handeln der Menschen ist keineswegs dem Schein von Privatheit unterlegen, sondern vielmehr einem individuell verinnerlichten öffentlichen Bewußtsein, das auch als solches begriffen wird. (vgl. dazu Kant „Was ist Aufklärung“)

Die Folge einer Kritik, die in der Endlosschleife linker M/L-Ideologien geblieben ist, liest sich in dem KPB-Aufruf als Bankrotterklärung analytischer Fähigkeit: „Der Krieg im Irak ist zu verurteilen, ebenso wie es die Kriege in Tschetschenien, im Kosovo und in Ex-Jugoslawien sind.“ Kaum verwundern kann unter solchen Vorzeichen, dass man den folgenden Satz wohl wortwörtlich aus einer Rede Gerhard Schröders abgeschrieben hat: „Die US-Regierung ist auf dem Weg, die Hegemonialposition in der Durchsetzung von Kapitalinteressen und der Ordnung der Welt herbeizubomben.“



Plakat

Dieser Unwille zum Bruch verweist genau darauf, woran das ganze Projekt Antifa und alle Transformationsversuche grundsätzlich kranken:

Am Zwangscharakter als Sammlungsbewegung, dem die völlige Unkenntnis über das Wesen des Nationalsozialismus zugrunde liegt. Folgerichtig verhindert diese verheerende Konstellation die Reflexion darauf, daß man mit denen im Bunde ist und ungewollt paktiert, die man eigentlich bekämpfen will und was die substantielle Urform des Nationalsozialismus ausmacht: die deutsche Volksgemeinschaft.

Als der Schrödersche „Aufstand der Anständigen“ ausgerufen wurde, der in die Annalen als sogenannter Antifa-Sommer 2000 einging, verspürte man für kurze Zeit, daß etwas mit dem Massenansatz nicht stimmen könne, wenn er so ohne weiteres den Pakt mit der Berliner Republik ermöglicht, die sich als die neue Mitte nicht nur den deutschen Antifaschismus auf die Fahnen geschrieben hat, sondern auch personell verbürgt.³

Statt aber daraus die Konsequenz zu ziehen, mit dem Sammlungskonzept endgültig zu brechen, meinte man, das bisherige Konzept nur deutlicher zum Ausdruck bringen zu müssen, was faktisch bedeutete, daß man so weiter machte, als wäre nichts passiert. So heißt es in der Auflösungserklärung der „Besseren Hälfte“ der AAB zu den Gründen der Antifa-Krise:

„Mit der Entwicklung einer Vielzahl von Konflikten in den letzten Monaten hatte sich herauskristallisiert, dass der abstrakte Grundkonsens der Gruppe – strömungsübergreifend, aktionsbezogen, ansprechbar zu sein, mit einem linksradikalen und kapitalismuskritischen Selbstverständnis und dem Ansatzpunkt Antifaschismus – als einigendes Band zu locker war.“ (Hrvhbg. S.P.) Weil man nicht begreift, daß für das rot-grüne Deutschland der Antifaschismus ein wichtiger Modernisierungsschub und Standortfaktor für das demokratische Nationalsozialisierungsprogramm ist, begreift man erst recht nicht den antifaschistischen Tapetenwechsel, der mit dem Jahre 2000 seinen vorläufigen Abschluß fand und die Antifa als ehrenamtliche Staatsangestellte auffliegen ließ. Noch deutlicher führt dieses eigene Versagen der andere AAB-Teil, die sogenannten Anderen, vor. In ihrer „Erklärung zur Auflösung der AAB“ heißt es, daß man den Antifa Sommer für „wirkunglos verpufft“ hält und deshalb „Antifaschismus (...) ein wichtiger Punkt der politischen Verortung in der BRD“ sei, an den man „über die radikale Linke hinaus wirken“ könne: „Wir haben uns dafür entschieden, die Isolation, in die uns die Konflikte mit der AAB getrieben haben, aufzubrechen“, heißt es ebenda im besten therapeutischen Selbsthilfejargon. (Hrvhbg. S.P.)

Das dynamische Vorantreiben des deutschen Gemeinschaftsgedankens ist der objektive Zweck des subjektiven Antifa

- Anspruches.⁴ Er findet seinen exemplarischen Ausdruck ebenso bei den anderen beiden wichtigsten deutschen Gruppen – der Antifa (M) aus Göttingen und dem Bündnis gegen Rechts aus Leipzig. Erstere stellt fest: „Entscheidender Punkt ist immer, ob der radikalen Linken ein eigenständiger Ausdruck verschafft werden kann, der nicht von der Mobilmachung der Zivilgesellschaft zu vereinnahmen ist (...). Gerade die Möglichkeit der Radikalisierung ist letztlich das Ziel unseres Agierens (...)“

Zweitere meint: „Unser Umgang bemißt sich immer an der Frage, inwieweit eine linksradikale Position (...) transportiert werden kann (...)“ (Phase 2 / 06) Sein eigenes Handeln als Mittel zum Zweck einer Bewegung zu begreifen, in der man sich von anderen unterscheiden möchte und die man zugleich zu radikalieren versucht, beweist nur allzu deutlich, daß die Antifa an allem Interesse zeigt, nur nicht an der ernsthaften Bekämpfung des deutschen Ungeistes. Auf die Spitze treibt diese Absage an den Kampf gegen den Nationalsozialismus, was die „Bessere Hälfte“ in ihrer Auflösungserklärung schreibt:

„Die in weiten Teilen der Antifa-Bewegung gängigen Argumentationsmuster, auf strukturelle bzw. personelle Kontinuitäten zwischen BRD und Nationalsozialismus zu verweisen, haben sich durch den wachsenden historischen Abstand weitgehend erledigt. Aus demselben Grund hat sich die geschichtspolitische Bedeutung des Bezugs auf den Nationalsozialismus verringert und an Wichtigkeit für die politische Meinungsbildung eingebüßt.“ (Hrvhbg. S.P.) Unter solchen Vorzeichen kann es kaum verwundern, wie offen man sich für den Pakt mit der „Antiglobalisierungsbewegung“ ausspricht: „Eine zeitgemäße linksradikale Bewegung (...) muß versuchen, inhaltlich in diese Bewegung zu wirken und sie damit voran zu bringen.“

³ In besonders deutlicher Form kommt dies in der Figur des Ex-KBWlers und heutigen Umweltministers Jürgen Trittin und dessen Verhältnis zur Autonomen Antifa (M) aus Göttingen zum Ausdruck, das auf jahrelange politische Kooperation beider zurückgeht.

⁴ Die innerhalb der Antifa-Szene aufstrebende Antifa-Nordost Berlin bringt das objektive Grundproblem des Massenfetischs unfreiwillig auf den Punkt. In ihrem Aufruf für die sogenannte revolutionäre 1. Mai-Demonstration unter dem Titel „Euren Frieden wollen wir nicht! Deutschland den Krieg erklären“ schreibt sie: „Wenn (...) dem Individualismus abgeschworen werden soll, damit die Menschen sich im Kollektiv wieder finden, dann ist klar, daß das in der nationalen Zwangsgemeinschaft endet. Wir haben nicht vor dazuzugehören. Den Widerstand gegen die nationale Sozialgemeinschaft in Deutschland zu forcieren, ist unsere Antwort auf diese Entwicklung.“ So weit, so gut, ließe sich festhalten. Allerdings heißt es sogleich symptomatisch weiter, als hätte man die vorstehenden Zeilen gar nicht geschrieben: „Mit jeder Aktion gegen die deutschen Verhältnisse kann auch das Potential für die Emanzipation der handelnden Individuen freigesetzt werden. Aus den Handlungen erwachsen Perspektiven. Aus den Perspektiven entstehen Utopien, die zur Bewegung werden können.“ Symptomatisch zeigt sich also hier, wie die besinnungslose Auftrennung und Gegeneinanderstellung von Bewegung und Gemeinschaft das Unvermögen offenbart, den notwendigen Zusammenhang einer gegenseitigen Bedingtheit von Bewegung und Gemeinschaft zu erfassen.

Die schleichende Selbstliquidierung der Antifa, die in der Auflösung der AAB ihren exemplarischsten Ausdruck findet, ist Ergebnis eines langwierigen Zerfallsprozesses, der durch eine veränderte rot-grüne deutsche Wirklichkeit nur beschleunigt wurde. Dadurch, daß das Antifa-Monopol durch den Aufstand der Anständigen zum Staatseigentum wurde, läßt sich das Bedürfnis nach Abgrenzung einer Antifa, der das Herz nun deshalb links schlägt, weil sie der Meinung ist, daß bei allen anderen das Herz rechts sitzt, mittelseines „echten“ Antifaschismus erst recht nicht mehr befriedigen, geschweige denn überhaupt aufrecht erhalten.

Hätte man sich nur mal intensiver die Anti-Antifapresse zu Gemüte geführt, dann hätte man durchaus zu Einsichten gelangen können, die auch von einem Bahamas-Autor nicht deutlicher auf den Punkt gebracht werden könnten. So urteilte man in dem Naziblatt Junge Freiheit in der Ausgabe vom 2. März 2001 in einem Artikel über den Antifa-Sommer unter der Überschrift „Antifa heißt Angriff“ völlig richtig: „Im Zuge der Kampagne `gegen Rechts´ verlieren Linke ihr Monopol“. Und weiter heißt es: „Hat infolge des beständigen staatlichen Kampfes gegen Rechts die klassische Antifa ihr ehemaliges Deutungsmonopol an die sogenannte `Neue Mitte´ verloren? Tatsächlich spricht vieles für die These. (...) Wer die rechte Gewalt ablehnt, wird gezwungen, sich der Kampagne anzu-

schließen. Wer das aber tut, akzeptiert gleichzeitig bestimmte politische Prämissen, die vom regierenden linksliberalen Lager festgesetzt sind.

Mit anderen Worten: Wer nicht als Verbrecher gelten will, darf keine echte Opposition bilden.“ Beim „Wechsel vom antitotalitären zum antifaschistischen Konsens“, so das Blatt weiter, dürfe „auch die Linke nicht gratis mitmachen“. Und der Preis, den sie zu zahlen hätte, sei folgender: „Früher sprach man von „Aufklärung“ und „Bewußtseinsbildung“ und hielt den Pluralismus für eine `bürgerliche Ideologie´. Gegen eine gepflegte Streitkultur stand der dialektische Materialismus (...). Nun ist die linke Meinung eine unter anderen. Sie ist keine Alternative mehr, sondern ein dekorativer Kontrast. (...) Der Antifaschismus der „neuen Mitte“ ist der moralische Kitt, der das große Bündnis für den `Standort Deutschland´ zusammenhält. (...) Tot ist die wohlbekannte linke Antifa. Es lebt ein Rest von fanatischen `Antideutschen´. Gesiegt hat mit Glanz und Gloria eine gesichts- und gesinnungslose Mitte, die sich nun zu Repräsentationszwecken eine zahme Hof-Antifa hält.“

Die notorische Unfähigkeit der Antifa, den in Deutschland so folgenschweren antifaschistischen Irrtum zu revidieren, daß man im Zweifel immer Links gegen Rechts verteidigen müsse, hat sich als Totengräberei des eigenen autonomen Antifa-Konzeptes erwiesen. Denn erstens hat man sich so statt einer Kritik der Politik auf das politische

Spiegelspiel (J. Bruhn) von Links und Rechts eingelassen und zweitens damit der Möglichkeit enthoßen, sein eigenes Handeln in nötigem Maße zu reflektieren. Daß die deutsche Volksgemeinschaft und der damit verbundene Antisemitismus mehr noch eine Sache der Linken statt der Rechten ist, können linke Antifas nur schwerlich erfassen, weil sie so ja gegen sich selbst, ihre eigene Identität denken und handeln müssen. Wie oft hat man es schon hören können, daß „die Rechten“, „die Faschisten“, „die Nazis“ linke Ideen nur für sich „benutzen“ und „mißbrauchen“ würden. Genau hier zeigt sich deutlich die Unfähigkeit zu erfassen, welche Bedeutung die linke Ideologie für die Konstitution der vermeintlichen Gegenseite überhaupt hat – und zwar nicht etwa der formalen Abgrenzung, sondern gerade der massenfetischistischen Inhalte wegen. Es ist mit Sicherheit mehr dran an Noltes Faschismus-Definition einer Epoche des „Anti-Marxismus“, als diese einfach so auf der rechten Seite des politischen Spektrums abzutun.⁽⁵⁾ Insbesondere gilt das dann, wenn man ernst nimmt, daß die NS-Ideologie „ein deutlich eine Perversion der marxistischen“ darstellt, bei der die permanente Rede von sozialer Sicherheit deren „einziger Propagandaspruch (ist), der auf Wahrheit beruht“. (Neumann, 238f. u. 499)⁽⁶⁾

Weil sich die Antifa im Links-Rechts-Schema verkeilt hat, sitzt sie folgerichtig in der Antifa-Falle, die von der Kommintern in den 30er Jahren aufgestellt

⁵ Noltes Faschismusdefinition in seinem 1963 erstmals erschienenen Werk „Der Faschismus in seiner Epoche“ (München, 2000) lautet: „Faschismus ist Antimarxismus, der den Gegner durch die Ausbildung einer radikal entgegengesetzten und doch benachbarten Ideologie und die Anwendung von nahezu identischen und doch charakteristisch umgeprägten Methoden zu vernichten trachtet, stets aber im undurchbrechbaren Rahmen nationaler Selbstbehauptung und Autonomie.“ (ebd. S.51) Zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung war Nolte trotz dieser Definition weitentfernt davon, einer Gleichsetzung des Vernichtungswahns von Bolschewismus und NS das Wort zureden. In einem Vorwort von 1999 zu o.a. Ausgabe schreibt er über seinen späteren Wandel (ebd. S. XII): „Im `Faschismus in seiner Epoche´ hatte ich geschrieben, der Faschismus habe gerade als Faschismus in seiner extremsten Form jene Untat begangen, der in der Weltgeschichte nichts verglichen werden könne, `auch nicht der Terror Stalins gegen das eigene Volk und die eigene Partei´ (ebd. S.35). (...) Irgendwann zu Beginn der siebziger Jahre las ich dann David Shubs `Lenin´, und dort fiel mir ein Zitat aus einer Rede Sinowjews vom September 1918 ins Auge, das lautete: `Von den 100 Millionen Einwohnern Sowjetrußlands müssen wir 90 Millionen für uns gewinnen; was den Rest betrifft, so haben wir ihnen nichts zu sagen; sie müssen ausgerottet werden.´ (...) War nicht vielmehr der frühe `rote Terror´ der fundamentale Tatbestand, die Leninsche `Klassenvernichtung´, und stand die spätere `Judenvernichtung´ dazu nicht in einer unübersehbaren Beziehung?“ Läßt sich also unter derlei Vorzeichen festhalten, wann der Sinneswandel Noltes erfolgte, dann kann „Der Faschismus in seiner Epoche“ nicht ohne weiteres der Zeit nach diesem Wandel subsumiert werden. Der Gehalt des Buches ist demzufolge unbeeindruckt von späteren Einsichten Noltes rezipierbar, gerade weil aus dem Werk keine zwingende Folgerichtigkeit für Noltes Gleichsetzung von Bolschewismus und NS resultiert.

Deshalb sollte man Noltes Faschismusdefinition auch ohne weiteres entnehmen können, daß die Zweckbestimmung des Faschismus als „Anti-Marxismus“ gerade nicht eine als Mittel der herrschenden Klasse zur Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung meint, sondern vielmehr, wie Nolte schreibt, daß dies als unumstößliche historische Wahrheit impliziert, „daß es ohne Marxismus keinen Faschismus gibt, daß der Faschismus dem Kommunismus zugleich ferner und näher ist als der liberale Antikommunismus, daß er notwendig mindestens die Tendenz zu einer radikalen Ideologie aufweist, daß überall da von Faschismus nicht gesprochen werden sollte, wo nicht wenigstens Ansätze zu einer der `marxistischen´ vergleichbaren Organisation und Propaganda vorhanden sind.“ (ebd. S. 51f.)

Wenn Nolte darüber hinaus feststellt, daß „eine merkwürdige Verschlingung partikularer und universaler Tendenzen (...)“ überaus charakteristisch für jeden Faschismus“ sei (ebd. S. 49) sowie „ein wichtiger und bezeichnender Unterschied von Faschismus und Nationalsozialismus“ darin bestünde, daß „im Faschismus (...) die Praxis die Prämisse des Gedankens“ sei, dagegen „im Nationalsozialismus (...) die Praxis die Vollendung des Gedankens“, weil sonst „der Gedanke ohne Gewicht und Glaubwürdigkeit“ wäre (ebd. S. 56), dann wirft diese spezifizierende Unterscheidung aktuell ein durchaus bezeichnendes Licht auf die praxisfetischistischen Bewegungen von den Islamisten über die Globalisierungsgegner, die Friedensbewegung bis zur Antifa.

⁶ Zahlen in Klammern entsprechen den Seitenzahlen in der jeweils verzeichneten Literatur.



Graffiti in der Provinz - Niedersachsen 2002

wurde und im Antifa-Sommer endgültig zuschnappte. Daß das traditionskommunistische Antifa-Konzept der Volks- und Einheitsfront hervorragend mit dem pluralistischen Konzept der autonomen Antifa korrespondiert, dafür lassen sich aus den 90er Jahren unzählige Beispiele anführen. Aktionen wie jene der AAB gegen die Bevölkerung von Dolgenbrodt, die Söldner zum Abbrennen eines geplanten Asylbewerberheimes verpflichtete, blieben ebenso die Ausnahme wie es niemals zur Antifa-Beteiligung an Strafexpeditionen gegen die Deutschen in Grevesmühlen, Babenhausen, Gollwitz oder Sebnitz kam, weil man sich den positiven „Bezug“ auf die deutsche Bevölkerung nicht verbauen wollte.

Der „Wunsch nach Abgrenzung“ sei es, der der AAB zum Verhängnis wurde, teilt die taz (a.a.O.) ihrer Leserschaft mit. Was man darunter zu verstehen hat, erklärt die „Bessere Hälfte“ in ihrem Auflösungspapier am Beispiel einer Anekdoten aus dem Politalltag so:

„Teile der Besseren Hälfte wollten (...) einer Teilnahme an der Großdemonstration gegen den Bush-Besuch 2002 nur zustimmen, wenn eine Abgrenzung von antisemitischen und Krieg und Kapitalismus einseitig auf die Person Bush beziehenden Positionen erkennbar würde.“ Sehr anschaulich verdeutlicht sich hier, wie sehr das Beharren auf einer distinktiven Pseudoabgrenzung nichts anderes als die Bedingung des antisemitischen und antiamerikanischen Mit-

machens unter den Umständen eines besseren Geschmacks ist. Das wiegt um so schwerer, weil man von der AAB auch solche Zeilen lesen kann, in denen unmißverständlich verdeutlicht wird, worin die „allgemeine gesellschaftliche Tendenz“ besteht: In „der Suche nach Distinktionsgewinnen, also Vorteilen aus dem eigenen Anderssein.“ Und „wem es im Politischen um die Distinktion geht, der kritisiert schon lange nicht mehr die Welt, sondern ihre Kritiker.“ (Konzept Antifa, 26)

Feststellen läßt sich, daß das von der AAB ausgerufenen „Konzept Antifa“ als ein Herauswühlen aus dem Autonomen-Sumpf der 80er und gleichzeitiges Einfühlen in die Pop-Kulturindustrie eine sukzessive Absage an das autoritär-repressive Sponti-Diktum, daß das „Pri-vate politisch“ sei, bedeutete. Im Gegenzug aber entpuppt sich der Wunsch nach Abgrenzung, der nach Maßgabe des deutschen (Milieu-)Ideologen Pierre Bourdieu statt des Lustgewinnes der Gewinn an Distinktion um der Distinktion willen zu sein hat, als nichts anderes als der konstruktiv gewendete Gassenhauer der mittlerweile vollends verblödeten Punk-Opas Goldene Zitronen – nach dem Motto: Für immer Antifa statt für immer Punk.

Insbesondere der AAB ging es darum, Milieutheorie als Grundlage eines praktischen Massenkonzeptes zu verstehen. So heißt es in der 98er Gruppenbroschüre „Das Konzept Antifa“:

„Erfolgreich ist vor allem Identitätspolitik. (...) Neben der Schaffung eines eigenen Umfeldes geht es darum, politische Bewegung zu entwickeln, also verbindliche Punkte zu erarbeiten und zu verbreiten, auf die sich möglichst viele Milieus einigen können; in unserem Konzept eine antifaschistische Grundorientierung.“ (32 u. 33) Nicht anders als eine besondere Variante des warenförmigen Mitmachens läßt sich jene gewollte Form der Teilhabe an der vorherrschenden Massenkultur auf den Begriff bringen, die sich öffentlich zwar als eine selbstinszenierte Pseudoabgrenzung präsentierte, in Wahrheit aber gerade darauf beruhte, daß man sich durch nichts substantielles vom deutschen Rest unterscheiden wollte. Entsprechend heißt es in besagter Broschüre über das eigene Unterfangen einer Art milieutheoretischen Marketingkonzeptes: „Die besondere Attraktivität macht aus, daß (es) verbunden ist mit Gemeinschaftlichkeit und Kreativität(...)“ sowie damit, „daß sich mit Genuß Politik machen“ und zugleich „die Aufgabe lösen (läßt), die postmoderne Logik im Fortschritt und nicht als Rückgriff zu überwinden: durch das Aufgreifen ihrer Unbeschwertheit, ihrer Eingängigkeit, ihrer Kampfmittel wie Ironie und stilistischer Vielfalt.“ (ebenda)

Das Konzept Antifa ist also in erster Linie eines, das ein Angebot zur Corporate Identity feil bietet. Das aber ist alles andere als nutzbringend, denn so wird objektiv das genaue Gegenteil von dem befördert, was man bestenfalls intendiert: eine Bewußtlosigkeit der Masse statt massenhaftem kritischem Bewußtsein. Anstatt das Gegengift gegen die Anpassung an die Masse verabreichen zu wollen, ist Antifa-Identität somit nichts weiter als die pseudorebellische Mitgift eines vereinheitlichten Massengeschmacks aus Waren-, Denk- und Fühlform, die das repressive Moment dieser Gleichschaltung durch angepaßte Formen und Inhalte reflexionslos ausprägt.

Die Antifa mit ihrem Bewegungsfetischismus ist demzufolge eine Verdopplungsagentur massenkultureller Repression, die die Resistenzkraft des Einzelnen durch idealisiertes Aufgehen in der Bewegung – einer erzwungenen Harmonisierung von Innen- und Außenwelt – abzutöten hilft.

Nationalsozialismus und Faschismus

Die deutsche Volksgemeinschaft als eine Urform des Nationalsozialismus zu erfassen setzt die Bereitschaft voraus, das Verhältnis von Massensuggestion und libidinöser Bindung an die Masse begreifen zu wollen. Es gilt also, nicht nur den Korporatismus der Bismarckschen Reichsgründung als verspäteten Auftritt auf dem Weltmarkt zu verstehen, sondern genauso, die konstitutiven Momente des Deutsch-Seins im Innenleben der einzelnen Volksgemeinschaftsbesten zur Kenntnis zunehmen, um statt einer ominösen Kollektivschuld die Schuld des Einzelnen im Kollektiv zu ergründen. Dieser Notwendigkeit muß ein Antifaschismus gerade dann gerecht zu werden anstreben, wenn die nationalsozialistische Präformierung der Massen sich wie im Falle Deutschland keineswegs grundlegend verändert hat, sondern nur in einen Zustand nach Auschwitz übergegangen ist. Symptomatisch ist es in diesem Kontext für Antifaschisten wie für eine antifaschistische Linke überhaupt, daß man nach wie vor der schwerwiegenden Irrung unterliegt, ein Begriff von Faschismus müßte zwingend mit einem Führer- bzw. Diktatorenprinzip verknüpft sein. Im Gegensatz dazu spricht vieles dafür, daß dem spätkapitalistischen autoritären Bedürfnis nach Führerschaft jenes nach einem autoritären Massenprinzip der Führerlosigkeit als wirkungsmächtigeres gewichen ist. So ist es in Deutschland nach 1945 bekanntlich ausreichend, sich dem Kollektivbewußtsein einer deutschen Fühlform hinzugeben, um mit eben jener Maskerade am Karnaval deutscher Ideologen teilnahmeberechtigt zu sein, weil nicht zuletzt bis heute sich das Deutsch-Sein über das alte Nazi-Motto definiert, daß der Gemeinnutz über dem Eigennutz steht.⁽⁷⁾

Als eines der wesentlichsten Elemente des Nationalsozialismus ist sein Charakter als Vollendung jenes Massenmenschen zu bestimmen, der aus der fortschreitenden Entwicklung von industriellem Kapitalismus und staatlicher Demokratie erwuchs. Diesem Menschentyp eignet zwanghaft, sich den öffentlichen Bedürfnissen unter Vernachlässigung privater zu unterwerfen, in dem er die allgemeinen zu privaten

erklärt und dessen protagonistischen Formen in jenem Pseudoindividualismus zum Ausdruck kommen, wie man sie beim Fußball-Hooligan genauso finden kann wie im Frauen-Lesbenkult, dem Wursthaarhippie oder hippen Spex-Lesern

Weil man sich in Antifaschismen nach wie vor mit mehr oder weniger ML-lastigen Faschismusdefinitionen begnügen mag, vermeidet man peinlichst genau den Bruch mit dieser linken Tradition. Bezeichnend genug zum Beispiel, daß zu einer AAB-Veranstaltung anlässlich des Erscheinens von Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“ ausschließlich Theorie-Koryphäen der traditionellen linken Antifaschismus wie Reinhard Kühnl, Karl-Heinz Roth und Wolfgang Wippermann eingeladen wurden, die neben der AAB referierten.

Symptomatisch ist über diese Veranstaltung in der Broschüre „Das Konzept Antifa“ zu lesen: „Einig waren sich alle Referenten (also auch die AAB-S.P.) in der Ablehnung der ‚Modernisierungstheorie‘, die besagt, daß der Nationalsozialismus eine soziale Revolution vollbracht (...) habe.“ (29)

Will man den Nationalsozialismus im Gegensatz zum traditionellen linken Antifaschismus ernsthaft bekämpfen, dann muß man seine Weltanschauung zuvorderst als das begreifen, was sie ist: kein Angebot eines geschlossenen Weltbildes, sondern ganz im Gegenteil ein nach allen Seiten hin offenes und in sich völlig inkonsistentes ideologisches Gebilde, das alle schematischen Auf- und Abtrennungsversuche von links und rechts, oben und unten, autoritär und spontaneistisch, homogen und heterogen im Vorhinein zum Scheitern verurteilt. Das Herzstück des NS ist somit gleichzeitig das Herzstück der postmodernen Ideologie. Denn beide kennzeichnet gleichermaßen der Wahrheitsverzicht in der Form eines Werte- und Kulturrelativismus. Mit Nachdruck ist also klarzustellen:

Der Nationalsozialismus ist so etwas wie eine Urform postmoderner Ideologie, die beide, um es einmal mehr zu sagen, nicht die Bohne zufällig in der Metaphysikkritik eines Martin Heidegger kulminieren und deren jeweiliges Prinzip gleichermaßen die Prinzipienlosigkeit ist. „Die nationalsozialistische Ideologie verändert sich

ständig“, schreibt Franz Neumann, als würde er zugleich über Derrida, Deleuze/Guattari oder Zizek urteilen. Und demzufolge sei der NS weder eine „politische noch eine soziale Theorie. Weder besitzt er eine Philosophie noch interessiert ihn die Wahrheit. Er übernimmt in jeder beliebigen Situation jede Theorie (...). (Er) ist kapitalistisch und antikapitalistisch zugleich. Er ist autoritär und antiautoritär.“ (67 u. 506 f.)

Wer den Unterschied zwischen „gewöhnlichem“ Faschismus und dem Nationalsozialismus auf den Begriff bringen möchte, muß erstens zur Kenntnis nehmen, daß für den Faschismus im Gegensatz zum NS der Antisemitismus keine notwendige Bedingung ist und zweitens die Bedeutung von Staat und Bewegung für beide zueinander ins Verhältnis gesetzt werden muß.

Nur so läßt sich erfassen, daß der italienische Faschismus darauf basierte, daß er die faschistische Bewegung „als bürgerliche Partei neuen Typs“ quasi verstaatlichte und der NS als „faschistische Partei neuen Typs“ (Luks, 202) darauf, daß er den Staat zu einem Mittel seiner Bewegung machte⁸, also zu einem Unstaat umformte, der den Staat „ideologisch und in gewissem Grade auch faktisch abgeschafft“ hat. (Neumann, 460)

Im Sinne Carl Schmitts läßt sich so etwas wie eine trinitarische Formel der Einheit von Staat, Bewegung und Volk als eine Art göttliches Prinzip des NS bestimmen, wobei in Abkehr von Hegels Vernunftstaat hin zum Volksstaat der Partei als Bewegung die Rolle des Vaters, dem Volk die des Geistes und dem Staat gerade einmal diejenige des Sohnes zukommt.

Unter all diesen Vorzeichen stellt sich die Frage, welche Rolle der Antisemitismus im Nationalsozialismus spielt, wenn letzterer sich gerade durch Inkonsistenz, Relativismus und angebliche Widerspruchsfreiheit einer garantierten sozialen Sicherheit und Vollbeschäftigung auszeichnet. Eine Antwort muß im Wesentlichen darauf abzielen, die Bedeutung des Antisemitismus in seiner Doppelfunktion zu erfassen: Zum einen ist der Antisemitismus Ausdruck eines halluzinierten „Hauptantago-

⁷ vgl. das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Dort heißt es unter Punkt 24: Die Partei „bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz vor Eigennutz.“

⁸ „Die grundsätzliche Idee ist die, daß der Staat keinen Zweck, sondern ein Mittel darstellt“, heißt es entsprechend bei Hitler in „Mein Kampf“.



Antifa-Aktion gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin

nismus“ zwischen dem Uneigentlichen (dem Künstlichen) und dem Eigentlichen (dem Natürlichen), und zum anderen zugleich das Schmiermittel, welches die Maschinerie des Unstaates, die notwendig eine der permanenten Massenmobilisierung zur maßlosen Vernichtung sein muß, überhaupt am Laufen hält.⁽⁹⁾ Bestätigung findet diese Funktionsbestimmung des Antisemitismus insbesondere darin, dass das Racket- und Bandenwesen, das der Unstaat verkörpert, zwingend etwas benötigt, was ihn nach innen wie nach außen überhaupt zusammenhält, wenn er gerade nicht auf einer sittlichen oder Vernunftidee gründet.

Keineswegs überraschen darf in diesem Zusammenhang, was nicht nur Franz Neumann für Deutschland geltend machte: „Der spontane Antisemitismus des Volkes selbst ist in Deutschland nach wie vor schwach. Nach meiner persönlichen Überzeugung ist das deutsche Volk, so paradox das auch scheinen mag, noch das am wenigsten antisemitische.“ (159)⁽¹⁰⁾ Tatsächlich spricht vieles dafür, daß in Deutschland insbesondere vor '33 der auf Spontaneität des Einzelnen basierende Alltagsantisemitismus am wenigsten in Europa ausgeprägt war, so daß es verrückterweise hierzulande gefährlicher zu sein scheint, wenn der Antisemitismus nicht virulent ist,

sondern latent. Bestätigung findet diese These auch in den Erinnerungen Leo Löwenthals über die Zeit vor seiner Emigration: „Im alltäglichen Leben hat es eigentlich gar keine Rolle gespielt, ob man Jude war oder nicht (...). Wir haben uns immer darüber lustig gemacht, eben weil es eine solche Randerscheinung war, daß die Insel Borkum keine Juden zuließ. Von einer Art Antisemitismus, die es einem unmöglich macht, in bestimmte Restaurants, Hotels oder Clubs zu gehen, habe ich erst hier in Amerika erfahren. Ich hatte zwar schon in Deutschland davon gehört, aber ich habe es nicht glauben können.“⁽¹¹⁾ Auch Wolfgang Pohrt verweist mehrfach darauf, daß „vor 1933 der Antisemitismus (...) gemäßigt und schwächer schien und wohl auch war als in vielen anderen europäischen Ländern, wo dafür aber der psychotische Vernichtungswille fehlte, welcher in Deutschland dem zunächst harmlos erscheinenden Antisemitismus erst die furchtbare Gewalt verlieh.“ Daraus könne man schließen, daß in Deutschland „erst im Moment der Zündung das tödliche Gemisch entsteht.“⁽¹²⁾

Antifaschismus der gleichen Mittel

Antisemitismus als ein Instrumentarium und Ablenkungsstrategie der Herrschenden gegenüber den Beherrschten. Diese Sichtweise prägte den kommunistischen Antifaschismus und war gleichbedeutend

damit, sich einer Betrachtung desselben nicht nähern zu können, die auch nur in Nuancen von der Sicht auf bürgerliche Herrschaft als Klassenherrschaft abgewichen wäre.

Darüber hinaus beeinträchtigte die Charakterisierung durch die Kommintern, daß der italienische Faschismus eine reine Fortsetzung bürgerlicher Herrschaft mit anderen Mitteln sei, folgeschwer, daß die neue Qualität, die der NS hinsichtlich des Faschismus verkörperte, nicht erfaßt wurde.

Was Lenin 1918 im Bezug auf die Pogrome gegen russische Juden formulierte, fand seinen unveränderten Ausdruck im Konzept der Einheits- und Volksfront: „Die absolutistische Regierung lenkte stets, wenn dies not tat, den gegen sie gerichteten Haß auf die Juden ab, wobei sie den unwissenden Massen einredete, all ihr Elend komme von den Juden.“ (Luks, 202) Unter solchen Vorzeichen eines Begriffes von Antisemitismus als reinem Herrschaftsmittel konnten die Bekundungen der KPD in ihrer „Resolution der Berner Konferenz“ als „Weg zum Sturze Hitlers“ von 1939 bei allem guten Willen gar nicht den Kern des nationalsozialistischen Problems erfassen, sondern eher noch von ihm ablenken: „Die Antifaschisten dürfen der erbärmlichen Judenhetze des Regimes nicht die geringsten Konzessionen machen, sondern müssen überall (...) aufklärend entgegenreten, die Pogromisten im Volke isolieren und die jüdischen Mitbürger moralisch und materiell nach Kräften unterstützen. Der Kampf gegen den Antisemitismus ist untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den Krieg und zur Befreiung des ganzen Volkes vom Joch der Hitlerdiktatur.“ (Berthold, 177)

Wie wenig die Propagandisten der antifaschistischen Einheits- und Volksfront letztlich vom Nationalsozialismus verstanden, verdeutlicht der Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, der unter der Maßgabe, daß „das deutsche

⁹ Adorno schrieb in diesem Zusammenhang am 5.8.1940 an Horkheimer: „Oftmals kommt es mir so vor, als wäre all das, was wir unterm Aspekt des Proletariats zu sehen gewohnt waren, heute in furchtbarer Konzentration auf die Juden übergegangen. Ich frage mich, ob wir nicht die Dinge, die wir eigentlich sagen wollen, im Zusammenhang mit den Juden sagen sollten, die den Gegenpunkt zur Konzentration der Machtdarstellungen.“ (zitiert aus: Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule, Frankfurt am Main 1986, S. 309)

¹⁰ Auch wenn Neumann den Antisemitismus als einen „Ersatz für Klassenkampf“ (163) begreift und darüber hinaus ein optimistisches Bild davon zeichnet, daß der NS notwendig sein Gegenteil wach rief und so an den „Sturz dieses Regimes“ durch die „unterdrückten Massen“ glaubte (550), läßt sich Neumanns Sicht schon deshalb viel abgewinnen, weil fehlende Spontaneität wesentliches Merkmal eines autoritären Charakters ist, der sich in die Masse eingeordnet hat.

¹¹ Ders., Mitmachen wollte ich nie, Frankfurt am Main 1980, S.33

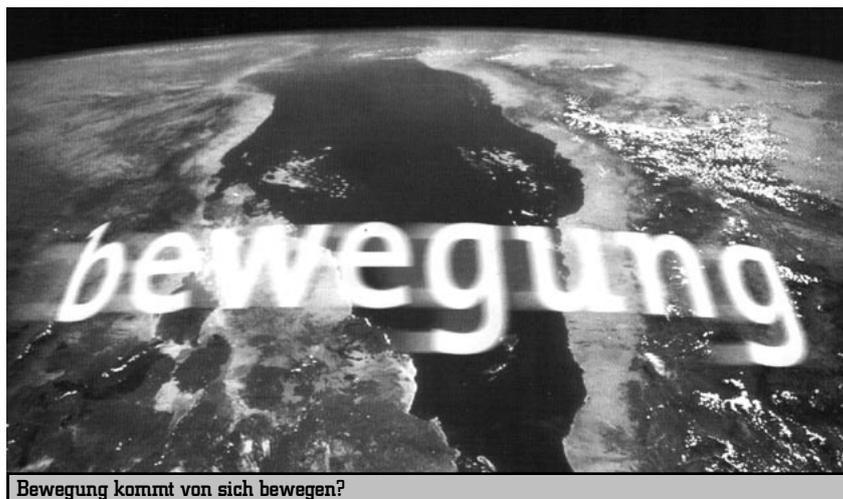
¹² in: konkret 05/90; vgl. auch 06/90

Volk zum Werkzeug Hitlers und seiner imperialistischen Auftraggeber“ gemacht wurde, eine völlig falsche Selbstkritik als Entlastung des deutschen Volkes beinhalten.⁽¹³⁾

Das Primat der Entlastung des „Volkes“ und der damit verbundene pauschale Freispruch der „Massen“ sollte deren Empfänglichkeit für den Gedanken der antifaschistischen Einheits- und Volksfront wider die Realität aufrechterhalten. Besonders exemplarisch, wofür das KPD Volksfrontkonzept stand, ist das Auftreten zweier deutscher Parteisolddaten auf dem Pariser Schriftstellerkongreß „Zur Verteidigung der Kultur“ von 1935. Dort war es einmal Anna Seghers, die die deutschen Massen zu retten versuchte, in dem sie deren „Vaterlandsliebe“ ein zugleich falsches und richtiges „Doppelwesen“ attestierte, wobei ein „Stolz auf das Nationalgut“ für das Falsche stünde, der „Stolz auf die Arbeitskraft“ hingegen für das Richtige, und die Produkte der letzteren „die wirklichen nationalen Kulturgüter“ wären. In gleicher Diktion redete dieser antiwestlichen Proletarisierung der Kultur Johannes R. Becher das Wort, in dem er sich selbst als „Kämpfenden“ charakterisierte, der mit den „Bewahrenden“ westlicher Werte eine Einheitsfront bilden wolle.

Genau jene Gegenüberstellung von westlicher Geisteshaltung und antiwestlicher Proletarität macht den Unterschied ums Ganze zwischen einer französischen Volksfront und der deutschen aus. Dieses dichotome Verhältnis zweier antifaschistischer Grundorientierungen verdeutlichte sich auch auf besagtem Kongress, der einen ganzen Komplex dem Thema „Kollektivismus-Individualismus“ widmete. Ebenda war es André Gide, der den Unterschied prowestlicher Geisteshaltung zum kollektivistischen Proletkult mit einem flammenden Plädoyer für die Werte des Westens auf den Punkt brachte: „Es kann die Gesamtheit am wirksamsten fördern, wer am individuellsten ist.“

Feststellen läßt sich, daß die französische Volksfrontregierung unter



León Blum gerade deshalb von Erfolg als Einheitsfront gekrönt war, weil dieses Konzept im Gegensatz zum deutschen noch nicht unter dem folgenschweren Einfluß der Dimitroffschen Kommintern zustande kam, sondern umgedreht erst nach dem Modell des französischen Konzeptes von 1934 als durch Dimitroffs Faschismusdefinition modifizierte allgemeine kommunistische Antifa-Strategie beschlossen wurde. Entsprechend sollte die deutsche Variante der Volksfront eine von der Kommintern dekretierte Kopie sein. Selbstredend reflektierten die Protagonisten der deutschen Idee dabei nicht die durch den NS erfolgte „Abschaffung“ der Klassenstruktur durch die Volksgemeinschaft und schlußfolgerten, daß erstens „die Hauptmassen der Arbeiterschaft (dem Hitlerfaschismus) ablehnend“ gegenüberstünden und zweitens „– im Unterschied zu Frankreich und Volksfrontspanien–“ nur „andere Formen der Organisation“ entwickelt werden müßten.⁽¹⁴⁾

Unter solchen Verkennungen der objektiven Umstände konnte das Einheits- und Volksfrontkonzept kaum Früchte tragen. Basierte es doch unter der Voraussetzung einer Absage an das Individuum auf der Idee der Kollektivität, die im NS ihre „höchste“ Vollendung längst erfahren hatte – bestand also gerade nicht darin, „andere Formen der Organisation“ entgegenzusetzen. Man kann demzufolge sagen: Weil das Volksfrontmodell gegen

den NS ein Versuch der Abkehr mit gleichen Mitteln war, konnte es nicht funktionieren, zumal noch erschwerend hinzu kommt, daß die Arbeiterbewegung so manches wichtige inhaltliche und formale Detail wie den Antiliberalismus, den protestantischen Arbeitsethos oder das Verkommenlassen von Kultur zur propagandistischen „Schleuderware“ (Neumann) dem NS vorwegnahm.

„Eine Bewegung“, schreibt Hitler in „Mein Kampf“, müsse sich „vom ersten Tage ihres Bestehens an als Bewegung der Masse fühlen und nicht als literarischer Teeklub oder spießbürgerliche Kegelsellschaft.“ Und damit verdeutlicht er, daß der NS nicht einfach auf das Mittel der Massenmobilisierung setzt, sondern die selbstzweckhafte Grundidee vielmehr in einer permanenten Mobilisierung der Massen besteht, die man zur ständigen Tat antreiben müsse. So gesehen braucht der Nationalsozialismus die Massenmobilisierung wie das Einzelindividuum die Luft zum Atmen. Das aber heißt für den Kampf gegen ihn: Die Massenmobilisierung treibt die Menschen erst dem Nationalsozialismus zu und demzufolge kann das in der Konsequenz nur bedeuten, Massenmobilisierungen zu verhindern statt zu befördern. Eine Antifa darf also niemals Agentur zum Zweck von Massenmobilisierungen sein. Schon gar nicht darf sie das mit massenkulturellen Mitteln.

¹³ Unter dem Titel „Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!“ heißt es: „Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“ (aus: Berthold, 194)

¹⁴ in: Resolution der Brüsseler Parteikonferenz der KPD von 1935 sowie Resolution der Berner Konferenz der KPD von 1939; aus: Berthold, 131 u. 181

Ein Antifaschismus, der nicht immer schon den Kampf gegen jegliche Formen von Massenmobilisierungen zum Inhalt haben müßte, würde in Deutschland voraussetzen, daß der alliierte Reeducation-Versuch geglückt wäre.

Weil er das aber mitnichten ist, kann man auch nicht mit dem Poststrukturalisten Daniel Goldhagen argumentieren, der behauptet, daß ab '45 dank eines anderen „gesellschaftlichen Gesprächs“ alles anders sei mit den Deutschen.⁽¹⁵⁾ Das allerdings setzt wiederum voraus, sich gegen vollendete relativistische Verblödung resistent zu machen, wie sie exemplarisch von der Antifa-Zeitung Phase 2 vorgeführt wird, wo man allen Ernstes meint, daß „Wahrheit maßgeblich durch die Praxen des Erzählens zustande kommt.“ (Jungle World 04/03).

Antifamythos und -lüge

Daß die Volksfrontpolitik der KPD auf ganzer Linie scheiterte, wird zwar schizophrener Weise in Antifa-Kreisen durchaus zur Kenntnis genommen, Konsequenzen aber in den meisten Fällen gar nicht und in Ausnahmefällen maximal halbherzig daraus gezogen. Der Mythos einer in Deutschland notwendigen antifaschistischen Einheits- und Volksfront lebt bis heute fort. Und so ist die antifaschistische Aktionseinheit im Zweifelsfall auch den autonomen Antifas das Maß aller Dinge. Der in diesem Zusammenhang vielbeschworene „kleinste gemeinsame Nenner“ der Handlungsfähigkeit im Kampf gegen Nazis beruht nun aber auf einer verheerenden Geschichtsklitterung.

Denn daß die Volksfront und Aktions-einheit die Konsequenz aus dem Nationalsozialismus sein müsse, ist historisch nicht nur nicht zu halten, sondern schlichtweg eine Lüge.

Der Antifa-Mythos von der Aktionseinheit steht außerdem für nichts geringeres als dafür, daß der NS nicht etwa wegen des Antisemitismus bekämpft wurde, sondern vielmehr trotz desselben. Weil Antisemitismus für das Volksfrontkonzept nie ein Ausschlußkriterium war, indem

er ausschließlich als Instrument der herrschenden Klasse begriffen wurde, log man den Volksgemeinschaftsgedanken nach 1945 kurzerhand endgültig zum antifaschistischen um. Und das wirkt bis heute dergestalt fort, daß es die Antifa angesichts der kalten Übernahme des Antifa-Monopols durch die deutsche Regierung ebenso kalt erwischte.

Aus der anhaltenden Dauerkrise der Antifa lassen sich nur zwei miteinander völlig unvereinbare Konsequenzen ziehen: Entweder man macht so weiter wie bisher, was gleichbedeutend damit wäre, daß man die Antifa genauso bekämpfen müßte wie jede andere antiemanzipatorische Gefahr. Oder aber man hält zu dem Zweck der Einsicht in das eigene Scheitern inne und versucht zu begreifen, was Karl Marx so formulierte: „Auf keinem Gebiet kann man eine Entwicklung durchlaufen, ohne seine frühere Existenzweise zu verneinen. Verneinen in die Sprache der Moral übersetzt, heißt: Verleugnen.“⁽¹⁶⁾ Für die Position des antiimperialistischen Mitmachens sei hier exemplarisch Michael Kronawetter, einer der Sprecher der AAB, zitiert, der sich die Krise der Antifa nach dem Motto: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, so erklärt: „Es gibt viel zu wenig Einflußnahme und öffentliche Positionierung unsererseits (...). Hinzu kommen (...) die Auseinandersetzungen innerhalb der radikalen Linken in Sachen Israel und Palästina, die zu einer Lähmung der praktischen Arbeit führen.“ (junge Welt v. 01.02.03; Hrshg. S.P.) Wie nur, so fragt man sich, kann erstens eine inhaltliche Auseinandersetzung überhaupt als Lähmung begriffen werden und warum gerade die um Israel und Palästina? Ein antiimperialistischer Ideologe wie Kronawetter, der sich einzig und allein deshalb gelähmt vorkommt, weil er so weiter machen will wie bisher, hat wohl zumindest eine Ahnung davon, daß sein Antiimperialismus an der Israel-Solidarität zerschellt wie eine Nußschale an der Klippe in der Brandung. Tatsächlich scheinen nur die Antifas zum reflexiven Innehalten befähigt zu sein, die sich weder

vom ML noch von der Triple Oppression-Theorie der Viehmann-, Strobl-, L.U.-P.U.S.-Triade und schon gar nicht vom eklektizistischen Einerlei des „revolutionären Antifaschismus“ haben dumm machen lassen. Es sind jene, die wie der Thomas Sayinski von der Antifa _ Berlin erklären: „Wenn Rechte und Linke die gleichen Parolen auf ihren Transparenten vor sich hertragen, dann stimmt doch was nicht.“ (ebenda)

Mit Nachdruck ist klarzustellen, daß nur die bedingungslose Kritik des Antisemitismus die Bedingung der Möglichkeit kommunistischer Kritik ist, denn sie ist die einzige, die dazu befähigt, „der Massenmentalität überhaupt entgegenzutreten“. (Simmel, 89) Diese Ausgangsbedingung markiert die Bruchstelle zu allen, die das anders sehen. Entsprechend kann ein wie auch immer geartetes Antifa-Konzept solchen Kriterien nicht standhalten. So ist unter diesen Vorzeichen auch der eklektizistischen Theoriebedürftigkeit in weiten Teilen der Antifa eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, weil sie letztlich nur Ausdruck davon ist, nicht etwa den konsequenten Bruch mit dem Konzept Antifa anzustreben, sondern eine Fortsetzung unter leichtmodifizierten Vorzeichen zum Ziel zu haben, deren Resultat nur eine krude Theorie-Mischform aus Dimitroff, Foucault, Adorno und alles, was dazwischen liegt, sein kann. Und das wiederum ist gleichbedeutend mit der pauschalen Verleugnung jedweder möglichen Erkenntnis über eine objektiv verstellte Praxis.

Kommunist ist, wer die ganze Wahrheit auszusprechen beansprucht. Links dagegen, wer sich vor deren Konsequenzen scheut und sie deshalb halbiert. Ein Linker kann also maximal ein halber Kommunist sein. Gerade deshalb darf antideutsche Kritik des Kapitals als einem gesellschaftlichen Verhältnis nicht vor der Kritik jener Linken halt machen, die nichts anderes ist als der Ausdruck der zulässigen politischen Verkehrsform des Staates, der wiederum nichts anderes ist

In Ders, "Hitlers willige Vollstrecker" (Berlin 1996, S. 564) heißt es: "Gespräch" meint alle sprachlichen Hervorbringungen mündlicher oder schriftlicher Art sowie Symbole, die gleichfalls immer sprachlich gefaßt und interpretiert werden und daher vom Gespräch abhängen, obwohl sie gleichzeitig einen Teil desselben darstellen." Auf S. 51 f. schreibt Goldhagen: "Man muß sich das kognitive, kulturelle und teils sogar das politische Leben einer Gesellschaft wie ein 'Gespräch' vorstellen. Alles, was wir über die gesellschaftliche Wirklichkeit wissen, ist dem Strom dieser ununterbrochenen 'Gespräche' entnommen, die diese Realität konstituieren. Wie könnte es auch anders sein, da Menschen niemals auf andere Weise etwas hören oder erfahren."

Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, MEW 4, S.336

als Teil des gesellschaftlichen Kapitalverhältnisses. Das bedeutet insbesondere, linken Gedankenmüll zu attackieren, der sich symptomatisch für Bewegungsfetischisten in der AAB-Broschüre „Das Konzept Antifa“ findet und unter dem Deckmantel kommunistischer Kritik sich zu verbergen versucht: „Kennzeichen aller modernen Industriestaaten ist die Individualisierung, die Auflösung aller solidarischen Beziehungen, oft von den Einzelnen durchgesetzt mit Selbstbehauptungsrhetorik. Zwangsläufig bedeutet Vereinzelung die Orientierung an individuellen Kosten-Nutzen-Rechnungen als letztem Maßstab (...). Die unaufhörliche Betonung des eigenen Subjekts zur Erhaltung der eigenen „absoluten Freiheit“, ist die Flucht vor Kollektivität, vor der Verbindlichkeit einer Gruppe (...). Oft wird solcher Individualismus sogar als antifaschistische Gegenstrategie verkauft, als Reflex auf die antiliberalen Volksgemeinschaftsausrichtung.“ (4 u. 61) Wer als Antifa heute immer noch leugnet, daß der Kollektivierungs- und Gemeinschaftsgedanke, insbesondere der der Volksfront, unter der Herrschaft des Kapitals die ideelle Grundsubstanz des Nationalsozialismus ist, also eine entscheidende gesellschaftliche Bedingung aus der er erwächst, der kann gar nicht willens sein, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, daß Linke wie Nazis argumentieren, es also in der Hauptsache keinen sachlichen Unterschied gibt und es hüben wie drüben derselbe antiimperialistische und befreiungsnationalistische Gedanke ist, der zur Antiglobalisierungsbewegung drängt. Nichts als ein schlechter Scherz ist es daher, wenn es im „Konzept Antifa“ an anderer Stelle heißt: „Konsequenter Antifaschismus begreift (...) den Kampf gegen den Faschismus (...) als Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen, aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen entsteht, faschistische Denkmuster anzunehmen.“ (6)

Weil Antifaschismus zuvorderst nicht Angriff bedeutet, sondern Verteidigung von Resten an Individualität, Subjektautonomie und instrumenteller Vernunft – also von alledem, was der liberale Kapitalismus einst als materialisierte Idee für das Individuum

freisetzte und worunter die dezidiert westlichen Werte zu verstehen sind –, braucht es auch keine Antifa, die sich als objektiv unfähig erwiesen hat, sich dem Antiliberalismus zu entziehen und aus dem Politikspiel von Links und Rechts herauszuhalten. Entsprechend ist der Kampf gegen den Nationalsozialismus gerade dadurch vor seiner ideologischen Radikalisierung zu schützen, in dem man ihn vom antiliberalistischen Kopf auf seine liberalistischen Füße stellen muß – was gleichbedeutend damit ist, den Vereinigten Staaten und England den Antifaschismus ohne Lamento zuzubilligen. Und das kann dann nur damit einhergehen, daß man weniger einem „Stalingrad `43“-Kult frönt, wie die Aufschrift einer in der Antifa-Szene äußerst beliebten T-Shirt-Reihe lautet, als vielmehr endlich dem D-Day `44 seinen historisch angemessenen prowestlichen Ehrenplatz einzuräumen. Feststellen läßt sich in diesem Zusammenhang außerdem, daß die AAB einen von ihr formulierten Anspruch nicht mal im Ansatz einzulösen vermochte, sondern diesen vielmehr permanent konterkarierte. So heißt es im „Konzept Antifa“: Der „objektive Antiimperialismus‘ islamischer Gruppen“ hätte keinerlei „Orientierungswert, da dies(...) die Ablehnung westlicher Werte (bedeutete), denen wir uns bedingungslos verpflichtet fühlen.“ (57) Wie wenig Hoffnung besteht, daß in Antifa-Kreisen die objektive gesellschaftliche Rolle reflektiert wird, die man als kollektiver Saubermann der Volksgemeinschaft übernommen hat, bringt das Angebot der Berliner Antifa Nordost an die ehemalige AAB auf den Punkt, mit ihr zusammen den freiwilligen Helfer der deutschen Volkspolizei auf den Demonstrationen gegen den Irak-Krieg geben zu wollen: „Den Genossinnen und Genossen der AAB können wir (...) anbieten, zusammen zu schauen, wo bei den Antikriegsdemonstrationen die Neonazis sind, um diese dann gemeinsam zu vertreiben.“ (junge Welt 1.2.03) Die guten Antisemiten ins Töpfchen, die bösen ins Kröpfchen. Besser kann sich eine Antifa nicht selbst ad absurdum führen und ihre Überflüssigkeit begründen.

Sören Pünjer

Das Konzept Antifa,

Antifaschistische Aktion Berlin;
Berlin 1998 (broschur)

Revolutionäre Parteiprogramme

Berthold, L.; Diehl, E. (Hg.),
Ost-Berlin 1967

Massenpsychologie

und Ich-Analyse,
Freud, S.; in: Ders.
Gesammelte Werke XIII
Frankfurt am Main 1999

Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie

Luks, L.; Stuttgart 1985

Behemoth

Neumann, F.; Frankfurt am Main 1977

Antisemitismus und Massen-Psychopathologie

Simmel, E.; in: Ders (Hg), Antisemitismus,
Frankfurt am Main 1993

Die Entstehung der faschistischen Ideologie

Sternhell, Z.; Hamburg 1999





Aktualität faschistischer Gefahr

1. Die Idee des Faschismus gibt sich nicht mehr die Form des Nationalismus, sondern ist internationalistisch.
2. Ein zweites Auschwitz oder ähnliches ist möglich. Eine andere Welt dagegen nur, wenn man sich des "Augenblicks der Gefahr" (W. Benjamin) bewusst ist. Insofern ist nach Auschwitz der Marxsche Kategorische Imperativ von der Umwälzung aller Verhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist", nur aufrechtzuerhalten, wenn man den Kategorischen Imperativ Adornos, "Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe", als die notwendige Umstülpung des Marxschen begreift.
3. Der Islamismus ist die große faschistische Gefahr.

Israel-Solidarität und Antifaschismus

1. Nach Auschwitz spricht mehr dafür, dass Revolution nicht die Lösung ist, sondern die "Endlösung".
2. Der antisemitische Vernichtungswahn trifft keine zufällige Objektwahl, sondern notwendig "die Juden".
3. Das wichtige Diktum, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, ist davor zu bewahren, dass es zum Argument der Ignoranten verkommt, die es sich mit ein bißchen Antisemitismuskritik da und ein bißchen dort in Deutschland gemütlich gemacht haben. Das gilt umso mehr, weil der Hauptfeind sich auf den globalen deutschen Weg gemacht hat, dem es weltweit selbigen zu versperren gilt.
4. Grundbedingung des Konzeptes Antifa ist die Forderung nach Waffen für Israel. Alle andere Israel-Solidarität ist Quark.
5. Antifaschismus kann nur wirkliche Solidarität mit dem jüdischen Staat Israel bedeuten und nur eine Israel-Solidarität wirklicher Antifaschismus sein.
6. Es gibt keinen dritten Antifa-Weg, sondern nur einen Antifaschismus für Israel mit Sympathie für die USA.
7. Eine Antifa, in der es cool ist, Palitäucher zu tragen, kann es nicht geben. Sie wäre zugleich ihre eigene Anti-Antifa.

Antiimperialismus und deutscher Weg

1. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen american way of life und deutschem Weg.
2. Entweder kulturelle Vielfalt und Artenschutz oder Festhalten am kommunistischen Diktum des Menschen als Maß aller Dinge.
3. Die deutsche Wunderwaffe nach Auschwitz ist der antiimperialistische Frieden, der in seiner Langzeitwirkung bedrohlicher ist als jede militärische Intervention. Die einzige wirksame Maßnahme gegen dieses deutsche Kampfmittel ist der american way of life, der ein Bild vom Menschen vermittelt, das diesen nicht auf seine natürliche Ethnie und Kultur reduziert, sondern den universellen Gedanken des Kosmopolitismus hochhält.
4. Die Wirklichkeit hat die Linke umgestülpt. Sie ist heute nicht mehr fortschrittlich, sondern nur noch Feind der Aufklärung und Freund des völkischen Internationalismus.
5. Der Bruch mit der globalen Volksfront ist notwendig.
6. Das Konzept Antifa steht gegen die antiimperialistische Völkergemeinschaft.
7. Es gibt schlimmeres als die "normale" maßlose Verwertung, die maßlose Vernichtung. Gerade weil das Konzept Antifa ein kommunistisches ist, begreift es den Antifaschismus als die Rettung der Restbestände des Bürgerlichen und nicht als Radikalität, um so die Bedingung der Möglichkeit des Kommunismus überhaupt aufrechtzuerhalten.
8. Es gibt an der Antiglobalisierungsbewegung nichts zu retten. Nur wer noch zu retten ist, begreift sich in Gegnerschaft zu ihr.
9. Rechts von der Antiglobalisierungsbewegung gibt es faktisch nichts mehr. Was da vielleicht noch war, ist im Pluralismus aufgegangen.
10. Das postmoderne Differenzgeschwätz über sogenannte Sprechorte, Plotstrukturen, Mächte, Fluchtlinien etc. und der damit verbundene Wahrheitsverzicht ist Teil des anti-antifaschistischen Problems.

Autonome Organisation Teil 1

Zur Auflösung der AA/BO

Im April 2001 gab die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation in Göttingen ihre Auflösung bekannt. Damit endete nach fast neun Jahren der erste bundesweite Organisationsansatz autonomer Antifa-Gruppen. Hier soll nun versucht werden, ihre Entstehungsgeschichte nachzuzeichnen, ihre Politik kritisch zu hinterfragen und einen Ausblick auf die Zukunft zu wagen.

Der Gründung der AABO am 25. Juli '92 in Wuppertal ging eine Diskussion voraus, die mit einer Reflexion über den Zustand der Autonomen, bzw. der autonomen Bewegung begann. Die autonome Bewegung entstand Anfang der 80er Jahre als bewusste Abgrenzung zur Politik der damaligen Linken in der BRD. Die Erinnerungen an das dogmatische, autoritäre Gehabe der sog. K-Gruppen, die sich in ihren Kommunismusvorstellungen an China, Albanien oder an der Sowjetunion der Stalin-Ära orientierten, waren noch frisch. Die Autonomen verstanden sich im Gegensatz dazu als undogmatische, hierarchiefreie Bewegung. Es entstand eine subjektive Politik, die sich in erster Linie an den eigenen Erfahrungen orientierte, die das Lebensgefühl über eine wissenschaftlich-theoretische Herangehensweise setzte und Befreiung in erster Linie in der direkten Aktion suchte. Die Autonomen proklamierten nicht nur den Bruch mit dem Staat, sondern auch den Bruch mit der Gesellschaft. Folgerichtig gab es bei den meisten auch keine gesamtgesellschaftliche Utopie, wie etwa eine kommunistische Gesellschaft, es ging eher um die Er kämpfung von Freiräumen und der recht ungenauen Formel vom selbstbestimmten Leben. Verbindliche Strukturen waren selten und gingen, wenn überhaupt nicht über Städtetreffen, die einen Erfahrungsaustausch gewährleisten sollten hinaus. Eine weitgehende Organisation war verpönt, da sofort irgendwelche Hierarchien vermutet wurden. Während der 80er Jahre waren die Autonomen eine bedeutende Bewegung. Über Themenfelder wie Hausbesetzungen, Er kämpfung und Verteidigung von autonomen Zentren, AKW, Startbahn-West, Anti-NATO, Frauen- und Lesbenkampf, Hafenstr. in Hamburg etc. konnten über Jahre hinweg Tausende mobilisiert werden.

Auch die etwa parallel zu den Autonomen entstandenen RAF-nahen antiimperialistischen Gruppen prägten das linksradikale Bild der 80er Jahre. Diese Gruppen, die sog. „Antiimps“, waren in ihrer Politik stark internationalistisch orientiert. Sie unterstützten die weltweiten antiimperialistischen Befreiungskämpfe und die Forderungen der Befreiungsbewegungen. Ähnlich wie bei den Autonomen spielte der Anti-Nazi-Kampf auch bei den Antiimps eine untergeordnete Rolle.

Ende der 80er gerät die autonome Bewegung an ihre Grenzen. Autonome AktivistInnen verliessen die Gruppen, sobald ökonomische Zwänge ihre Lebensbedingungen veränderten. Die subjektivistische „Politik der ersten Person“ rächte sich. Erfahrungen waren aufgrund fehlender Strukturen nicht weitergegeben worden. Das ausschließliche Agieren in den sog. selbstbestimmten Freiräumen hatte in die Isolation geführt. Die antiimperialistischen Gruppen, die etwa seit Anfang 1988 bis auf die Thematisierung der politischen Gefangenen politisch nicht mehr in Erscheinung getreten waren, verschwanden mit dem Niedergang der RAF.

Unterdessen hatte sich als Reaktion auf das Erstarken der Neonazis die Antifa als eigener Teilbereich herausgebildet. Schon damals gab es verschiedene Strömungen von antifaschistischen Gruppen: die einen setzten auf Recherche- und Aufklärungsarbeit, die anderen wollten reine Anti-Nazi-Politik, die dritten vertraten ein Konzept, welches sie revolutionären Antifaschismus nannten, d.h. Antifa-Politik sollte auch immer die Rahmenbedingungen angreifen, in denen faschistische Strukturen gedeihen konnten und geschützt, gepflegt, gefördert wurden; namentlich den imperialistischen Kapitalismus. Spätestens mit dem Fall der Mauer lag die Notwendigkeit antifaschistischer Politik klar auf der Hand: Ein nationaler Einheitschor schmetterte mit „Deutschland einig Vaterland“ -Gesängen jeden Zweifeler darnieder, Naziparteien gelangten in diverse Landesparlamente, Flüchtlingsheime brannten, während PolitikerInnen bekundeten, das Asylrecht müsse abgeschafft werden. Gleichzeitig schossen in jeder Stadt Antifagruppen wie Pilze aus dem Boden. Auch viele Autonome

verstanden sich nun als Teil dieser Bewegung.

Im Sommer 1991 fand ein erstes bundesweites Antifatreffen statt. Die Resonanz war groß, auch wenn Aufgabenstellung und Zielsetzung ziemlich unklar waren. Doch recht schnell kristallisierte sich eine Diskussion um das Stichwort „Organisation“ heraus. Der Grund dafür war, dass viele die autonome Politik der 80er nicht einfach wiederholen wollten. In einer Situation der eigenen Schwäche und der gesellschaftlichen Isolierung, in der sich die radikale Linke in der BRD befand, hatten sich die Unzulänglichkeiten loser Zusammenschlüsse immer deutlicher gezeigt. Doch der Organisierungsgedanke stieß von Anfang an auch auf starke Ablehnung. Vor allem „Altautonomie“ blieben im Denken der 80er verhaftet. Sie stellten die Gefahren einer Organisation deutlich über die Chancen.

In dieser Situation meldeten sich zwei Gruppen zu Wort. Die Gruppe f. e. l. s. aus Berlin führte im Berliner Szeneblatt „Interim“ eine monatelange Debatte und erklärten auf einer Veranstaltung symbolisch ihren „Austritt aus den Autonomen“. Symbolisch deshalb, weil die Autonomen ja kein Mitgliederverein waren. Die Autonome Antifa (M) aus Göttingen stellte im gleichen Zeitraum ihr „Organisierungspapier“ zur Diskussion. Ihre zentralen Thesen waren:

Der Niedergang der ausserparlamentarischen, autonomen Bewegung muss gestoppt werden. Eine Konsequenz aus der Aufarbeitung der autonomen Geschichte muss die bundesweite Organisation sein. Um die gesellschaftliche Isolation aufzubrechen müssen Bündnispolitik und Öffentlichkeitsarbeit Bestandteile autonomer Politik werden.

Gezielte Jugendarbeit zur Nachwuchsförderung müssen gewährleistet werden.

Legitimität und Notwendigkeit von Militanz müssen besser vermittelt werden.

Ansatzpunkt ist der Antifaschismus.

Kampf dem Faschismus heisst Kampf dem imperialistischen System.



Auch dieser Vorschlag wurde heftigst kritisiert. Auch wenn weiterhin organisationsablehnende Gruppen teilnahmen, waren die folgenden Bundestreffen auf die Gründung einer antifaschistischen Organisation ausgerichtet.

Es sollte schnell gehen. Darüber bestand Einigkeit. Das zunehmende Erstarken der Nazis und die immer rassistischer werdende Politik des neuen Großdeutschland machten es erforderlich möglichst bald eine starke Gegenkraft auf die Beine zu stellen. Würde man erst alle theoretischen Fragen klären, die Analysen vereinheitlichen wollen und eine gemeinsame gesellschaftliche Utopie entwickeln, es hätte bis heute noch keinen Organisationsansatz gegeben. Auf der anderen Seite galt es der Unterschiedlichkeit der Gruppen Rechnung zu tragen. Es gab grössere, gefestigtere und relativ kleine neue Gruppen, Gruppen mit reiner Antifa-Praxis und welche, die auch andere Themen bearbeiteten, einige bezeichneten sich als KommunistInnen, andere wollten sich gar keinem „Ismus“ verordnen. Dies alles musste unter ein pragmatisches, arbeitsfähiges Dach gebracht werden.

So entstand die AA/BO als eine Organisation ohne Programm, was für eine Organisation untypisch ist. Die Ziele der AA/BO orientierten sich daran, was als realistisch angesehen wurde. Das machbare sollte allerdings nicht das endgültige sein.

Kurzfristige Ziele der AA/ BO waren:

Der Ausbau der gemeinsamen politischen Praxis im klassischen Antifabereich und der Aufbau personeller, wie technischer Strukturen.

Die Entwicklung einheitlicher programatischer Standpunkte, wie Faschismus- und Imperialismustheorie, Patriarchatsanalyse, wie Gesellschaftsanalyse überhaupt sollten zwar unmittelbar angegangen werden, zählten jedoch zu den mittelfristigen Zielen der Organisation und wurden darüberhinaus als Prozess begriffen.

Langfristige Ziele waren:

Die Entwicklung einer konkreten Utopie sowie die Entwicklung einer Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems.

Die Vertagung der Klärung wichtiger Fragen, die über den Antifakampf hinausgingen, war eine notwendige Voraussetzung dafür, das sich die AA/BO Ende Juli '92 als Organisation gründen konnte.

Der Start der AA/BO verlief unerfreulich. Offensichtlich standen doch nicht alle Gruppen hinter dem gerade gemeinsam beschlossenen Konzept. Die Auseinandersetzungen spitzten sich an der Frage der Organisationsmitgliedschaft zu, einige Gruppen verliessen in Folge dieser Diskussionen die BO im Februar '93. Wirklich kein gelungener Start. Trotzdem war die Stimmung der 11 verbliebenen BO-Gruppen äusserst motiviert und optimistisch. Jetzt konnte es endlich losgehen. Im Frühjahr '93 wurde dann die erste BO-Aktionsreihe „Gegen faschistische Zentren und Treffpunkte vorgehen“ beschlossen. In dieser Kampagne wurden alle Elemente der neuen, organisierten Antifapolitik sichtbar. Die Aktionen, Demonstrationen und Veranstaltungen liefen in den jeweiligen BO-Städten zeitnah innerhalb weniger Wochen. Mit dem gemeinsamen Motto, einem gemeinsamen bundesweiten Plakat und der Verwendung des gleichen Organisationsnamens wurde der Zusammenhang der Kampagne hergestellt. BO-organisierte Mobilisierungsveranstaltungen warben für die jeweiligen Aktionen, koordinierte Pressearbeit sorgte dafür, das die Kampagne über die Medien

öffentlich wahrgenommen wurde. Nach den Querelen der Anfangsphase war doch noch ein erfolgreicher Start gelungen.

Im Laufe der Jahre gab es ähnlich angelegte BO-Kampagnen. Themen waren u.a. der 9. November (Novemberrevolution/Reichsprogromnacht/Antisemitismus), Patriarchat (internationaler Frauentag), politische Gefangene, Geschichtsarbeit, 8. Mai (50. Jahrestag der Befreiung von deutschen Nationalsozialismus), Parlamentarismus (Wählt den antifaschistischen Kampf), „Innere Sicherheit und Internationalismus

Die Versuche der AA/BO mit Themen außerhalb der klassischen Anti-Nazi-politik an die Öffentlichkeit zu gehen waren jedoch größtenteils von wenig Erfolg gekrönt. Oft fehlten die praktischen Anknüpfungspunkte und in der Regel auch ein verbindendes Element das für eine bundesweite Wahrnehmbarkeit hätte sorgen können. Auch die Innenwirkung dieser Kampagnen war für die AA/BO bescheiden. Analytisch und Inhaltlich haben die Aktivitäten kaum weitergebracht, da die dazu notwendigen Diskussionen nur sehr oberflächlich und nicht kontinuierlich geführt wurden. Die AA/BO konnte mit über Antifa hinausgehenden Themen kein inhaltliches Profil gewinnen, was sie zu Recht für nicht primär antifaschistisch orientierte Linke nicht sonderlich attraktiv machte.

Zweimal wurde über die Einrichtung einer Programmkommission versucht, stärkeres inhaltliches Profil zu erlangen. Beide Versuche scheiterten. Auch die BO war nicht vor dem typisch linken Phänomen „10 Linke - 12 Meinungen“ gefeit.

Es gab noch ein anderes, grundsätzliches Problem, der unterschiedliche Stand und auch die unterschiedliche Grösse der Gruppen. Dazu kam, daß der Aufgabenbereich stetig wuchs. Gab es in den 80er Jahren noch etliche Gruppen, die die unterschiedlichsten Themenbereiche abdeckten, so war in den 90ern sehr viel zusammengebrochen. Vieles, wo man sich früher anschliessen konnte, musste man nun selbst machen. Oftmals scheiterte die BO auch an einer nicht realistischen Einschätzung der Kapazitäten. Die Folge war, das einzelne Aktionen von nur wenigen, grösseren BO-Gruppen angegangen

wurden. Die anderen blieben aussen vor, was negative Folgen für die Mobilisierungsfähigkeit hatte. Wenige Aktive führten zu Zeitdruck, worunter inhaltliche Diskussionen litten.

Der Zwang, sich zu Erlangung der Aktionsfähigkeit zu einigen, führte zu vielen inhaltlichen Kompromissen. Minimalkonsense hatten zur Folge, das das, was die BO in ihren Publikationen zu sagen hatte, oftmals nichts wirklich neues oder vorwärtsweisendes beinhaltete. Unzufriedenheit hatte Organisationsaustritte zur Konsequenz. Neue Gruppen kamen kaum dazu.

Um dieser Stagnation zu begegnen wurde das Konzept „Offensive `99“ entwickelt. Ausgehend von der AA/BO-Tagung „Bis hierher und weiter in Berlin“ sollte eine ganzjährige, bundesweite Kampagne gegen Nazistrukturen initiiert werden. Die BO richtete auf ihren Bundestreffen die AG „Offene Struktur“ ein. Zu dieser AG wurden alle Gruppen eingeladen, die die „Offensive 99“ mittragen wollten.

Auf den ersten Blick war diese Initiative ein Erfolg. Eine unüberschaubare Zahl von Gruppen mobilisierte unter dem Offensive-Logo gegen die Nazistrukturen in ihrer Region. Das Bedürfnis, sich, wenn auch punktuell, in einen gemeinsamen Zusammenhang zu stellen, war sogar grösser als erwartet. Das war` s dann aber auch leider schon. Zudem war die AA/BO nicht mehr stark genug um die durchaus entstandenen neuen Kontakte produktiv zu nutzen und gemeinsame Folgeaktivitäten zu starten. Nach der Auswertung der Offensive setzte dann die Diskussion über die Zukunft der BO ein. Im Laufe dieses Diskussionsprozesses kristallisierte sich dann die Einsicht heraus, das die AA/BO an ihre Grenzen gestoßen ist.

Die AA/BO hat durchaus einiges erreicht. Die Erkenntnis, das (differenziert konzipierte) Bündnisarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und gemeinsames Vor-gehen unverzichtbare Bestandteile linksradikaler Politik sein müssen, hat sich durchgesetzt. Die Organisationsfrage an sich ist lange nicht mehr so umstritten, wie noch zu Beginn der 90er Jahre. Was also die formulierten kurzfristigen Ziele betrifft, hat die AA/BO ihre historische Aufgabe



Antifa-Aktion gegen die NPD-Bundeszentrale in Berlin

erfüllt. Weiter ist sie nicht gekommen und weiter wäre sie mit ihrem Konzept auch nicht gekommen. Deshalb hat sich die AA/BO auf ihrem letzten Bundestreffen Anfang April in Nürnberg aufgelöst. Mit diesem Schritt ist allerdings die Frage der nicht-parteilichem, linksradikalen Organisierung nicht abgeschlossen.

Abgeschlossen ist lediglich eine erste Phase. In dieser Situation war es richtig das Alte zu beenden um Räume für das neue aufzumachen. Hauptaufgabe ist nun die Diskussion über den Eintritt in die Phase II zu organisieren. Ziel ist die Schaffung einer neuen linksradikalen Organisation.

Doch unter welchen Vorzeichen? Um eines ganz klar vorweg zu sagen: Die AA/BO ist mit ihrem Ansatz nicht an der staats-antifaschistischen Initiative der rot-grünen Bundesregierung gescheitert. Genausowenig wurde die Diskussion über die Zukunft der Antifa durch eben diesen Staatsantifaschismus ausgelöst. Die Einsicht, dass die AA/BO mit ihrer Politik an ihre Grenzen gestossen ist, hatte sich bereits Monate vor Schröders Aufruf zum „Aufstand der Anständigen“ durchgesetzt.

Es kann bei den Überlegungen für eine neue Organisation also nicht darum gehen, sich neue Politikfelder zu suchen, weil eine Vermittlung antikapitalistischer Inhalte über den Ansatz Antifaschismus durch die neue Staatslinie schwieriger geworden ist. Genauso wenig kann eine neue linksradikale Orientierung über

die pure Addition mehrerer Teilbereiche erreicht werden. Eine neue Organisation muss sich aus einer gesamtgesellschaftlichen Orientierung herausbilden, d.h. sie muss alle existierenden Widersprüche zum Bestandteil ihrer Politik machen.

Diesen Anspruch hatte, wie gesagt, auch der revolutionäre Antifaschismus, dem sich die AA/BO verschrieben hatte. Eine Organisation unter antifaschistischen Vorzeichen läuft aber immer Gefahr die existierenden Widersprüche aus dem Faschismus heraus zu erklären, indem man den Faschismus als Ausgangspunkt der Analysen nimmt. „Hinter dem Faschismus steht das Kapital“. Diese Parole verdeutlicht diesen Ansatz. Der Ansatz, der die Komplexität der warenproduzierenden Gesellschaft und alle ihre immanenten Widersprüche zum Ausgangspunkt nimmt, würde sagen: Faschismus ist eine der möglichen Optionen des Kapitalismus zur Krisenbewältigung und zur Abwehr antikapitalistischer Kräfte. Eine Situation wie die heutige, das das Kapital auch mal hinter dem Antifaschismus stehen kann, hätte dann kaum für so viel Verwirrung gesorgt, wie das bei einigen Antifagruppen der Fall war und ist.

Es war richtig den Antifa-Ansatz der frühen 90er aufzugreifen und ihm mit der Gründung der AA/BO einen organisierten Rahmen zu geben. Nur so konnten die notwendigen Mobilisierungen dieser Zeit zustande gebracht werden. Nur so konnten viele, die aus Empörung



1. Mai 18-Uhr-Demonstration 2002

sein. Doch der beste Schutz dagegen ist die Radikalität. Nicht nur in der Form, der Militanz, sondern vor allem im Inhalt.

Es wäre falsch, wenn ein linksradikaler Ansatz, aus Sorge, es könnten, wie auch immer definierte Massen, abgeschreckt werden, seine eigentlichen Ziele verschweigt. Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer herrschaftsfreien, ausbeutungsfreien und klassenlosen Gesellschaft, mit einem Wort - Kommunismus. Das Mittel ist die soziale Revolution. Es ist klar, dass eine revolutionäre Situation in weiter Ferne ist und dass linksradikale Positionen gesamtgesellschaftlich fast keine Rolle spielen. Revolutionäre Situationen erwachsen aus vorrevolutionären Situationen, vorrevolutionäre Situationen entstehen durch die Zuspitzung von Widersprüchen. Widersprüche müssen erkannt, analysiert und benannt werden. Gleichzeitig muss jeder reformistischen Illusion klar entgegengetreten werden. Die Aufgabe wird also sein, den Antagonismus zwischen dem kapitalistischen System und der Bewegung seiner Überwindung in seiner ganzen Totalität herauszuarbeiten. Dies ganz grundsätzlich aber gerade auch immer wieder an konkreten Punkten. Um die Widersprüche allgemein und an konkreten Punkten zu vermitteln, muss in die Gesellschaft hineingewirkt werden. Das geht nicht ohne politische Praxis. Papiere und schlaue Analysen sind wichtig, sie alleine haben zu keinem

Zeitpunkt der Menschheitsgeschichte auch nur einen Millimeter verändert. An Kritik um der Kritik willen darf eine linksradikale Organisation kein Interesse haben. „ Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muss auch das Mittel wollen“ (F. Engels, MEW 17/416)

Wie aber kann eine neuer Organisationsansatz zu Analysen und Inhalten kommen? Auch wenn die AA/BO gescheitert ist, einer ihrer Ansatzpunkte bleibt richtig. Der Prozess braucht einen verbindlichen Rahmen und er braucht konkrete Initiativen. Es hat keinen Sinn, wenn Gruppen alleine vor sich hinmachen und es hat auch keinen Sinn, wenn sich für die nächsten Jahre in Theorie- und Debattierzirkel zurückgezogen wird.

Aber anders wie bei der BO-Politik der letzten Jahre muss die Herangehensweise an konkrete Initiativen eine primär inhaltliche sein. Das heisst konkret, egal welcher Themen sich der Organisationsaufbauansatz auch annimmt, er darf bei seiner Analyse nicht bei der Beschreibung der augenfälligsten und brutalsten Erscheinungsformen des Kapitalismus stehenbleiben, sondern er muss die jeweilige Erscheinungsform auf ihren systemimmanenten Kern hin untersuchen. Der Erfolg eines neuen Organisationsprozesses steht und fällt mit der Bereitschaft hinter die Dinge zu schauen und aus den Erkenntnissen Konsequenzen und Strategien abzu-

leiten, die über eine konkrete Aktion hinausgehen.

Und anders, als bei der AA/BO darf eine neue Organisation erst dann gegründet werden, wenn aus der Aufbauarbeit inhaltliche-analytische, programatische und strategische Eckpunkte herausgearbeitet worden sind.

Phase 2

Bonn - [Nummer: 01/2001]

»Scheint die Sonne auch für Nazis? - Wenn es nach mir geht tut sie `s nicht!«

Die Ärzte



Revolutionärer Antifaschismus adè?



Der Revolutionär, der Antifaschist und die lieben Kinder - Einige Notizen zur ideologischen Selbstenthauptung

Das Bühnenbild:

einfach nur tendenziös, pfuih,

Der Antifaschist:

weiß, männlich, studiert, sportlich, heterosexuell

Der Revolutionär:

weiß, männlich, studiert, sportlich, heterosexuell

Das Publikum:

murmelt leise: "Ist das noch links?"

Die lieben Kinder:

einfach nur lieb

Linke wissen Bescheid. Sie wissen von Patriarchat, Homophobie, Rassismus, Korruption, Spezizismus, Krieg und allerlei anderer Ungerechtigkeit. Sie wissen das es nicht gut ist, wenn es Menschen nicht gut geht. Vor allem wissen sie das mit ihnen diese Ungerechtigkeiten nicht zu machen sind. Dieses macht sie zu Oppositionellen. Oppositionelle gegen die die den Laden schmeissen, die Politiker, die Kapitalisten, halt gegen Die da oben. Besonders überzeugend und kohärent sind die Erklärungen häufig nicht, wenn man sie auf den Prüfstand stellt.

In diesem Text beschäftigen wir uns mit der Überzeugungskraft des Konzepts revolutionärer Antifaschismus. Der Text ist stark an das Referat „Wie dumm macht revolutionärer Antifaschismus?“ des Antifakongresses 2001 in Göttingen angelehnt. Der Text wird dem geneigten Leser erklären wieso das Konzept des revolutionären Antifaschismus nur zum Bescheidwissen tauglich ist und nicht zur vernünftigen Kritik der gesellschaftlichen Verfaßtheit.

Vor gut einem Jahrzehnt ist die AA/BO aus der autonomen Antifabewegung entschlüpft. Sie ist mit folgenden formulierten Programm angetreten: „Der Kampf gegen Faschismus ist auch der ein Kampf gegen die gesellschaftlichen Bedingungen aus denen heraus die Bereitschaft der Menschen resultiert faschistische/chauvinistische Denkmuster anzunehmen (Konkurrenzmechanismen, patriarchale Sozialisation, Vereinzelung, ..)“ nachzulesen in der AA/BO-Gründungsbrochure „Einsatz“.

Revolutionärer Antifaschismus ist eine Neuauflage des bekannten Konzepts linksradikaler Bewegungspolitik gewesen. Versucht wurde anhand eines konkreten Aufhängers, einer augenscheinlichen Ungerechtigkeit, von einem Teilaspekt ausgehend mit der Kritik aufs Ganze zu gehen. Diese Vorgehensweise zieht sich durch die Geschichte der neuen sozialen Bewegungen, entweder selbst angekurbelt oder auf den fahrenden Zug aufgesprungen versucht die Bewegungslinke den Protest zu radikalisieren und ihre gesellschaftliche Isolation hierdurch zu überwinden. Das Dilemma an dem sie dabei gedanklich stets scheiterte ist zu belegen warum nun gerade die Atomkraft, das Patriarchat, der Rassismus die gesellschaftlichen Widersprüche sind, die derart bedeutend für die bestehende Ordnung sind, daß sie nicht in ihr aufgelöst werden können, sondern nur mit der bestehenden Ordnung.

Deutlich wurde das Konzept des revolutionären Antifaschismus in der Broschüre „Konzept Antifa“ der AAB formuliert: „Wo Antifaschismus für Kampagnen aufgegriffen wurde, waren es jeweils massenwirksame Projekte der dahinterstehenden kommunistischen Gruppen (Rock gegen Rassismus in England durch die Trotzlisten in den 70er Jahren, -Stoppt Strauß- 1980 durch den KB, „Jugend gegen Rassismus in Europa“ durch die SAV in den 90er Jahren). Schwierigkeiten ergaben sich daraus, daß Antifa nur ein Lockmittel war, um Menschen an die jeweiligen Organisationen mit ihren speziellen Programmen heranzuführen. In unserem Verständnis ist Antifa also das Aufgreifen von Antifaschismus als Konzept, weder Lockmittel noch Notlösung. Alles fängt mit Antifa an, aber nichts hört damit auf.“ Während bei den Kommunistischen Gruppen noch die Notwendigkeit zur Trennung der Kritik am Faschismus und Demokratie gesehen wurde, löst sich dieser Konflikt im Revolutionären Antifaschismus als Kampf gegen eine nicht näher erläuterte gemeinsame Basis auf. Beim Revolutionären Antifaschismus wird das Problem der funktionalen Zuwendung der kommunistischen Gruppen zum Antifaschismus dadurch aufgehoben, daß dieser Funktionalismus zum eigentlichen Inhalt gemacht wurde.

Die Annahme die dem Text zu Grunde liegt ist, daß dieses Konzept hegemonial das Denken des linksradikalen Teils der Antifa bestimmt hat. Wenn auch nicht immer explizit formuliert, so tauchten in der kurzen Geschichte der autonomen Antifa diese oder gleichbedeutende Gedanken immer wieder auf, einerseits als „Antifa ist der Kampf ums Ganze“ andererseits als „Kampf dem Faschismus heisst Kampf dem imperialistischen System.“

Beim Konzept des revolutionären Antifaschismus wird, wie der Name bereits sagt, der Antifaschismus mit dem systemüberwindenen Attribut revolutionär aufgeladen. Der konsequente Kampf gegen Faschismus, Faschisten und deren Grundideologeme wird zum Kapitalismus/Demokratie überwindenen Akt hochstilisiert. Wunderlich bleibt hierbei, wieso denn die demokratische Herrschaft im Großteil der Welt nicht nur keinen Hauch von Faschismus benötigt, sondern dazu noch sein härtester Gegner ist. Es scheint in Teilen der Linken der Glaube vorzuherrschen, daß Menschen in Ausländer und Inländer zu unterteilen, Nationalistisch zu sein, Kriege zu führen und Schurken ins Gefängnis zu stecken, irgendetwas undemokratisches wäre, geradezu etwas faschistisches. Dabei sind dieses nur die, manchmal für das sanfte Gemüt etwas hart erscheinenden, Mittel zur Aufrechterhaltung unserer demoratischen Gleichheit und Freiheit. Es sind die Mittel jeder Staatlichkeit.

Ein weiterer in der Antifa verbreitete Irrtum ist die Annahme, daß die Rechtsradikalen, die in jeder Demokratie produziert werden, ein ordentlicher Beweis für die Schlechtigkeit ebendieser sind. Unter der Annahme „Das Sein bestimmt das Bewußtsein“ werden der Demokratie ihre faschistischen Minderheiten vorgeworfen. Dieser Baron Münchhausen-Antifaschismus muss logischerweise zum großen Bewunderer der gesellschaftlichen Verhältnisse werden, wenn er sich am eigenen Schopf aus den gesellschaftlichen Sein herauszieht und feststellt das die Demokratie auch immer ihre Randalierer, Rebellen und Revolutionäre produziert.

Auf allen Ebenen, mit allen Mitteln ist

Jungle World

Antifaschismus für sich selbst ist eine vernünftige Angelegenheit. Es ist der Kampf gegen die extreme Barbarei. Der Kampf gegen physische Vernichtung von Menschen aus rassistischen oder ansemitischen Motiven. Der Kampf gegen die totalitäre Herrschaft. Dieser Kampf wird von allen geführt die durch diese Ziele in ihrer Existenz bedroht sind und denen die sich mit Ihnen aufgrund ihrer ethischen oder analytischen Ideale solidarisieren. Wenn man diesen Kampf als revolutionär auflädt, spaltet und schwächt man ihn. Faschisten bekämpft man wegen ihrer eigenen Widerlichkeit, als Selbstschutz oder zum Schutz von Dritten, dieses als reolutionär zu verbrämen schadet dem Anliegen und führt zu Antifa-Aktivistinnen deren Maßstab für die Radikalität der Gesellschaftskritik die Anzahl der durch den Baseballschläger gehauenen Nägel ist.

Um den Widerspruch zwischen Revolutionär und Antifaschismus deutlich zu machen lassen wir beide mit ihrer Kritik am Staat selbst zu Wort kommen. Die ausgewogene Sachlichkeit fragt den Antifaschisten: Herr Antifaschist, was ist denn eigentlich ihre Kritik am Staat?

Herr Antifaschist: Da muss ich weit ausholen, zu Beginn der Bundesrepublik wäre da die personelle Verflechtung der nationalsozialistischen Leistungsträger mit den Leistungsträgern der BRD, einen wirklichen Bruch hat es nie gegeben, die Verbrechen der Nazis sind juristisch nie wirklich aufgearbeitet worden, der Grossteil der Nazis ist nicht ihrer gerechten Strafe zugeführt worden. Diese Kontinuität zieht zum Beispiel auch durch das Rechtssystem, wo kein einziger Nazirichter verurteilt wurde, sondern eben diese den neuen Nachwuchs ausgebildet haben. Bemerkbar macht sich dieses beim Umgang der Justiz mit Rechten und Linken. Neonazis haben über 100 Menschen seit der Wiedervereinigung umgebracht. Die RAF nur wenige. Der

Repressionswille gegen die Rechten war trotzdem immer niedriger. Als Ergebnis der Analyse kommt klar heraus, die Justiz und die Polizei sind auf dem rechten Auge blind, weil sie selber so rechts sind. Für die Zukunft wünsche ich mir das die Rechten nicht mehr mit Samthandschuhen angefaßt werden und endlich die NPD, DVU und Republikaner verboten werden. Die ausgewogene Sachlichkeit fragt den Revolutionär: Herr Revolutionär, was stört denn sie am Staat? Herr Revolutionär: Mein Zugang zum bürgerlichen Staat ist ein anderer. Ich denke es geht darum ihn in seiner Entstehung und Funktion zu begreifen und als ganzes Falsches zu kritisieren. Die Funktion des Staates ist es die Rahmenbedingungen des kapitalistischen Wettbewerb zu organisieren. Durch seine Gewalt garantiert er den Schutz des Eigentums, die Vertragssicherheit und alle weiteren allgemein gültigen Regeln, ich meine die Gesetze. Er organisiert die Qualifizierung (Schule, Uni, Umschulungen etc.) und die soziale Absicherung (Gesundheitssystem, Sozialhilfe, Altersheime, etc.) seiner Staatsbürger. Einen wichtigen Punkt sollte man natürlich nicht vergessen, ich meine die Außenpolitik, mit all ihren Facetten (Botschaften, Allianzen, Sanktionen, Kriege etc.). Deutlich wird jedenfalls, daß der Staat nichts ist was man von einem linksradikalen Standpunkt aus besetzen kann. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung: der Intensität der sozialen Absicherung, ob ein liberaler, ein sozialdemokratischer oder ein konservativer Kanzler das Ruder in der Hand hat, der Qualität der Qualifizierung ist der Zweck immer der gleiche, die allgemeinen Geschäftsbedingungen herzustellen. Als Ergebnis der Analyse kommt klar heraus, der Staat ist ein Arschloch. Für die Zukunft wünsche ich mir das Ende der Staaten und den historischen Sprung zum Kommunismus.

Die ausgewogene Sachlichkeit fragt die lieben Kinder: Liebe Kinder wollen denn die beiden das Gleiche und paßt das zusammen oder verfolgen sie vielleicht unvereinbare Zwecke? Die lieben Kinder: Der Standpunkt des Antifaschisten ist der eines Demokratieidealistin, für seinen Zweck ist der Staat das geeignete Mittel, ihm paßt lediglich nicht wie es angewendet wird. Beim Revolutionär sieht dieses schon anders aus, er stellt sich frei von konstruktiver Kritik auf den Standpunkt der Ablehnung, ein Staat ist mit ihm nicht zu machen. Die beiden Standpunkte sind nicht vereinbar und nicht unter einen Hut zu bringen.

Eine Gesellschaftskritik die aufs Ganze geht, sollte die Gesellschaft an ihrem Ideal kritisieren und nicht über selbst eingeräumte Fehler. Dieses wird beim revolutionären Antifaschismus nicht gemacht. Der Begriff impliziert, daß die Motivation gegen die bestehenden Verhältnisse vorzugehen, eben nicht die Verhältnisse selbst sind, sondern die ihnen innenwohnende Potenz eines viel größeren Übels, des Faschismus. Die Erkenntnis die bei dieser Herangehensweise entsteht ist die wahnwitzige Selbstversicherung auf der richtigen Seite zu stehen. Die radikale Linke, die der Demokratie nur ihre selbst eingeräumten Fehler (Sexismus, Rassismus, Armut, Gewalt,...) vorwirft, die ist schon keine mehr. Eine radikale Gesellschaftskritik muss die Funktionsweise der Gesellschaft in sich aufheben, um sie auf eine höhere Stufe heben zu können. Die identitätsbasierenden halben Wahrheiten, in denen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nur mit ihren negativen Anteilen kritisiert werden, dienen nicht dem Verständnis von Gesellschaft, sondern nur der Selbstvergewisserung innerhalb kleiner linker Wohlfühlzirkel.

Alles fängt an, nix hört auf

>> **Kritik der Kritik: Ein Plädoyer für die Politik oder warum eine Gesellschaftskritik, die diese Gesellschaft nur an ihren Idealen kritisiert, ausschließlich zum besser wissen taugt - am Beispiel des Revolutionären Antifaschismus“.**



Der kurze, aber heiÙe Anti-Nazi Sommer der Bundesregierung, die daraus folgende Konfusion einiger Teile der Antifa-Bewegung und die Selbstauflösung der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation haben eine lange schwelende Diskussion, die über den sogenannten Revolutionären Antifaschismus, wieder einmal entfacht. Angesichts der passierenden und sich noch in Planung befindenden Schweinereien und einer in weiten Teilen (noch?) Konzeptions- bzw. relativ wirkungslos agierenden radikalen Linken in der BRD und anhand einer Kritik des revolutionären Antifaschismus (rA) in einem Artikel aus der letzten Phase 2, wollen wir erläutern, warum wir den Ansatz des rA für richtig und die vorgetragene Kritik an ihm in ziemlich vielen Punkten für ziemlich falsch halten.

Um sich nicht ständig im Kreis zu drehen, ist es nötig, eine Definition dessen zu geben, was zumindest im Grossen und Ganzen mit dem Begriff „Revolutionärer Antifaschismus“ gemeint sein kann.

Revolutionärer Antifaschismus ist der Versuch, die Trennung zwischen dem Ansinnen, revolutionäre/radikale Inhalte zu verbreiten und zu vertreten, und dem Anspruch, in den gesellschaftlichen Diskurseinzugreifen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse direkt zu beeinflussen - also Politik zu machen -, aufzuheben. Im Bewusstsein, dass sie, die radikale Linke, Selbst ein Kind der Aufklärung ist, wird an positive Werte (Ideale) der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die nichts anderes als eine grausame Mutation des zugrundeliegenden Emanzipationsgedankens ist, angeknüpft, um die herrschende Realität durch die

eigenen Widersprüche als Mutation aufklärerischer Gedanken zu demaskieren.

Antifa- it's what you make of it

Antifaschismus bietet sich an, da auf der einen Seite der Kampf gegen Faschismus die Grundvoraussetzung dafür ist, überhaupt den Spielraum für eine linksradikale Kritik der Verhältnisse zu haben.

Es also ganz platt um die Aufrechterhaltung der Geschäftsgrundlage geht. Auf der anderen Seite, weil ein konsequenter Antifaschismus sich eben doch gegen die Verhältnisse richten muss, die faschistoide Bewegungen als Reaktion auf die Unfähigkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, ihre Glücksversprechen (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) einzulösen, immer wieder hervorbringen. Ja, sie sogar hervorbringen müssen, da der Kapitalismus seine Stabilität auf Krisen aufbaut.

Dieser Widerspruch zwischen an sich erst einmal emanzipatorischer Theorie - Mensch als Subjekt, Freiheit, Brüderlichkeit(...) - und der täglichen Praxis des bürgerlich-kapitalistischen Systems - Ausbeutung, Unterdrückung, Konkurrenzkampf - produziert immer wieder Bewegungen wie aktuell z.B. die Taliban, die aus der Nichteinlösung der bürgerlichen Glücksversprechen flugs die Notwendigkeit der Vernichtung des „Glückes“, anstatt dessen konsequente Einlösung ableiten. Wer also das entstehen von im weitesten Sinne faschistischen Bewegungen verhindern will, der sollte sich um die direkte Umsetzung der Glücksversprechen der Aufklärung kümmern. Die Funktion des rA ist nun, bei jeder Gelegenheit deutlich zu machen, dass dies nicht mit beispielsweise mehr Sozialarbeit, sondern nur jenseits der bestehenden Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann.

Und Last but not least ist Antifa-Arbeit, nicht erst seit Rot-Grün, der einzige „Teilbereich“, in dem sich durch die, zwischen Radikaler Linker und bürgerlicher Gesellschaft scheinbar übereinstimmend bestehende, Ablehnung faschistischer Bewegungen, der „extremen Barbarei“, die Möglichkeit ergibt, die organisierte Barbarei der

kapitalistischen Gesellschaft zu thematisieren. Dies bedeutet, in den Ring des gesellschaftlichen Diskurses zu steigen und die Widersprüche des staatlichen Anti-Nazi-Kampfes bzw. des bürgerlichen Antifaschismus zuzuspitzen und, wie in der Parole „Nazis morden, der Staat schiebt ab - das ist das gleiche Rassenpack“ so schön auf den Punkt gebracht, zu demaskieren. Das heißt also, dieser Gesellschaft bei jeder Gelegenheit, in welcher Form auch immer, das Diktum „wer vom Kapitalismus nicht reden will, der sollte auch zur Gewalt schweigen“ um die Ohren zu hauen. Das Einsteigen in den gesellschaftlichen Diskurs bedeutet dann übrigens auch, den Kampf um die Definitionshoheit über Begrifflichkeiten wie z.B. „Antifaschismus“ (wieder) aufzunehmen.

Antifaschismus an sich ist nicht revolutionär, er kann aber dazu gemacht werden. Konkreter: die reine Verhinderung eines Naziaufmarsches ist nicht revolutionär. Dass es aber durchaus Möglichkeiten gibt, an die Situation angepasst revolutionäre Aktivitäten zu entfalten, hat das BgR am 1.9.01 in Leipzig in Ansätzen gezeigt. Der Vorwurf der Kritiker des rA, dass der Versuch, „Antifaschismus revolutionär aufzuladen“ den Kampf gegen Faschisten fahrlässig schwächen und spalten würde, stößt nicht nur in die fragwürdige, normalerweise von Linksruck und Konsorten strapazierte, Einheitsfronttröte, sondern geht auch ob der momentanen gesellschaftlichen Unbedeutung der Nazis weit ins Leere. Er offenbart jedoch den zugrundeliegenden Dissens über das Machen von Politik innerhalb der Linken.

All about the Politics

Wer diese Gesellschaft nur an ihrem Ideal kritisiert, analysiert zwar den formalen Aufbau der bürgerlichen Gesellschaft richtig, verkennt jedoch, dass die Ideale der bürgerlichen Demokraten eben doch andere sind. Die anzustrebenden demokratischen Ideale sind doch Individualität und Selbstbestimmung, und deswegen leidet auch jeder echte Demokrat so unter dieser tiefen inneren Zerrissenheit angesichts der Toten an den Grenzen der Festung Europa, und auch Gefängnisse

findet keiner toll - nach dem bürgerlichen Selbstverständnis sind sie nur leider notwendig. Die Funktion der radikalen Linken sollte es nun sein, lautstark deutlich zu machen, dass Gefängnisse, Kriege, staatliche Gewalt etc. eben nicht notwendig für den Menschen, sondern notwendig für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems sind, und dass es andere, weil bessere, weil humanere Möglichkeiten gibt, die Gesellschaft zu organisieren.

Ausgehend von dieser Analyse wäre es also notwendig, sich in das Gestrüpp des täglichen Erlebens der kapitalistischen Gesellschaft zu begeben und die Nöte und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen und sich dazu zu verhalten - also Politik zu machen.

Wenn Widersprüche ein notwendiger Teil der kapitalistischen Gesellschaft sind, wäre es eine mehr als fahrlässige Aktion, sich aus Angst vor der Gratwanderung zwischen Reformismus und Revolution (auf die sich Politik in dieser Gesellschaft immer begeben muss) aus den täglichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - in denen sich auch immer der Wahnsinn des Systems spiegelt - rauszuhalten. Widersprüche bzw. Teilbereiche wie Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung etc. sind an sich zwar nicht notwendige Folgen der bürgerlichen Demokratie, und einzelne Widersprüche lassen sich auch

mehr oder weniger auflösen - siehe Atomkraft - aber die Systematik der sinnlosen Widersprüche lässt sich nicht überwinden, ohne das sinnlose System zu überwinden. Genauso, wie deutlich gemacht werden muss, dass eine kapitalistische Gesellschaft nie ihre Versprechen einlösen kann, muss revolutionärer Antifaschismus deutlich machen, dass das immer abgefuckte Metaphysiker produziert, die von Glück und Emanzipation überhaupt nix mehr wissen wollen und deshalb eine andere Welt nicht nur möglich, sondern auch bitter nötig ist. Wer also der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr ihre selbst eingeräumten Fehler vorwirft und so nicht versucht, die Zusammenhänge sichtbar zu machen, überlässt gerade dieser (der bürgerlichen Gesellschaft) unnötig das Feld und wird zum Theoretiker, der höchstens noch die Gewissheit des Besserwissens über den formellen Aufbau der Gesellschaft hat. Dies hat jedoch weder Bezug zur gesellschaftlichen Realität, noch bietet es eine Perspektive auf Veränderung eben dieser. Und eine radikale Linke, die aus der angestrebten Negation der Verhältnisse eine Negation der Politik macht, ist schon keine mehr. Politik machen - das sich Begeben in und das Beziehen auf aktuelle Auseinandersetzungen und deren Vermittlung - ist auch ohne konstruktives Mitarbeiten im System möglich und gerade da nötig. Den einen „Historischen Sprung“, hin zu

einer besseren Gesellschaftsform, wird und kann es nicht geben. Eine bessere Gesellschaftsform wird nur durch viele kleine Schritte erreichbar sein. Es ist also notwendig, Politik zu machen, um die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben und aufzuzeigen, dass eine andere Welt nicht nur nötig ist, sondern auch, wie sie vielleicht möglich sein könnte. Mit revolutionären Antifas wird dabei dann auch kein Staat zu machen sein - sehr wohl aber Politik.

Motivé - Organisé ...

Die Ereignisse der letzten Zeit, vom Krieg bis zur Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Globalisierungsbewegungen, schreien geradezu nach einem neuen Organisationsversuch. Das Ziel dieses Versuches müsste es dann auch dementsprechend sein, aktiv in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - und das nicht nur lokal/punktuell, sondern koordiniert - einzugreifen, um dem Wahnsinn der Verhältnisse den Spiegel vorzuhalten. Richtig verstandener revolutionärer Antifaschismus bietet dafür einen guten Ausgangspunkt. Unter welchem Label dann letztendlich Politik gemacht wird, ist dabei egal. Wichtig ist jedoch die revolutionäre Perspektive -> das Einnehmen der 3. Position im täglichen Überleben. Und die sollte Mensch nicht so einfach aufgeben.

AK MAX (Rhein-Main)
[Nummer: 03/2002]



Antirassistischer Einkauf in Berlin 2002

Wir stehen quer zum Mainstream
Wir werden belächelt
Wir wurden oft rausgeschmissen
Wir geben nicht nach
Wir sind kreativ
Wir attackieren
Wir träumen es, wir machen es
wir probieren, scheitern und schaffen es
Wir werden ständig besser!

gi@mail.nadir.org
www.nadir.org/nadir/initiativ/gi

„Das antiimperialistische Weltbild macht keine Fehler, es ist der Fehler“
Thomas Haury

Gegen den Staat



Schade eigentlich, dass so coole Sachen wie Alltagskritik und das Konstruieren von Situationen nie in Zeitschriften nachgelesen werden können.

Mit dem Ende des Staats-Antifa-Sommers und der Auflösung der AABO und somit mit der Einführung jenes Blattes, das die geneigte Leserin gerade in den Händen hält, hat sich keine der Hoffnungen erfüllt, welche der organisierte autonome Antifaschismus in den vergangenen zehn Jahren nicht müde geworden war, zu verbreiten: dass revolutionärer Antifaschismus eine Kritik der ganzen Gesellschaft bedeute, welche genauer darzulegen, allerdings gerade nicht möglich sei, da im Moment nun erst einmal die Nazis zurückzudrängen seien und dann ließe sich gerne mal über alles weitere reden....

Mittlerweile dürfte klar sein, dass da auch nichts mehr kommen wird, und so steht die Phase 2 wie sie ist zunächst auf verlorenem Posten: sie will Theorie-Debatten zugänglich machen und Gesellschaftskritik verbreiten, sammeln, darin vorwärts kommen und wirkt dabei eklektisch, planlos, Debatten um Jahre hinterher, zentristisch um Ausgleich bemüht, will es allen recht machen und muss sich als Forum anbieten, wo die Theoriehengste noch einmal das wiederholen können, was hinlänglich oft publiziert worden ist. Das ist nicht der Phase 2 vorzuwerfen, ihre Offenheit und ihr Bedürfnis nach umfassender Wahrnehmung dessen, was an Gesellschaftskritik erscheint, ist ernst zu nehmen - und das Resultat ernüchtert. Vielleicht bietet sich in genau so einem Moment die Chance, einer über die gewöhnliche homöopathische Dosierung hinausgehende, Reflektion auf das, was erklärte Feinde der bestehenden Verhältnisse so machen, in was für einem geschichtlichen und theoretischen Strom sie dabei schwimmen und was sie notwendig verdrängen müssen, um so weitermachen zu können wie bisher. Die folgenden Überlegungen mögen bitte nicht als Ausdruck von "Bescheidwissen" missverstanden werden, sie stellen lediglich den Versuch dar, sich in der gegenwärtigen Misere zu orientieren.

Als 1989 das relativ isolierte Weltmarktsegment namens ‚Rat zur gegenseitigen Wirtschaftshilfe‘ kollabierte, nahm es auch einen guten Teil von dem, was sich Linke genannt hatte, mit in das Vergessen. Die Konstellation, die ab

der Niederschlagung Nazideutschlands die modernen Gesellschaften gespalten hatte, zerfiel und machte Platz für ein Deutschland, das den zweiten Weltkrieg im Nachhinein gewonnen zu haben schien. In dieser Hochphase von Naziaktivitäten blieb AntifaschistInnen kaum etwas anderes übrig, als sich besser zu organisieren, und in dieser hilflosen Situation wirkte das Kokettieren der AABO mit autoritärem Sozialismus und ebensolcher Selbstinszenierung, sozialistischem Realismus und Bildern von Durchsetzungsvermögen erheiternd oder, wenn man daran glauben wollte oder die Lage besonders schlimm war, auch "erhebend". Die AABO fiel damit hinter die bereits weitgehend untergegangene autonome Bewegung zurück, die immerhin zu ihren besseren Zeiten (als nämlich die Einflüsse einer vitalen Bewegung aus Italien noch stärker waren) von einer Kritik genau dieser Regierungen revolutionärer Ausdrucksformen ausgegangen war. Worin bestand die Erfahrung der Autonomie?

In der Kritik der Parteiform; der Ausdehnung des Begriffs Klassenkampf von „betrieblichen Kämpfen“ zu solchen auf den Terrains, die die bürgerliche Welt „Reproduktion“ nennt; der Anerkennung der zentralen Rolle der Kategorie Geschlecht; die revolutionäre Aneignung avantgardistischer Kunst und Popmusik; der Ablehnung des Konzepts der Eroberung von Macht, Staat...; der Ablehnung von Sekten, leninistischen Rackets und ihren autoritären Strukturen; der Ablehnung von Stellvertreterpolitik; der Kritik des Alltagslebens, der eigenen Proletarisierung und des hierarchisierten Wissens. Die Niederlage dieser autonomen Bewegung tarnte sich in genau den machistischen Ritualisierungen, die autoritär zu beerben, die AABO auf den Plan trat. Der einzige noch einer marxischen Kritik der modernen Gesellschaft verpflichtete Teil der Autonomen, die Wildcat, schoss sich mit ihrer „Klassenanalyse“ der rassistischen Pogrome Anfang der 90er Jahre für eine ganze Weile aus den Diskussionen.

Gegen die weitgehende theoretische Entwaffnung der Linken formierten zwei Strömungen, die ihren zum Teil

recht unterschiedlichen Baustellen den gleichen Namen gaben: Wertkritik. Das war zum einen die seit Mitte der 80er Jahre als Marxistische Kritik erscheinende spätere Krisis. Ebenfalls in diesem Zeitraum entstand die linkskommunistische Initiative Sozialistisches Forum (ISF), die dann in den 90er Jahren zusammen mit der Bahamas, einer nach 1989 erfolgten Abspaltung vom Kommunistischen Bund (KB), jene Kritik mitformulierten, die gemeinhin als „antideutsch“ bezeichnet wird. Gerade weil sich diese Gruppen in den letzten Jahren nicht mehr weiterentwickelt haben, muss darauf hingewiesen werden, welche enorme Bedeutung sie für die Aneignung von Kritik kapitalistischer und besonders deutscher Vergesellschaftung in ersten zwei Dritteln der 90er Jahre hatten. War dies bei der Krisis über lange Zeit der direkte Zugriff auf Marx, den sie ermöglichte, und damit seine Relektüre gegen den Marxismus in den unterschiedlichsten Gestalten, so verteidigte die Wertkritik antideutscher Prägung Einsichten, die eine politische Positionierung gegen die überwiegenden Mehrheit der Restlinken unvermeidlich machte. Gerade wenn sich seit dem 11. September 2001 erschreckend viele Linke, von denen dies nicht zu erwarten war, wieder ihre soliden 80er Schlüssel aus der Werkzeugkiste geholt haben und dabei so tun als wäre nie etwas gewesen, sind sie zu nennen und im Folgenden zu verteidigen.

Das Schema Imperialismus vs. Volksbefreiungskampf wird seit Jahrzehnten von der Linken in Deutschland unverändert vertreten. Die Solidarität mit dem Befreiungskampf geht aus der mit diesem Schema untermauerten Argumentation zwingend hervor. Zweck des Schemas ist die Mobilisierung von Solidarität mit den Unterdrückten. Israel bzw. das palästinensische Volk ist ebenfalls seit Jahrzehnten ein, wenn nicht der Fixpunkt der internationalen Solidarität mit den vom Imperialismus Unterdrückten. Die Auffassung und Darstellung des Konflikts zwischen Israel und Palästinensern ist dabei gleichfalls seit Jahrzehnten unverändert: Das palästinensische Volk werde von Israel, dem militärisch

hochgerüsteten Agenten des US-Imperialismus unterdrückt.

Die internationale Solidarität müsse eindeutig und uneingeschränkt den Palästinensern gelten.

Deutschland ist seit 1989/90 auf seinem Weg zur Wiedererlangung uneingeschränkter nationaler Souveränität mit Rasanz und Aggressivität vorangeschritten. Mit dem Krieg gegen Jugoslawien wurde ein letzter entscheidender Schritt zur Befreiung von dem Bann, als der die Nachkriegsordnung in Deutschland begriffen wurde, getan: die Beseitigung des Verbots, einen Angriffskrieg führen zu dürfen.

In Reaktion auf die Neuordnung der Welt nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/90 haben innerhalb der Linken zahlreiche Debatten um das eigene Selbstverständnis stattgefunden. In Deutschland fand dies unter dem Eindruck einer wiedererlangten nationalen Einheit und dem daraus resultierenden Normalisierungswunsch der Nation, ihrer Medien und Bevölkerung statt. Die Debatte um die Bedeutung des Nationalsozialismus und des Holocaust nahmen hier zentralen Stellenwert ein. Teile der Linken begriffen die Auseinandersetzung mit diesen Themen als entscheidende Ansatzpunkte zur Beurteilung der politischen Verhältnisse in Deutschland, für ein linkes Selbstverständnis und eine linke Praxis nach dem Ende des Realsozialismus.

Mit einer fürs erste in utopische Ferne gerückten Option auf eine Beseitigung deskapitalistischen Gesellschaftsmodells und der imperialistischen Weltordnung rückte aus dieser Warte eine politische Praxis in den Vordergrund, die die reaktionäre Tendenz zur nationalen Erneuerung in Deutschland reflektierte und attackierte. Dies vor allem auch unter dem Eindruck der zunehmenden rechtsradikalen Gewalt und der in den Debatten um Goldhagen, Walser und Holocaustmahnmal zum Ausdruck kommenden, immer offener und selbstbewusster auftretenden Forderung der Deutschen nach einem Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit.

In dieser Auseinandersetzung mit letzterem fand die längst überfällige Reflektion darüber statt, dass die kollektive



Mentalität, die in Deutschland den Nationalsozialismus zur Macht und den Holocaust zur Verwirklichung gebracht hatte, in den Nachfolgestaaten des Dritten Reiches teils latent, teils offen fortbestand und zwar im gesamten gesellschaftlichen Spektrum. Es fanden sich zahlreiche Belege dafür, dass die deutsche Linke in ihrem Selbstverständnis als Negation der herrschenden Verhältnisse wiederholt und strukturell blind gewesen war gegenüber der eigenen (fahrlässigen) Reproduktion von Antisemitismus. Als eine der Hauptursachen ist die simplistische Auffassung des Imperialismus zu nennen.

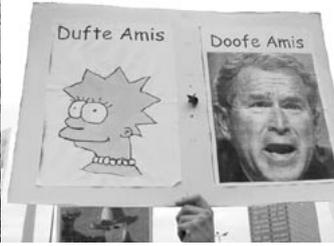
Die uneingeschränkte positive Bezugnahme auf die Unterdrückten ist in ihrem Eifer für internationale Solidarität blind für jedwede Besonderheit oder Veränderung der konkreten Konflikte. Kritische Fragen zu nationalistischen, rassistischen, autoritären, patriarchalen Strukturen und Tendenzen auch im Lager der Unterdrückten wurden als Angriff auf die Schlagkraft der internationalen Solidarität empfunden und entsprechend abgelehnt. Die Erkenntnis eines Antisemitismus innerhalb der Linken wurde mit dem Hinweis zurückgewiesen, die antiimperialistische Position sei nicht antisemitisch sondern antizionistisch, richte sich also nicht gegen das jüdische Volk sondern den israelischen Staat. Die Porosität der Grenze zwischen Antizionismus und Antisemitismus hat sich im Widerspruch dazu leider nur allzu oft erwiesen.

Die von Linken betriebene Aufarbeitung des Verhältnisses der Linken zum Konflikt zwischen Israel und Palästinensern dauert mittlerweile seit mehreren Jahren an. Inzwischen müsste auch der letzte deutsche Linke Kenntnis von den zahllosen antisemitischen Vorfällen in der deutschen Linken haben, zu welchen eine Solidarität mit den Palästinensern führte, die Israel einzig als Agenten des US-Imperialismus, als „imperialistischer Staat wie jeder andere“ begreifen

konnte und ihn entsprechend attackierte. (Noch beschränkter aber gar nicht so selten geschah es, dass explizit Israel das vorgeworfen wurde, wofür jeder bürgerliche Staat zu kritisieren ist!)

Diese Ungebrochenheit und Eindeutigkeit des antiisraelischen Antiimperialismus, die Ignoranz gegenüber 10 Jahren Debatten um Antisemitismus in der Linken und deutsche Normalität kann kaum mehr als fahrlässig angesehen werden. Hier zeigt sich eine Attitüde der Unbedenklichkeit und Geringschätzung gegenüber dem Problem des Antisemitismus, die diesen zugunsten der Kontinuität antiimperialistischer Erklärungsmodelle bewusst in Kauf nimmt. Letzteres ist leider nicht nur fahrlässig sondern auch gefährlich, weil hier Deutschland nicht wahrgenommen wird als die wiederauferstehende, in Europa jetzt schon ökonomisch und politisch führende Macht, welche am vehementesten auf die Veränderung des imperialistischen Status quo hinarbeitet. Diese Ignoranz führt in der Logik des erstarrten Diskurses (also keineswegs willentlich) in die schlechte Gesellschaft jener, die aus ganz anderen Gründen gegen den Imperialismus (der USA) und den Kapitalismus (als Globalisierung amerikanischer Prägung, als Shareholder aus der Wall Street) sind. Genau über diese Ideologeme - dem verkürzten Antikapitalismus und dem festgefressenen Antiamerikanismus - sind die wichtigsten Koordinaten beschrieben, an denen sich die deutsch-europäische Identität auch (ob bewusst oder unbewusst) von „links“ entwickeln wird und wo man sich mit der Neuen Mitte und der (neuen) Rechten treffen wird. Fragt sich zwangsläufig, was man mit den Resten eines solchen ‚Antiimperialismus und Antikapitalismus‘ noch soll in einem Projekt, das an einer emanzipativen Überwindung der herrschenden Verhältnisse interessiert ist.

Und wieder ist es der ungebrochene simplistische Antiimperialismus, der geradezu zwangsläufig zum Antisemi-



tismus führt. Der Imperialismus, Israel und Nazi-Deutschland werden durch die Brille der antiimperialistischen Lagerbildung eins. Die ins Auge springende Absurdität und politische Demenz, die diese Logik produziert, muss ignorieren, dass die Gründung des Staates Israel direkt aus der Vernichtung der europäischen Juden durch die deutschen Nationalsozialisten erfolgte und der Staat Israel nach wie vor als der Ort definiert ist, an dem Juden ohne Angst vor antisemitischer Gewalt leben können sollen. Daraus muss eine Haltung der Solidarität mit Israel erfolgen (was das genau heißt, sollte endlich einmal Gegenstand der Diskussion sein!), gerade in Hinblick auf die Verfasstheit der arabischen Gesellschaften, deren Krisen nicht in sozialen Revolutionen münden, sondern in immer wieder wiederkehrende Projektionen auf Israel als angeblichem Verursacher aller Probleme.

Dieses antideutsche Nadelöhr ist unabdingbare Voraussetzung, um überhaupt noch einmal gegen die postfaschistische Vergesellschaftung das Projekt der Abschaffung, der kommunistischen Überwindung denken zu können und markiert den unüberwindbaren Gegensatz zu einer Restlinken, die immer nur meint ökonomistisch belegen zu müssen, inwieweit die Shoah sich für das Kapital in Deutschland gelohnt hätte.

Krisis und Bahamas/ISF mussten sich, wie alle Versuche mit etwas Neuem zu beginnen, selbst erst mal abschließen, um sich aus dem restlinken Sumpf heraussprengen zu können. Die zeitweilige Notwendigkeit einer solchen Sektenstruktur soll hier nicht geleugnet werden. Die Kunst bestünde jedoch darin, den richtigen Moment der Öffnung abzugreifen, damit die Assoziation keine Sekte bleiben muss. Gelingt es nicht, ab einem gewissen Moment die erweiternde

Kritik aufzunehmen, muss das Projekt abstürzen, weil es nur Nachbeter des schon Gesagten in seinen Reihen dulden kann. Seit Mitte der 90er Jahre ist zu beobachten, wie die zwei Schulen der Wertkritik immer dümmere werden. Die Krisis, von der immerhin einmal etwas darüber zu lernen war, dass auch das Kapital seine Geschichte hat, scheint, nachdem sie über Jahre wichtige Kategorien wie Arbeit oder Proletariat über Bord geworfen hat anstatt sie kritisch zu schärfen und von dem Ballast des Marxismus zu befreien, in der gegenwärtigen Situation nichts mehr zu sagen zu haben, gräbt in der Frühmoderne nach Schießpulver oder präsentiert Marx for kids. Bahamas und ISF haben sich auf die Produktion von Skandalen spezialisiert, was ebenfalls nicht zur Weiterentwicklung revolutionärer Gesellschaftskritik führt, sondern in erster Linie (keineswegs immer an den falschen Punkten) Spaltungen erzeugt. Dass ihre AnhängerInnen davon nicht klüger werden, sondern nur im Wiederholen des bereits Vorgesagten, dabei den von Ihnen gerne benutzten Begriff des Kommunismus nur aus der Ecke der kritischen Kritik aufrufen, also als letztlich ins Reich der Ideen zurückgeworfen, offenbart ein Dilemma: trotz der Vollalarmauftritte wird auch bei diesem Verein nur mit Wasser gekocht. Dabei bleiben sie mit ihrem „Kommunismus“ nicht nur die Frage nach der Aneignung der eigenen Gesellschaftlichkeit schuldig, sondern affirmieren sogar in ihren schlechtesten Momenten Teile des zu Kritisierenden. Doch bleibt der Sachverhalt der völligen Enteignung von revolutionärer Theorie unangetastet, wenn sie auf dem Markt der linken Meinungen immer wieder nur die gleiche Ware anbieten: Recht haben. Denn um noch einmal auf die Formseite zurückzukommen, hat die Wertkritik den Leninismus meist

nur als Inhalt aber nie als Form von Assoziation kritisiert. Besonders deutlich wird dies an der Diskursstrategie der Bahamas, die ihre Provokationen in einer Weise betreibt, dass am Ende immer Reaktionen herauskommen, die das zuvor von ihnen Prognostizierte bruchlos bestätigen, aber auch nichts neues hinzutreten lassen, was offenbar auch nicht gewollt ist, geht es doch um die Herstellung einer Hegemonie im Zerfall der Restlinken - work in decay. Damit ließe sich zumindest zum Teil die komplett wahnsinnige Intervention in der Sexismusdebatte erklären. Es ist der Gestus, dass fast schon zwanghaft breitbeinig mit dem Arsch wieder eingerissen werden muss, was zuvor an richtigen Beobachtungen oder (Teil-)Beiträgen geliefert wird. Das erleichtert es denjenigen, die in den 90ern garantiert nichts kapiert haben, aber immerhin ein paar Jahre das Maul halten mussten, im gegenwärtig sich vollziehenden back-to-the-eighties-lash aus der Deckung zu kommen. Der anti-theoretische Affekt der allmählich wieder nachwachsenden Restlinken rechtfertigt sich dankbar über die Bahamas und letztere hat die von ihr gewünschten Effekte. Oder anders ausgedrückt. Hier wirkt ein Leninismus, der durch Adorno gegangen ist, ohne jemals das in der K-Gruppe erlernte Handwerkszeug infrage zu stellen. Eine Reflektion darauf, was die Handelnden in einer konkreten Situation machen, wo im Feld sie selbst sie zu verorten sind, findet nicht statt. Damit entfällt jede über das reine Lippenbekenntnis hinausgehende Möglichkeit von Fetischkritik.

Und das ist das Dilemma. Denn wenn in Durban von den anwesenden NGOs nichts wichtigeres zu beschließen ist, als den Zionismus mit Rassismus gleichzusetzen, darf mit Recht das Schlimmste von ihnen erwartet werden. Angesichts von Antiglobalisierungsbewegungen, deren Kritik am Kapitalismus der Zeit vor Marx nichts voraus hat, scheinen die Anstrengungen, die Wertvergesellschaftung zu überwinden, in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen zu sein. Es steht zu befürchten, dass wieder ganz von vorne angefangen werden muss: mit der Kritik Feuerbachs, der Religion in der Notdurft, dem Abstieg Gottes in die Ware und - was die Linke betrifft - in die Partei.

Daraus folgend die Betrachtung der eigenen Gesellschaftlichkeit in Bildern anstatt ihrer selbsttätiger Aneignung; somit die Emanzipation der Menschheit von allen von ihr geschaffenen und sie beherrschenden Formen der Vergesellschaftung - call it communism, if you like.

Dieser erneute Anlauf wird nicht umhin kommen, sich den ganzen Reichtum der bisher gescheiterten Versuche kritisch anzueignen, um nicht hinter das bereits Gewusste zurückfallen zu müssen. Die folgenden Passagen mögen als Ermunterung gelesen werden, in diesem Sinne mit der Situationistischen Internationale zu verfahren, einer Assoziation, die, wenn ihre Vorläuferin, die Lettristischen Internationale hinzugenommen wird, von 1952-72 wirkte. In „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ von Karl Marx fand die S.I. ihren Namen, denn zu ihrer Zeit, war die Bezeichnung „Kommunisten“ von den Staaten beschlagnahmt, die die historische Niederlage des revolutionären Projektes in den 20er/30er Jahren des 20. Jahrhunderts als ihren Sieg verkauften.

„Proletarische Revolutionen...

kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich ihre Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer erste Versuche, scheinen ihren Gegner niederzuwerfen, damit er neue Kräfte aus der Erde sauge und sich riesenhaft ihnen gegenüber wieder aufrichte, schrecken stets von neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht, und die Verhältnisse selbst rufen: hic Rhodus, hic salta.“ [\[1\]](#)

Es soll hier weniger darum gehen, die S.I. für das zu kritisieren, was sie nicht geleistet hat, ihre offensichtlichen Leerstellen beim Geschlechterverhältnis oder bei den Resultaten deutscher Vergesellschaftung wären hier vor-dringlich zu nennen, sondern eine Auseinandersetzung mit dem, was sie zu ihrer Zeit getan und gewusst



haben, zu ermöglichen. Daraus erklärt sich der notwendig lange Vorlauf, soll die S.I. doch gerade nicht als die bequeme und schillernde Alternative zur Auseinandersetzung mit den deutschen Verhältnissen herhalten, sondern vielmehr zu diesen Stand der Auseinandersetzung hinzutreten und den Blick erweitern helfen.

„Die Kohärenz dieser Gesellschaft kann nicht verstanden werden ohne eine totale Kritik, die durch das umgekehrte Projekt der befreiten Kreativität, der Herrschaft aller Menschen über ihre eigene Geschichte auf sämtlichen Ebenen erhellt wird. Dies ist die in Taten umgesetzte Forderung aller proletarischen Revolutionen, eine Forderung, die bisher stets besiegt wurde von den Spezialisten der Macht, die die Revolutionen übernehmen und sie zu ihrem Privatbesitz machen. Wenn man heute dieses Projekt und diese Kritik, die untrennbar sind (da jeder Begriff den anderen erhellt), wiederaufnimmt, (...) ist es zuerst notwendig, die Niederlage des gesamten revolutionären Projekts im ersten Drittel unseres Jahrhunderts in ihrem ganzen Ausmaß und ohne irgendeine tröstende Illusion zu erkennen sowie ebenso seine offizielle Ersetzung in jeder Region der Welt wie auch in allen Bereichen durch einen verlogenen Schund, der die alte Ordnung nur verdeckt und ausstattet. Die Herrschaft des bürokratischen Staatskapitalismus über die Arbeiter ist das Gegenteil vom Sozialismus: dieser Wahrheit hat der Trotzismus nie ins Gesicht blicken wollen. Sozialismus gibt es nur dort, wo die Arbeiter selbst unmittelbar die gesamte Gesellschaft verwalten; es gibt ihn weder in Russland noch in China noch anderswo. Die russische und die chinesische Revolution wurden von innen besiegt. (...) Die kommenden

Revolutionen stehen vor der schweren Aufgabe, sich selbst zu verstehen. Sie müssen ihre eigene Sprache völlig neu erfinden und sich gegen alle Rekuperationsversuche verteidigen, die man für sie vorbereitet... Für die neue revolutionäre Strömung geht es darum, überall, wo sie auftaucht, damit zu beginnen, die gegenwärtigen Experimente des Protests und die Menschen, die sie tragen, miteinander in Verbindung zu setzen. Es wird darum gehen, die kohärente Basis ihres Projekts gleichzeitig mit diesen Gruppen zu vereinigen. Die ersten Gesten der einsetzenden revolutionären Epoche konzentrieren in sich einen neuen - offenen oder verborgenen - Inhalt der Kritik an den gegenwärtigen Gesellschaften sowie neue Kampfformen; wie Gespenster erscheinen in ihnen auch die unreduzierbaren Augenblicke der gesamten alten, uneingelöst gebliebenen revolutionären Geschichte wieder.“ [\[2\]](#)

Dies schrieb die Situationistische Internationale im Juli 1965, also drei Jahre bevor ein wilder Generalstreik Frankreich an den Rand einer Revolution treiben, sollte in ihrer Zeitschrift Revue Internationale Situationniste. Ihr Projekt von scheinbaren „Seiteneinsteigern“, die modernen Avantgarden beerbend und sie zugleich hinter sich lassend, entwendete eine ganze Reihen von Praktiken, um sie für „Kartographierung des proletarischen Bewusstseins“ anzuwenden: detournement, derive, psychogeographie - Begriffe, die sich seit der gefahrlosen Wiederentdeckung der S.I. durch WerberInnen, ArchitektInnen und KünstlerInnen einer gewissen Konjunktur erfreuen. Dabei hatte die S.I. immerhin schon die mögliche Beschlagnahme ihrer Vorschläge durch das Bestehende mitgedacht, sollten diese isoliert vom zentralen Projekt, dem Überwinden der menschlichen



Vorgeschichte, zur Anwendung kommen. Dieses Bewusstsein war es, was sie zur Beschleunigung ihrer Tätigkeiten in einem vollständig neu zu erforschenden Terrain antrieb. Denn die S.I. verstand sich nicht als Avantgarde sondern als verlorener Haufen („les enfants perdus“), der hinter den feindlichen Linien, von den eigenen Truppen abgeschnitten, auf sich selbst verwiesen war und sich vollständig neu orientieren musste. Um die Schwierigkeit des Unterfangens wissend konstatierte man illusionslos:

„Wenn es etwas lächerliches daran gibt, von der Revolution zu sprechen, dann natürlich deshalb, weil die organisierte revolutionäre Bewegung aus den modernen Ländern, (...) seit langem verschwunden ist. Noch viel lächerlicher ist aber alles andere, denn es handelt sich um das Bestehende und um die verschiedenen Formen seiner Duldung. (...) Die Revolution ist aufs neue zu erfinden - das ist alles.“^[3]

Ob dies möglich sein kann hängt mit davon ab, wie nüchtern und illusionslos der Blick auf die negativ über das Kapital hervorgetriebenen Möglichkeiten, und ihrer elenden Nutzung unter der Herrschaft des gesellschaftlichen Zwangszusammenhangs sind.

„Folgt man der Wirklichkeit, die sich zur Zeit andeutet, kann man diejenigen als Proletarier betrachten, die keine Möglichkeit haben, die gesellschaftliche Raum-Zeit zu verändern, die ihnen die Gesellschaft ihnen zum Konsum zuteilt (auf den verschiedenen Stufen des erlaubten Überflusses und Aufstiegs). Die Herrschenden sind jene, die diese Raum-Zeit organisieren bzw. Spielraum genug für eine persönliche Wahl haben (...). Revolutionär ist eine Bewegung, die

die Organisation dieser Raum-Zeit sowie die künftigen Entscheidungsformen ihrer permanenten Neuorganisation radikal umgestaltet (und nicht eine Bewegung, die nur die Rechtsform des Eigentums oder die soziale Herkunft der Herrschenden verändert).“^[4]

Defetischisierende Kritik hat hier vor allem zu konstatieren, dass die scheinbar Mächtigen den von ihnen mit hervorgetriebenen Prozessen letztlich machtlos gegenüberstehen, es somit keine andere Hoffnung auf Abwendung des katastrophalen Weitermachens gibt, als die Aneignung der Welt durch jene immer wieder neu Hergestellten, die keine Macht über den Gebrauch ihres Lebens haben und die dies auch wissen.

„Die Gesellschaft, die alle technischen Mittel besitzt, um die biologischen Grundlagen auf der ganzen Erde anzugreifen, ist ebenso die Gesellschaft, die durch dieselbe getrennte technisch-wissenschaftliche Entwicklung über alle Mittel der Kontrolle und mathematisch unzweifelhafter Vorausberechnung verfügt, um exakt zu bestimmen, mit welchem Vorsprung vor welcher Auflösung des menschlichen Milieus - und zu welchem Zeitpunkt, je nachdem, ob eine optimale Fortführung möglich ist oder nicht - das Wachstum der entäußerten Produktivkräfte der Klassengesellschaft ihr Ziel erreichen kann. Ob es sich um die chemische Verseuchung der Atemluft oder um die Verfälschung von Lebensmitteln handelt, um die nicht rückgängig zu machende Akkumulierung der Radioaktivität durch die industrielle Nutzung nuklearer Energie oder um die Verschlechterung der Regenerationsfähigkeit des Wasserkreislaufs vom Grundwasser

zu den Ozeanen, um die urbanistische Lepra, die sich immer weiter an der Stelle dessen ausbreitet, was einst Stadt und Land waren, oder um die „Bevölkerungsexplosion“, die Zunahme der Selbstmorde und der Geisteskrankheiten oder die Schwelle, der sich die Gesundheitsgefährdung durch Lärm nähert, überall zeigen partiellen Erkenntnisse der entsprechend der den Umständen mehr oder weniger drängenden und mehr oder weniger tödlichen Unmöglichkeit, noch weiterzugehen, als spezialisierte wissenschaftliche Schlussfolgerungen, die einfach nur nebeneinander gestellt bleiben, ein Bild des allgemeinen Verfalls und der allgemeinen Ohnmacht.

Diese klägliche Aufnahme der Karte des Territoriums der Entfremdung kurz vor seinem Untergang wird natürlich in der selben Weise vorgenommen, in der das Territorium selbst errichtet wurde: nach getrennten Sektoren. Ohne Zweifel müssen diese Kenntnisse des Stückweisen aufgrund des unglücklichen Zusammentreffens all ihrer Beobachtungen notgedrungen wissen, dass jede wirksame und kurzfristige Modifizierung in einem bestimmten Punkt Rückwirkungen auf die Totalität der im Spiel befindlichen Kräfte hat und in der Folge zu einem entscheidenden Verlust führen kann. Eine solche Wissenschaft, wie sie der Produktionsweise und den von ihr produzierten Aporien des Denkens dient, kann sich jedoch keine wirkliche Umkehrung des Laufs der Dinge vorstellen. Sie kann nicht strategisch denken, was im Übrigen niemand von ihr verlangt; und sie besitzt auch nicht die praktischen Mittel zur Intervention. Sie kann daher lediglich den Fristablauf diskutieren, und die besten Linderungsmittel, die, würden sie streng angewandt, diesen Fristablauf verzögern würden. Diese Wissenschaft zeigt so auf höchst karikaturenhafte Weise die Nutzlosigkeit des unbrauchbaren Denkens und die Nichtigkeit des nicht dialektischen Denkens in einer Epoche, die von der Bewegung der geschichtlichen Zeit davongetragen wird. Das alte Schlagwort „Revolution oder Tod“ ist daher nicht mehr der lyrische Ausdruck des revoltierenden Bewusstseins, sondern das letzte Wort

des wissenschaftlichen Denkens unseres Jahrhunderts. Aber dieses Wort kann nur von anderen gesagt werden; und nicht von diesem alten Denken der Ware, das die ungenügend rationalen Grundlagen seiner Entwicklung in dem Moment enthüllt, wo sich alle Anwendungsweisen in der Macht der sozialen Praxis entfalten, die vollständig irrational ist. Das Denken der Trennung ist es, das unsere materielle Beherrschung nur auf den methodologischen Wegen der Trennung vergrößern konnte, und das am Ende diese vollendete Trennung in der Gesellschaft des Spektakels und in ihrer Selbsterstörung findet.“^[5]

Oder, um es mit einem zu sagen, der den rettenden Eingriff als ersten souveränen Akt der Menschheit beschrieb, indem er Marxs Ausspruch, die Revolutionen seien die Lokomotiven der Menschheitsgeschichte, entgegenhielt, vielleicht seien Revolutionen vielmehr der Griff der in dem Zug dahinrasenden Menschheit nach der Notbremse: „Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ‚so weiter‘ geht, ist die Katastrophe. Sie ist nicht das jeweils Bevorstehende, sondern das jeweils Gegebene.... - : die Hölle ist nichts, was uns bevorstünde - sondern dieses Leben hier.“^[6]

Und Marx' Antwort aus der Vergangenheit an Walter Benjamin hätte wohl so gelautet: „Sie werden nicht sagen, ich hielte die Welt zu hoch, und wenn ich dennoch nicht an ihr verzweifle, so ist es nur ihre eigene verzweifelte Lage, die mich mit Hoffnung erfüllt.“^[7]

Justine W. Eaerthmiller & UllaPitcher
[Nummer: 04/2002]

Fußnoten:

^[1] Karl Marx/Friedrich Engels - Werke, Band 8, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, S. 118, Dietz Verlag, Berlin/DDR 1972

^[2] Situationistische Internationale: Adresse an die Revolutionäre Algeriens und aller Länder. Juli 1965, dt. in: Der Beginn einer Epoche, Hamburg 1995, S. 185

^[3] S.I. Nr. 6, August 1961

^[4] Herrschaft über die Natur, Ideologien und Klassen, dt. in: Der Beginn einer Epoche, Hamburg 1995, S.160

^[5] Plakattext unbekannter Herkunft

^[6] Walter Benjamin, Das Passagenwerk: „Theorie des Fortschritts“

^[7] Zitiert von Guy Debord in: Gegen den Film, Hamburg 1979, S.109

» Wenn das Leben schon
so kurz ist, dann muss
es sich auch lohnen!«
Die Firma



Disharmonie im revolutionären Anstand

>> Es Bedarf einer Kritik von Staat, Arbeit und Politik um einen linksradikalen Antikapitalismus zu reanimieren und nicht eines Revolutionären Antifaschismus der erst einmal ordentlich kämpft, bevor er sich die Frage des »Warum eigentlich?« stellt.

Der nette Herr AK MAX will die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nehmen und überreicht ihnen einen großen Sack voll mit nichts. Mit Euphorie will sich der AK MAX den realen Problemen der Menschen annehmen. Als geeignetes Mittel für seinen Zweck hat er die Politik und den revolutionären Antifaschismus erkannt. Ohne zynisch zu sein ein ehrbares Anliegen. Dieses Vorgehen wirft jedoch zwei Fragen auf:

1. Ist die Politik geeignet den Menschen mit ihren Problemen zu helfen?

Um diese Frage geachtet beantworten zu können muß man sich einen Begriff der Politik machen. Die Politik ist die Vermittlungsform von Konflikten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. In ihr werden die Konflikte öffentlich verhandelt und unter Berücksichtigung der bestehenden Mehrheiten und Machtverhältnisse entschieden. Die bürgerliche Gesellschaft selbst ist in der Politik keine Verhandlungsmasse, weil sie der Politik als Grundlage vorausgesetzt ist. Da die meisten Menschen nur untertänig von ihrem freien Willen Gebrauch machen, sind viele ihrer ernsthaften Probleme mit Hilfe der Politik lösbar. Abhängig von den Problemen die sie haben, können diese innerhalb der Politik gelöst werden. Diese Sorte von Problemen können bessere Schulen, höheres Bafög, besserer Kündigungsschutz, stärkere Unfallhilfe sein. Wenn in der Politik diese Entscheidungen durchgesetzt sind, haben eine große Gruppe von Menschen einen objektiven Vorteil. Wenn der AK MAX nicht nur drüber stehen möchte und die Probleme ernst nehmen will bleibt unverständlich, warum er dieses nicht bei der SPD oder den Gewerkschaften macht, damit die Menschen auch einen Hauch von Chance haben, das sich an ihrer Nachteiligen Situation etwas ändert. Die Menschen mit diesen Problemen an die radikale Linke mit ihrer fehlenden Einflußmöglichkeit zu verweisen, schafft ihnen nur zusätzliche Probleme und verspricht nicht sich in einen objektiven Vorteil zu verwandeln. Wenn die Probleme allgemeinerer Natur sind, wie zum Beispiel die

Erpressung zur Arbeit oder der ständige Mangel an Allerlei, so ist dieses Problem mit der Politik nicht zu lösen, weil diese Probleme Bestandteil der bestehenden Geschäftsordnung sind. Es bedarf hier einer Sache die über die Politik hinausgeht und die bestehende Geschäftsordnung insgesamt verhandelt. Das Verhältnis der radikalen Linken zur Politik ist so gleichzeitig weniger und mehr als Politik. Weniger als Politik, in dem Sinne das die Aktivität nicht auf konkretes Verändern abzielt und mehr als Politik in dem Sinne das sie die Grundlagen der Politik hinwegfegen möchte. Wenn linksradikale Minderheiten Politik als sinnvolles Beschäftigungsfeld ansehen, müssen sie vorher eine affirmative Hinwendung zur Meinungsfreiheit gemacht haben. Dem gesellschaftlichen Feld, wo erst mal jeder folgenlos agieren kann. Eine mögliche gesellschaftliche Bedeutungserlangung ist nicht mehr als Möglichkeit mitgedacht und muß deswegen nicht berücksichtigt werden. »Der kleine Ivo Bozic meldet sich bitte an Kasse sieben und läßt sich das mit der Politik noch einmal erklären.«

2. Ist der revolutionäre Antifaschismus geeignet den Menschen mit ihren Problemen zu helfen?

Rassismus, Antisemitismus und Neonazis sind klassische Betätigungsfelder des Antifaschismus in nicht faschistischen Zeiten. Es bedarf dabei keiner Revolution um Probleme der Menschen mit Rassismus und Antisemitismus zu begegnen. Es bedarf dabei ebenfalls keiner Revolution um Neonazis in ihre Schranken zu weisen. Der revolutionäre Antifaschismus ist ein Mittel, um aus konkreten lösbaren Problemen etwas zu machen, welches grundsätzlicher Opposition bedarf. Durch solch ein Konzept werden die Probleme nicht weniger und ein größeres Verständnis von ihnen wird auch niemanden zu Teil. Wenn man sich Lösung von Problemen wie herumtreibenden Neonazis zur eigenen Sache macht, muß man kein rechtstreuer Bürger sein um Erfolg zu haben, aber Ideologisierung ist der Sache ebenfalls nicht dienlich. Zu sagen etwas sei potentiell faschistisch

ist kein gutes Argument gegen eine Sache. Das potentielle Problem, welches eventuell uns in der Zukunft ereilen wird, verdrängt nur die Kritik der bestehenden Probleme. Das übel der Sache selbst ist das bessere Argument gegen die Sache, als die Potenz die die Sache noch entfalten könnte. Es bedarf keiner Politik um das richtige zu aktuellen Themen zu sagen. Es bedarf lediglich eines Wissens über die besonderen und allgemeinen Ereignisse der bürgerlichen Gesellschaft. Aktuelle Themen aufzugreifen, um allgemeine Sachverhalte zu klären ist ein sinnvolles Konzept. Eines Umweges über die Geschichte, den Faschismus oder sonstwas bedarf es dabei meistens nicht. Die Organisation der radikalen Linken ist ein geeignetes Mittel um die richtige Kritik des falschen Ganzen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Der Zweck ist aber nicht die Organisation selbst, sondern die Kritik. Deshalb ist es notwendig vor dem erneuten Versuch der Organisation sich auf ein Verständnis bürgerlicher Gesellschaft und der radikalen Kritik daran zu einigen. Bei der AA/BO war dies nicht der Fall. Es kann in Zukunft nicht darum gehen eine übergreifende linke Organisation zu schaffen, die keinen formulierten Grundkonsens hat, auf dem sie agiert. Sonst ergibt man sich immer währenden Vorherrschaftskämpfen, welche Fraktion der Organisation nun den Ton angibt oder betreibt kopflosen Aktionismus.

Zur Diskussion hier banale Thesen um den Kern des Geschehens (keine ist originell und keine ist neu):

1. Der Zweck der kapitalistischen Ökonomie ist die Wertschaffung durch Warenproduktion. Der überschüssige Wert muß ständig in die Produktion einfließen und sie modernisieren um die zukünftige Wertproduktion gewinnbringend zu garantieren. Die Menschen sind Mittel und nicht Zweck dieser Produktion.

2. Auf dem Gebiet der Warenproduktion konkurrieren unterschiedlichste Unternehmen, wobei der Schaden des Konkurrenten häufig der eigene Vorteil ist. Ihre Produkte bringen sie auf dem Markt um dabei möglichst viel Gewinn zu erwirtschaften. Hierin

sind sich die Unternehmen gleich, unabhängig davon ob sie Biohühner oder Nuklearsprengköpfe produzieren.

3. Um die Konkurrenz und den Besitz zu gewährleisten Bedarf es einer übergeordneten Gewalt, die die Produzenten auf Einhaltung der Spielregeln festlegen kann. Die Gewalt, die als Staat auftritt ist nicht an die Interessen des einzelnen Unternehmens gekoppelt, sondern an die Aufrechterhaltung der Spielregeln unter denen die Produktion stattfindet.

4. Die Spielregeln die vom Staat durchgesetzt werden heißen Recht und sind gleich. Gleich bedeutet, daß sie für alle Bürger der Gesellschaft gleichermaßen zwingend einzuhalten sind.

5. Die staatliche Gewalt findet in Polizei, Justiz und Gefängnissen ihre Form. Dieses sind die Agenturen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung. Sie dienen dem Recht.

6. Da die Menschen von dem Produkt welches sie produzieren primär ausgeschlossen werden sind sie gezwungen Geld zu erwerben. Geld erwirbt man in dieser Gesellschaft durch Arbeit. Es liegt im Interesse der Menschen zu arbeiten, weil sie sonst kein Geld haben.

7. Die Entscheidung über die Festlegung und Veränderung der Spielregeln wird von gewählten Repräsentanten durchgeführt. Die Repräsentanten werden von den Staatsbürgern gewählt. Sie wählen bestimmte Repräsentanten, weil diese ihre Interesse in der Öffentlichkeit vertreten.

8. Nationalismus ist die Einschwörung der Bürger auf ihren Staat. Der Nationalist verspricht sich vom Vorteil seines Staates einen persönlichen Vorteil.

9. Die Staaten konkurrieren untereinander und in Bündnissen um etwas für das Wohle des Staates zu erreichen. Mittel dieser Konkurrenz sind Handel, Diplomatie und Krieg. Die Staaten verpflichten sich bei dieser Konkurrenz bestimmten ethischen Prinzipien, die nennen sie Menschenrecht

oder Völkerrecht. Von Recht läßt sich aber kaum sprechen, da es keine übergeordnete Gewalt gibt bei der man dieses Einklagen kann.

10. Menschen die keine Staatsbürger sind, werden nur geduldet wenn sie nützlich sind. Diese Nützlichkeit kann sich ausweisen in bestimmten Berufskennntnissen oder in politischer Verfolgung die dazu genutzt werden kann um den staatlichen Konkurrenten auf dem internationalen Parkett zu dissen.

Die Methode der linksradikalen Gesellschaftskritik ist zu sagen was los ist. Welche Zwecke Geltung erlangen und wer daran welchen Schaden erleidet. Dieses hat nichts mit Patriarchat, Hühnerkäfighaltung und Gleichen Rechten für alle zu tun. Es ist nicht anzunehmen das mit dieser Sicht auf die Dinge ein besonders ausgefeilte Verantwortung für die Deutsche Geschichte übernommen wird. Die Frage ob die Kritik des Staates und der Arbeit in ihrer Aufhebung nur eine neue Form von Kapitalismus produziert ist dieser Sichtweise herzlich egal. Der Polizeistaat und die Manipulation finden nicht statt. Korruptionsvorwürfe und Steine schmeißen sind keine radikale Kritik. Und was ist daran neu? Natürlich nichts!

»Cause people like disco
& People like house
That's why they don't
applause When I'm
banging on my bongo«
Mano Negra



Der SuperGAU der Kritik

>> Von Zyklopen, Ghostbustern und der Regression ins Ende der Geschichte

In Phase 2.05 kritisierte die „AG Hooligans und Zyklopen“ aus Berlin das Konzept des Revolutionären Antifaschismus als falsche Methode linksradikaler Gesellschaftskritik. Der AK MAX lässt diesen Widerspruch nicht auf sich sitzen und fordert seinerseits eine neue Organisierungsdiskussion.

Es bedarf einer Kritik von Staat, Arbeit und Politik, um einen wirklichen Antikapitalismus zu reanimieren - so weit, so gut. Desweiteren bedarf es jedoch eines Verständnisses von Gesellschaft und einer Idee, wenn nicht gar Konzept, wie denn der beschworene Antikapitalismus jenseits von marginalisierten Theoriezirkeln wirkungsmächtig werden kann. Und da der Zweck der radikalen Linken nicht allein der ist, „zu sagen was los ist“ (AG Hooligans und Zyklopen), sondern auch vielmehr der dafür zu sorgen, dass etwas los ist - also nicht mehr und nicht weniger als die Revolution zu machen und zum Kommunismus zu hüpfen -, bedarf es der Vermittlung und des Intervenierens um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis zu verschieben. Revolutionär ist, was zur Revolution führt.

Politik und Kritik

„Egal ob Benz oder Moped - verschränk die Arme, sprich mir nach: wir sind auch so fett!“ (Tefla und Jalel: „Bounce mit uns“)

So richtig die AG Hooligans und Zyklopen das Verhältnis von Arbeit, Staat und Kapitalismus in den zehn Thesen analysiert hat, so falsch sind die Folgerungen, die sie daraus zieht. Als wäre diese Gesellschaft ein statisches Gebilde und nicht schwankenden Kräfteverhältnissen unterworfen, setzt sie (die AG) - fröhlich wie ein kleines Kind mit Legosteinen - Staat, Arbeit, Politik, etc. in ihrem Model zusammen und auseinander, um sich jedes Mal aufs neue darüber zu freuen, dass das immer wieder geht - ohne dass was kaputt geht, geschweige denn, sich was ändert. Aus lauter Freude darüber, endlich gerafft zu haben, dass es kracht, wenn es donnert, wird vergessen um was sich handelt: Eine Analyse des gesellschaftlichen Ist-Zustandes, welche zwar bitter nötig ist - jedoch

wenig darüber aussagt, wie Mensch von hier nach da, vom Kapitalismus zum Kommunismus kommen könnte. Politik, also die Vermittlungsform von Konflikten (ergo Interessengegensätzen) innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, wird als Rein-System immanent und ohne revolutionäres Potenzial beschrieben. Übersetzt: Die vielen „ernsthaften Probleme“ der Menschen (AG), „die mit Hilfe der Politik lösbar“ (ebd.) sind, wie fehlendes Bafög oder Tarifkürzungen, Abschiebungen, Ermordung durch Nazis, Vergewaltigungen, Verhungern und weitere Unwichtigkeiten sind - da eben Interessenskonflikte innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft (Politik) - kein Betätigungsfeld für die sich als revolutionär oder radikal gerierende Linke. Hier offenbart sich so langsam das Ausmaß des Irrtums. Nicht nur, dass damit den endgültigen Reformisten wie SPD oder Gewerkschaften das Feld geräumt wird, vielmehr wird offenbart, um was es letztendlich geht: Nämlich um die faktische Absage an jede Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Hier und Jetzt, was eine Absage an jede Revolution irgendwann und irgendwo bedeutet. Hier schließt sich dann auch der Kreis zu jenen Mächtgern-Freestylern der Ideologie-Kritik, von denen die „antideutsche“ (Bahamas über Bahamas) Zeitung Bahamas nur die bekannteste darstellt, die sich im Gegensatz zu den Antipolitikern der AG zwar qua Definition explizit politisch betätigen - z.B. für Israel und gegen Antisemitismus wie sie meinen - in der Praxis aber am selben Strang ziehen. „Trotz und Verblendung sind eins“ (Adorno), und so neu ist das auch nicht. Aber mal langsam und von vorne: Selbst wenn die Linke zu der Einsicht kommt, dass „die Befreiung der Unterdrückten oftmals gegen die Unterdrückten“ (www.antifa.de) gefordert wird und eine linksradikale Herangehensweise daher vielmehr bedeutet, nicht mehr als Interessenvertretung der um ihre Interessen Betrogenen aufzutreten, sondern als Vertretung des absoluten Interesses an der Möglichkeit von Freiheit zu fungieren - dann bleibt doch das Rätsel, wer dies tut und warum. Hat doch der/die Linksradikale

wahrscheinlich ein sehr konkretes Interesse an der Abschaffung der Verhältnisse und der Errichtung der herrschaftsfreien Gesellschaft - sonst gäbe es ja sicherlich Spannenderes zu tun als Phase 2-Artikel zu schreiben, usw. Wenn es aber Menschen gibt, die das „absolute Interesse“ irgendwie als ihr eigenes Interesse begreifen und diese Individuen in dieser Gesellschaft leben, so ergibt sich daraus - na? Richtig, ein Interessengegensatz innerhalb dieser Gesellschaft. Wenn es also Leute gibt, die diese Gesellschaftsform abschaffen wollen, sich jedoch gleichzeitig in ihr bewegen, existieren dafür Gründe. Seien es die „Erpressung zur Arbeit“ (AG), „der ständige Mangel an allerlei“ (ebd.) oder mal tiefer gestapelt; eben so niedriges Bafög, Abschiebungen, Kürzung der Sozialhilfe. Wichtig ist, ob die Menschen anfangen sich zu wehren oder eben nicht. Dass da nun nicht gleich die Revolution mit drin ist, ist auch so neu nicht. Nur wie, wenn nicht im Kampf gegen reales Leiden lässt sich das durchaus reale „absolute Interesse“ - der Kommunismus - verwirklichen? Birgt doch der Kampf gegen reales Leiden und sei es nur so etwas Unspektakuläres wie Hunger oder Armut, die reale Hoffnung in sich, dass der Mensch an seiner Situation selbst etwas ändert, anfängt sich zum Subjekt seiner eigenen Geschichte zu machen, eine echte Verbesserung eintritt. Nur in Kämpfen gegen reales Leiden zeigt sich die Möglichkeit der Zerschlagung der Realität wie wir sie kennen. Sowenig wie ein Steinwurf die kapitalistische Vergesellschaftung aufhebt, so sehr manifestiert sich in ihm doch der Vorgeschmack der Revolte. „Eine Bewußtwerdung, sei sie noch so unbestimmt, wächst aus der Bewegung der Revolte: die plötzlich durchbrechende Erkenntnis, dass im Menschen etwas ist, womit der Mensch sich identifizieren kann (...). Alle Erpressung vor der Aufstandsbewegung hat der Sklave geduldet. Oft hatte er (...) empörender Befehle erhalten als denjenigen, der seine Weigerung auslöste. Er nahm die mit Geduld auf, sträubte sich vielleicht im Innern gegen sie, aber, da er schwieg, mehr um sein unmittelbares Interesse bekümmert als der Wahrheit bewusst. Mit dem Verlust der Geduld, mit der

Ungeduld, beginnt im Gegenteil eine Bewegung, die sich auf alles erstrecken kann, was vorher hingenommen wurde. Im Augenblick, da er den demütigen Befehl zurückweist (...) weist der Sklave auch sein Sklavendasein zurück. Das Bewußtsein tritt zusammen mit Revolte an den Tag.“ (Camus, „Der Mensch in der Revolte“)

Und auch wenn es vom Acht- zum Vier- zum Null-Stunden-Tag noch ein Stückchen sein kann, ist es nicht nachzuvollziehen, warum Sachen, die die Lebenssituation der Menschen verbessern und so gleichzeitig die Geschäftsgrundlage für die radikale Linke vereinfachen, nicht anzunehmen wären: Ist die „richtige Kritik des falschen Ganzen“ (AG) dadurch ja weder entkräftet noch weniger interessant. Dies setzt jedoch eine Organisation jener Kräfte voraus, die sich weder mit einem Stück vom Kuchen noch mit der ganzen Bäckerei zufrieden geben. Die Aufgabe kann es also nicht nur sein, die Kritik am Ganzen nach Außen zu tragen, sondern muss auch vielmehr mit denjenigen, die konkret Widerstand leisten, an Perspektiven arbeiten bzw. nach Möglichkeiten dafür suchen. Im Konkreten kann die Forderung nach „Brot und Frieden“ so gut zur Weltrevolution führen wie „Alles oder Nichts“ zum Außenministerposten. Entscheidend für die Qualität des Engagement ist die Richtung, nicht die (Verbal-)Radikalität ihrer Selbstinszenierung. Wenn Menschen unter schlechten Bedingungen leiden und dagegen kämpfen, ist es die Aufgabe der radikalen Linken dabei zu sein. Alles andere wäre nicht nur zynisch, es wäre vor allem zum Misserfolg verurteilt. Die Menschen sind - entgegen der Selbstversicherung mancher und trotz der Tatsache, dass viele von ihrem freien Willen „nur untertänig Gebrauch (...) machen“ (ebd.) - nicht dumm. Die Opferung der Alltagsbedürfnisse zu Gunsten des Kommunismus im imaginären Irgendwann wird nicht stattfinden. Ist eine der Voraussetzungen für diesen doch gerade die „egoistische Einsicht eines jeden in dieser Welt ums eigene Leben betrogen zu werden“ (Justus Wertemüller).

„Lasst euch nicht in die Irre führen, es

wäre eine tragische Wendung wenn wir alle Irre würden“ (Blumentopf: Großes Kino)

Antikapitalismus, wie die jeweiligen selbsternannten Meister der Kritik - von Bahamas bis zu den Antipolitikern - es tun, in die zwei gleichermaßen unattraktiven Alternativen, nämlich den Verzicht auf Politik auf der einen und den Verzicht auf Kritik auf der anderen Seite aufzulösen, macht keinen Sinn. Radikale Kritik muss politikfähig sein. Das hat nichts damit zu tun, diese Kritik solange zurecht zustutzen bis es möglich ist, damit Bundestagswahlen zu gewinnen, aber viel damit sich nicht allein dem Kriterium der Wahrheit sondern auch dem der Wirklichkeit zu stellen. „Revolutionäre Realpolitik“ (Rosa Luxemburg) bedeutet, den Spagat zwischen konkreter Linderung des realen Leidens und dem Ziel von dessen kompletter Abschaffung auszuhalten. Wenn aus Kritik mehr werden soll als geistige Masturbation (die ja auch was für sich hat) und zu grundlegender Gesellschaftskritik, also kommunistischer Kritik werden will, dann kann nur der Mensch und dessen reale Bedürfnisse ihr einziger Ausgangspunkt sein. Dass es Zeiten gibt, wo dies nicht einfach ist, ist kein Argument dagegen. Ist der Siegeszug der Rechten doch immer zuerst die selbstverschuldete Niederlage der radikalen Linken gewesen. Sich aus aktuellen Auseinandersetzungen heraus zu halten, allein die „richtige Kritik des großen Ganzen“ zu beschwören und sich dann nachher darüber zu wundern, dass die niemand mehr hören will, ist ein ziemlich einfallsloser Move. Gerade in einer Situation der Marginalisierung der radikalen Linken wird die Selbsttröstung mit eben dieser Marginalität der Systemkritik gleichsam als Beleg für die Omnipotenz des Kapitalismus auch einigermaßen fragwürdig. Eher gibt sie Anlass für die Vermutung, dass eine bestimmte Art der Systemkritik durchaus als Systemfunktional gewürdigt wird - nämlich genau jene, die gar nicht mehr ernsthaft den Anspruch verfolgt, praktisch werden zu wollen. So vollziehen die Antipolitiker letztlich das nach, was Bahamas und Umfeld schon vor ein paar Jahren wussten - revolutionäre politische Praxis sei nicht mehr möglich. Dementsprechend beschäftigt sich ihre „militante Ideologiekritik“ hauptsächlich

mit dem Nachweis der Unmöglichkeit von Revolution. Und da es ja „kein richtiges Leben im falschen gibt“ (Adorno) ist eh alles egal. Also werden allerlei historische Wichtigkeiten bis hin zu philosophischen Überlegungen über das Allgemeine und das Besondere angeführt, um munter „seine ganze Kraft und Energie“ auf allerhand Kleinkram und Herumflückerei an der kapitalistischen „Gesellschaftsordnung“ verwenden zu können, „damit es doch aussieht, als geschehe etwas“ (F. Engels). Vordergründig geht es dabei meistens um Israel und letztendlich oft noch um den Kommunismus. Hier bewahrt sich jedoch vielmehr auf unerwartete Art und Weise der Spruch der „Antideutschen Kommunisten Berlin“, dass „diejenigen, die am meisten vom Kommunismus reden, in Wirklichkeit am weitesten davon entfernt sind“ (frei nach <http://www.antideutsch.de>).

Als Ergebnis liefern die angeblichen Israelfreunde dann sehr realpolitisch Vorschläge, die sie - natürlich von jedem „revolutionären Impetus“ befreit - veranlassen mit Flaggen der jeweiligen, gerade angesagten Nationalstaaten durch die Gegend zu latschen. Schließlich geht es für sie ja darum, die „Grundbedingungen der menschlichen Emanzipation“ gegen wahlweise den „globalen Faschismus“ (wo immer der sich auch grade versteckt haben mag) und „die Linke“ zu verteidigen. Das wäre alles halb so wild, würde sich nicht ständig mehr radikale Linke einschalten und sich zwanghaft auf eine der beiden Seiten - „Antiimp“ oder „Antideutsch“ - schlagen. Was meistens bedeutet, die zweite Variante zu wählen, da diese weniger platt begründet ist. So wird langsam Mode, was vielleicht die Aufgabe einer Bürgerinitiative, aber sicherlich nicht die der radikalen Linken ist. Sie verortet sich endgültig in Konflikten innerhalb des kapitalistischen System jenseits sozialer Kämpfe. So gilt es wahlweise, das in die Luft sprengen von Straßencafés samt Besuchern oder die Bombardierung ganzer Landstriche zu rechtfertigen. Dementsprechend verbreitet sich die Akzeptanz nationalstaatlichen Handelns und dessen Institutionen gegenüber einer dem Kapitalismus angeblich gegenüberstehenden Barbarei und das, obwohl diese dem Kapitalismus

doch innewohnt. Das geht so weit, dass inzwischen ein gewisser Martin W. Kloke in der Phase 2.05 für die „zivilisatorische Zähmung des Mobs (...) in einer gemeinsamen Kraftanstrengung linker und Konservativer, christlicher und jüdischer, gewerkschaftlicher und wirtschaftsnaher Kräfte“ plädieren kann, eine „Gestaltung der Globalisierung durch selbstbewusste zivilgesellschaftliche Initiativen“ fordert und zum Schluss kommt, dass „die Hoffnung auf eine geschichtsimmanente Utopie zwar nicht gänzlich aufzugeben“ ist, jedoch „auf der Agenda heute sehr viel bescheidenere Ziele stehen“. Das Problem ist hierbei nicht nur, dass offensichtlich vergessen worden ist, was vor nicht allzu langer Zeit über die Zivilgesellschaft etc. bekannt war, sondern auch vielmehr, dass eine Radikale Linke, die meint als Verfechter von Staaten gegen „die Barbarei“ auftreten zu müssen, schlicht und ergreifend vollkommen überflüssig ist. Das können andere nicht nur effektiver, sondern auch glaubwürdiger. Dessen ungestört blubbert das „Berliner Bündnis gegen IG Farben“ weiter von „den Grundbedingungen emanzipativer Politik“, die es in Israel ausgemacht haben will, sowie von der These von der „negativen Aufhebung des Kapitals“, welche im deutschen Nationalsozialismus stattgefunden haben soll. Da spielt es keine Rolle, dass weder Produktions- noch Eigentumsverhältnisse im Nationalsozialismus irgendwie grundlegend angetastet wurden. Aus der Tatsache, dass viele Menschen „ihr Hirn an der Biegung des Flusses“ vergraben haben, die Konsequenz abzuleiten, das Eigene direkt hinter her zu schmeißen, führt offensichtlich nicht weit.

Und so verzieht sich der eine Teil der radikalen Linken als Antipolitiker in die endgültige und selbstgewählte gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit während die „antideutschen“ Ghostbusters langsam aber sicher ihren Marsch in die Zivilgesellschaft vollziehen. So unterschiedlich es anmutet, so identisch sind also die Konsequenzen: Das Einrichten in den miesen Verhältnissen wie sie sind, der Super-GAU der Kritik - die Regression in das Ende der Geschichte. So wird die Kritik in ihr Gegenteil verkehrt. Wertung: No Style - No Points.

„Deutschland, USA oder Taliban ...

... wir sind die Feinde von allem drum und dran!“ lautet eine Parole auf linksradikalen Demos, die eine Ahnung von dessen bietet, was die Aufgabe der Radikalen Linken wirklich sein muss. Deren Aufgabe ist es grade nicht, sich zwischen den falschen Alternativen - der Barbarei der „Zivilisation“ und der „Zivilisation“ der Barbarei - zu entscheiden, sondern eine wirkliche Alternative jenseits davon zu vertreten. Das neue Bessere entsteht aus der Negation des Alten oder es entsteht gar nicht. „Sozialismus oder Barbarei“ heißt nicht, sich aus gesellschaftlichen Konflikten heraus zu halten sondern gerade dort anzusetzen. Die sozialen Kämpfe und gesellschaftlichen Konflikte müssen zugespitzt, das Ende der Geschichte nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch widerlegt werden. Vom Zurückdrängen faschistischer Bewegungen über die Schaffungen von Freiräumen für emanzipatorisches Engagement bis zu konkretem Widerstand gegen den Abbau sozialer und sonstiger Sicherungen und für ein schöneres Leben für alle ergeben sich hierzulande Möglichkeiten zum Handeln. Allerdings ergibt sich die Perspektive der Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse doch nur durch den Blick über den Tellerrand und mit Bezug auf die sozialen Kämpfe weltweit. So sind, bei aller notwendigen Kritik, von Kolumbien bis Nepal Dinge in Bewegung, die der Solidarität eben in ihrem wahrsten Sinne bedürfen: Die Revolution dort zu machen, wo man lebt. Das ist allerdings kein Grund mit alten Analysen und Parolen anzukommen, d.h. es gilt anzuerkennen wenn, wie z.B. im Falle des Nahost-Konflikts, eine emanzipatorische Position derart marginalisiert ist, dass umfassendere realpolitische Vorschläge bzw. Forderungen nur schwer möglich sind, linksradikales Engagement am Anfang anzusetzen muss. Nämlich diejenigen Kräfte zu unterstützen und aufzubauen, die mehr oder weniger, nicht mehr und nicht weniger als das Ziel verfolgen „alle Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein verlassenes, ein geknechtetes, ein verächtliches Wesen ist“ (Karl Marx), um auch dort eine Perspektive auf soziale Befreiung zu stärken. Nicht isoliert und doch nur auf

sich selbst gestellt kann eine radikale Linke - die sich noch ernst nimmt - dieser Hoffnung auch Taten folgen lassen. Dafür wäre, mal ein wenig in die Zukunft gesponnen, jedoch eine Organisation der Kräfte nötig, die sich nicht nur den Marxschen Imperativ auf die Fahnen geschrieben haben, sondern diesen auch umsetzen wollen.

Auch wenn es angesichts von massivem infantilem Rumgedisse manchmal so erscheint - es gilt gerade nicht, das xte „wir distanzieren uns von xy - Papier“ zu schreiben und sich gegenseitig zu verprügeln. Stattdessen muss das Kriterium des Handelns die Wirksamkeit in der Praxis d.h. in der Gesellschaft sein. Das wird zwar nicht ganz einfach aber „wir verlieren schließlich solange bis wir gewinnen“. Denn auch wenn es kein richtiges Leben im falschen gibt, es ist doch nie falsch das richtige zu sagen und zu tun.

Fragmente zum Revolutionären Antifaschismus - oder „Die another day“ (Madonna)

Zu Recht wurde unter anderem in der Kritik an der AA/BO (Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation) darauf hingewiesen, dass der Faschismus und die bürgerliche Gesellschaft in der politischen Auseinandersetzung nicht gleichzusetzen sind. Auf der einen Seite würde damit der Faschismus verharmlost, auf der anderen kein besseres Verständnis der aktuellen gesellschaftlichen Situation vermittelt. Dabei ist jedoch das grundlegende Verständnis über die Metaphysik des Kapitalismus derartig unter den Tisch gekommen, dass die einen Antifaschismus inzwischen eingeschränkt als Staatsaufgabe definieren und andere sich verpflichtet fühlen, auf Seiten der bürgerlichen Staaten und mit der „Zivilisation“ in den Krieg gegen die Barbarei zu ziehen. Dabei ist nicht das Problem, dass manche Dinge endlich beim Namen genannt werden - z.B. kann die Steinigung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung ja kaum als etwas anderes als barbarisch bezeichnet werden - sondern das ein Gegensatz aufgemacht wird, der so gar nicht existiert.

Die Barbarei, welche der kapitalistischen „Zivilisation“ propagandistisch gegenüber gestellt wird, ist in dieser beschlossen. Der Ausbruch des Menschen aus der mythischen Gewalt der Natur ist im Kapitalismus in sein Gegenteil verkehrt - die Aufklärung ihrer Dialektik ausgeliefert, weil sie nie wirklich ernst gemacht wurde. Der Kapitalismus beweist sich als metaphysisches Projekt, ist die Herrschaft des Menschen über die Natur, die Abwesenheit der direkten Lebensbedrohung, doch nur um den Preis der Übertragung der darwinistischen Naturordnung auf die menschliche Gesellschaft erfolgt. „Sich wegzuerwerfen um sich treu zu bleiben“ (Horkheimer, Adorno; Dialektik der Aufklärung) ist die Leitlinie dieser Systematik. „In Wahrheit verleugnet das bürgerliche Subjekt die eigene Identität, die es zum Subjekt macht und erhält sich am Leben durch die Mimikry ans Amorphe“ (ebd.) und ist im Grunde daher so irrational wie es nur geht. Schließlich steht die Lüge, der Irrtum, der Aberglauben am Anfang. Was in der Konstruktion der Nation als Gewaltverhältnis zum Ausdruck kommt und seinen wahnsinnigen Höhepunkt in Auschwitz fand, liegt schon im kleinsten Alltäglichen begründet. Der Mythos, dass der Mensch gezwungen wäre sein Zusammenleben im Kampf aller gegen alle zu organisieren, die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums im Konkurrenzverhältnis zu vollziehen, ist die barbarische Lüge, auf der die kapitalistische Gesellschaft gründet. Im angeblich „zivilisatorischen“ Recht des Staates ist diese Gewalt auf ewig festgeschrieben, welche der Humanität entgegen steht. Die sinnlose Gewalt steht im Kapitalismus am Anfang und am Ende. Die Hoffnung auf ein Ende des Wahnsinns innerhalb dieser Gesellschaftsform ist durch „die Inthronisierung des Mittels als Zweck“ (ebd.) ad absurdum geführt - das barbarische Prinzip von wertem und unwertem Leben in ihr begründet. Die angeblich so vernünftige Klassengesellschaft basiert auf Irrationalität. Eben dies „ist die Zelle der fortwuchernden mythischen Irrationalität. Die neuesten Ideologien sind nur Reprisen der ältesten“ (ebd.) Lüge. Der Faschismus und die bürgerliche Gesellschaft unterscheiden

sich in der Vermittlung des ihnen zugrundeliegenden Gewaltverhältnisses nicht grundlegend. Das ist die Wahrheit des Horkheimerschen Diktums: „Wer vom Kapitalismus nicht reden möchte, der möge auch zum Faschismus schweigen“ und der Funken Wahrheit in dem Demospruch „hinter dem Faschismus steht das Kapital“. Der Faschismus, die Barbarei ist das Kapitalverhältnis. Die bürgerliche Gesellschaft der Barbarei gegenüber zu stellen ist daher nicht möglich. Deren universales Glücksversprechen muss gegen die bestehenden Verhältnisse eingelöst, die Aufklärung gegen ihre aktuellen Apologeten durchgesetzt werden. Revolutionärer Antifaschismus ist der Kampf gegen die Barbarei und damit gegen das wahnsinnige System. Nur als radikaler Verfechter der gesellschaftlichen Aufklärung - der menschlichen Emanzipation auf allen Ebenen - macht Antifaschismus Sinn. Geht es ja schließlich um nicht weniger als „das Ende der Gewalt“ (AAB), welches in der Aufhebung der kapitalistischen Vergesellschaftung zu suchen ist. Was nichts anderes als den Umsturz der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Revolution meint. Und diese ist bekanntlich „ein zutiefst friedliches Projekt.“ („Warum dieser Hass?“, 1997 Berlin)

„Zeit für Phase 3!“

Captain Kirk zu Scotty, Star Trek IV

Eine erfolgreiche Organisation und letztendlich „gesellschaftliche Bedeutungserlangung“ (AG) setzt sicherlich voraus, um nach soviel dezenter Publikumsbeschimpfung wieder zum Ausgangspunkt zurückzukehren, dass überhaupt einigermaßen klar ist, was abgeht. Insofern sind die zehn Thesen der AG Hooligans und Zyklopen richtig und wichtig. Der Dissens besteht also nicht darüber, sondern über die Tatsache, dass die Abschaffung von Staat und Arbeit dann sehr wohl etwas mit Hühnerkäfighaltung, gleichen Rechten für alle und Patriarchat zu tun hat. Und dass neben der Frage, warum man kämpft, die Frage nach dem wie eine zentrale ist, da der Kommunismus ansonsten angesichts der falschen Realität eben nicht nur unrealistisch scheint, sondern auch bleibt. Zu fragen bleibt momentan,

ob, wie und wo die immer wieder beschworene Theoriediskussion geführt werden kann und soll. Denn so sehr es richtig ist, darauf zu verweisen, dass die theoretischen Grundlagen geklärt gehören, so wenig bringt der reine Verweis darauf weiter. Das alles hängt natürlich davon ab, inwiefern überhaupt Interesse besteht, d.h. bestehende Gruppen und Zusammenhänge bereit und in der Lage sind, diese Diskussion zu führen und zu Ergebnissen zu bringen. Soll jedoch mehr erreicht werden als das lokale Kommentieren gesellschaftlicher Entwicklung, so ist dies unabdingbar. Ähnlich einer weiteren Organisationsdiskussion in einer einschlägig bekannten Berliner Wochenzeitung, wäre desweiteren zu überlegen, was das richtige Medium für solch eine Debatte sein könnte. Es kann nicht darum gehen möglichst „originelle“ Artikel in dieser immer lesenswerten, jedoch nur alle 3 Monate erscheinenden Zeitschrift zu verfassen, müsste deren Ziel doch letztendlich sein, sich selbst überflüssig zu machen. Die Hoffnung auf Luxus für alle ist eine zu reale und notwendige als das ihre Realisierung Aufschub dulden würde - und je länger man schläft, desto müder wird man. Es ist höchste Zeit für Phase 3. In diesem Sinne:

**Für die linksradikale Organisation:
Für den Kommunismus!**

**AK MAX (Rhein-Main)
[Nummer:07/2003]**



Stalingrad - der subjektive Faktor



Im Folgenden wollen wir anlässlich des Jubiläums – die Wahl dieses Wortes in diesem Kontext ist nicht arbiträr – der nachhaltigen Abwehr der „Wehrmacht“ und somit der einsetzenden Vereitelung des deutschen Projektes durch die Rote Armee vor sechzig Jahren – zum Teil mit Widerwillen – ein Paar Gedankenketzen an den geistig-moralischen Zustand der Besiegten und ihrer Nachkommen, und an die Auswirkungen der Schmach bzw. des glorreichen Sieges von Stalingrad auf die Nachkriegsgesellschaften – sowohl bei den Siegern und ihren Sympathisanten als auch bei den Besiegten und ihrer VolksgenossInnen an der Heimatfront – verschwenden. Diese – das Psychologische in den Vordergrund rückende – Form des Gedenkens will zumindest ein unmissverständlicher Ausdruck der Verachtung der vor allem in Deutschland favorisierten Art und Weise sein, Stalingrad als ein auf die fatalen und groben Fehler der deutschen Kriegsführung zurückzuführendes Desaster zu verstehen und darzustellen, und dies ohne dabei die geringsten Sanktionen befürchten zu müssen. Nicht einmal das u.U. amüsante Risiko muss in Kauf genommen werden, sich dabei den Ruf ein klein wenig zu ruinieren. Die inzwischen zum festen Inventar jeglicher sowohl populären als auch wissenschaftlichen Rede über Stalingrad gehörenden Topoi – wie „die Fehleinschätzung der Lage durch die Führung“, „die durch die Landung der Alliierten in Marokko und Algerien erzwungene Umlenkung der in Stalingrad benötigten Reserven nach Afrika“, „die feindliche Haltung des sowjetischen Winters den Deutschen gegenüber“, „Hitlers Ausbruchsverbot an Paulus“, „die ungenügende und letztlich gänzlich ausgebliebene Luftversorgung“ usw. – bedürfen hinsichtlich der tiefenstrukturellen Intentionen dieser Argumentationsmotorik in der Tat keines Kommentars.

Gleichwohl ist wohl in diesem Land der pleonastische Hinweis darauf alles andere als unangebracht, dass jede weitere, noch so kritische und wissenschaftlich durchdachte, objektive historisch-militärstrategische Analyse dessen, was sich zwischen dem 19.11.1942 und 2.2.1943 in und um die

Stadt Stalingrad ereignete, nicht nur dem Gedächtnis an Stalingrad absolut unangemessen, sondern auch im günstigsten Falle dessen verdächtig ist, in der durch Stalingrad herbeigeführten Wende nicht den beispiellosen, jahrzehntelang lebensfördernd nachwirkenden Segen erkannt zu haben.

Erkannt und herbeigesehnt wurde dieser Segen jedenfalls von unzähligen Menschen außerhalb des deutschen Kernlands. „Wir haben jede Nacht Radio-Moskau gehört und den Verlauf der Belagerung äußerst gespannt verfolgt. Denn wir wussten, dass, wenn auch diese Stadt fallen würde, alles vorbei wäre. Eine Befreiung wäre in ferne Zukunft gerückt“, so ein Antifaschist aus einem besetzten Land, der den Krieg überstanden hat. So oder ähnlich dachten und hofften Millionen von Menschen in den von Deutschen besetzten Gebieten in ganz Europa. Sie wussten es: Das Ergebnis dieses Kriegsgeschehens würde entscheidenden Einfluss auf den weiteren Kriegsverlauf bedeuten. Und so war es auch. Die Siegesnachricht breitete sich in den besetzten Gebieten, bei den Partisanen und in den Konzentrations- und Vernichtungslagern wie ein Lauffeuer aus. Sie hob die Moral bei dem bewaffneten Widerstand, gab ihm einen sprunghaften Impuls, motivierte ihn und erhöhte seinen Impetus gewaltig. Die offiziellen zensierten Nachrichten in den besetzten Gebieten berichteten von einem radikalen Anstieg von Angriffen durch Partisaneneinheiten auf die Wehrmacht und ihre Kollaborateure. Die Wende zu Befreiung war somit eingeleitet. Stalingrad stellt heute für die Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder sowohl faktisch als auch symbolisch den Sieg gegen den Nationalsozialismus dar, d.h. die Eindämmung und anschließende Stilllegung – weitgehend zumindest – der großdeutschen Tötungsindustrie. Und die Besiegten? Die Wehrmachtsgefallenen und ihre Angehörigen? Die hinterlassenen Witwen und Weisenkinder im Reich? Die hunderttausenden gefangenen deutschen Soldaten und Ihr Anhang in der Heimat? „Deutsche in den Händen der Russen!“ Der Alptraum

jeder anständigen Volksgenossin und Volksgenossen war zu bitterer Realität geworden: Trümmer aufräumen und dabei an den Mann/Vater/Bruder/Onkel denken, der in irgendeinem russischen Erziehungslager zur Raison gebracht werden sollte. Damit er emphatisch und effektiv dazu veranlasst wurde, zuchtvolle Abstinenz zu üben, sollte ihm nämlich eingetrichtert werden, dass das Morden ein unrentables, jedenfalls aber ein höchst riskantes Vergnügen ist, dass ihn diese Passion sogar das Leben kosten könnte; und diese pädagogische Anstrengung der Sieger musste einige Jahre dauern, bis einigermaßen sichere Zeichen einer Entsagung erkennbar wurden!

Nicht nur sorgte dieser Umstand für eine Bereicherung der deutschen Schluchzliteratur, sondern auch und vor allem drückte er sich tief und entscheidend in den Seelenhaushalt der deutschen Bevölkerung ab. Die Bilder der kilometerlangen Gefangenenspalisaden, die Präsenz der Russen – aber auch der Amis, der Engländer und Franzosen – in den deutschen Städten, die Gräuelmärchen der aus der Gefangenschaft Zurückgekehrten knickten – zumindest einige Jahrzehnte lang – die Herrenmenschen zu niedergeschmetterten „armen Würstchen“, die je nach geographischer Lage und den jeweils waltenden Konjunkturparametern zu feurigen Sozialisten (Ost-Zone) oder zu American-way-of-life-Fans wurden, nicht weil sie irgendetwas aufrichtig bereut haben, nicht weil sie ihre Mordtaten als solche eingestanden haben, sondern einzig und allein, weil sie besiegt, entwaffnet, zu Kapitulation gezwungen und besetzt wurden. Daher ist der Versuch zwecklos, den Deutschen mit Auschwitz beizukommen. Es hat deswegen wenig Sinn, sie mit ihren Vernichtungstaten und –drang zu konfrontieren. Es ist deswegen aussichtslos, sie zu Frieden, Nächstenliebe und zu sonstigen das Appetenzverhalten bändigenden und ersetzenden Verhaltensformen umzuerziehen.

Das einzige, was wirkt, ist, sie an Stalingrad, an die Stadt, die den deutschen Siegeswillen symbolisieren

sollte, zu erinnern (und ab und zu an Dresden, je nach Gegend). Das einzig Probate ist, sie nach der russischen Gefangenschaft ihrer Vorfahren zu fragen – als Androhungsvorstufe, als Erinnerungszwang, als Ausdruck der Genugtuung. Genau dies hat sie über 50 Jahre lang in Schach gehalten. So und nur so plapperten sie immer wieder und zu jedem Anlass nach, so was wie „Krieg ist was schlimmes“, „die Schuld der Nazis“, die „uns in die Katastrophe geführt haben“, „die Lehren aus der Geschichte“, „das habe ich nicht gewusst“ usw.

Wenn heute die „Volksbewegung zur Erhaltung der deutschen Friedenszustände“ – kurz: Friedensbewegung – angesichts des drohenden Angriffs auf Irak „nie wieder Krieg“ schreit, so steckt dahinter neben den durch die offiziöse Haltung Iraks gegenüber Israel herbeigerufenen antörnenden Konnotationen als die benigne Komponente Stalingrad. Wenn heute die Sachsen das herzerreißende, zugleich aber heldenhaft aufopferungsvolle Betteln wegen der – nach der Sintflut – größten Flutkatastrophe aller Zeiten so organisieren zu müssen glauben, wie es gelaufen ist, d.h., nicht umhin können, Spenden mit eisernem Willen und militärischem Drill zu sammeln, dann speist sich dieser Drang nach „Winterhilfsdienst“ aus den Bildern der Niederlage zu Stalingrad. Nach der Wiedervereinigung allerdings und mit dem immer größer werdenden zeitlichen Abstand zu Stalingrad verblassen leider diese Erinnerungen, die sich jahrzehntelang hervorragend dafür eigneten, das deutsche Betreiben effizient zu hemmen. Die Folgen dieser Amnesie hören sich dann beispielsweise so an: „Die Deutschen gehen immer rabiatere miteinander um, insbesondere mit Minderheiten und sozial Schwächeren. Dies ergab eine neue Studie über den Seelenzustand der Bundesbürger. Demnach sind die Deutschen gestresst, suchen sozialen Halt und blicken auf andere herab, zitiert die Hamburger Wochenzeitung Die Zeit aus der Untersuchung des Bielefelder Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung. Nahezu jeder fünfte Bundesbürger könnte

sich demnach von Rechtspopulisten mobilisieren lassen. Über die Hälfte der 3.000 Befragten der Langzeitstudie seien der Ansicht, dass viele Juden versuchen würden, aus dem Holocaust Vorteile zu ziehen und die Deutschen für die Vergangenheit zahlen ließen. Gar 71 Prozent meinten demnach, Moslems sollten in Deutschland nicht nach ihren Glaubensgrundsätzen leben. 16 Prozent meinten, die Weißen seien zu Recht führend in dieser Welt“ (aus der Frankfurter Rundschau, 7.11.2002).

Gewiss, die freiwilligen Dichter, Gelehrten, Historiker usw. werden anlässlich des 60-jährigen Jubiläums allerlei seltsame, und weniger seltsame Texte verfassen. Es gibt nämlich für die deutsche Volksseele zur Verbreitung jeden erdenklichen Mists keine bessere Motivation, keinen besseren Anstoß, als wenn sie sich in der Opferrolle sieht. Die alljährlich – neuerdings aber leider immer gedämpfter – wiederkehrenden Elegien, die das dem Deutschen in Stalingrad und als Stalingrad widerfahrene Unheil beweinen, zeugen von dem leidvollen und berechtigten Groll eines sich ungerecht behandelt Dünkenden, an der Vollendung seines Lebenswerks Gehinderten. Wir sollten dies getrost und freudig über uns ergehen lassen. Wir sollten sogar dafür Sorge tragen, dass es so bleibt. Wir sollten die Deutschen darin bestärken, sich als Opfer zu fühlen, Opfer einer Konspiration, zum x-ten Mal hinterrücks erdolcht usw. Eine Entgegnung auf diesen Gefühlskomplex mit ominösen Gegenargumentationen – wie z.B. dem im Zusammenhang mit den alliierten Bomben auf Dresden gebrauchten Slogan „Deutsche Täter sind keine Opfer“ – wäre nicht nur peinlich, sondern es bürge auch die Gefahr in sich, dass die Deutschen dies ernst nähmen. Die Bereitschaft dazu, so etwas ernst zu nehmen und anzufangen, sich nicht mehr als Opfer zu sehen, baut sich seit spätestens der Wiedervereinigung rasant und tatkräftig auf. Außerdem impliziert eine solche Gegenargumentation ein aus unserer Sicht äußerst dubioses Bedürfnis, die Bombardierung begründen und rechtfertigen zu müssen. Lassen wir die Grass' und die Walsers, die nie-wieder-Krieg-Linken und die nie-wieder-

Sibirien-Rechten ihr Zeug auf den Markt bringen.

Anlässlich dieses Jubiläums sollten wir lieber unsere ganze Freude, unsere geballte Nostalgie nach den alten Bildern (s.o.), insbesondere aus der Abschlussphase von Stalingrad, zum Ausdruck bringen. Wir sollten unserer Kreativität und Phantasie freien Lauf lassen, indem wir uns die wichtigste aller Fragen bezüglich der Abwehr des deutschen Betreibens heute stellen: Wie kann man dafür sorgen dass immer und immer wieder, alltägliche Stalingrad-Effekte produziert werden, die denen, die uns gegenüber stehen, das Verlierergefühl wiedergeben, den Besiegtenstatus wieder vermitteln.

Café Morgenland, 11.11.2002
[Nummer:06/2002]



Schluck!

- _ wieder ne Nazikneipe im Kiez?
- _ wir helfen euch bei Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit
- _ do 15 h bis 19 h und nach absprache.

antifaschistisches
 pressearchiv und
 bildungszentrum
 berlin e.V.

lausitzerstr. 10, 10999 berlin
 tel./fax 0 30 - 6 11 62 49
 www.apabiz.de





...never stop fighting!

**gruppe.internationale.webteam
www.nadir.org/nadir/initiativ/gi**